

AIPA 4/2013

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Simone Schlosser

**„Verkauft doch Eure Inseln, Ihr Plei-
tegrischen.“**

Die Darstellung Griechenlands in aus-
gewählten deutschen Medien während der
Euro-Krise und ihr Einfluss auf die Mei-
nung der deutschen Öffentlichkeit



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

ISSN 1611-0072

AIPA 4/2013

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Simone Schlosser

**„Verkauft doch Eure Inseln, Ihr Plei-
tegriechen.“**

Die Darstellung Griechenlands in aus-
gewählten deutschen Medien während der
Euro-Krise und ihr Einfluss auf die Mei-
nung der deutschen Öffentlichkeit

ISSN 1611-0072

Lehrstuhl Internationale Politik

Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Str. 6, 50931 Köln

Redaktionelle Bearbeitung: Robert Fahrenhorst und Laura Lem-
mer

Köln 2013

Abstract

In dieser Arbeit wird die Berichterstattung über Griechenland während der Euro-Krise in den deutschen Tageszeitungen Süddeutsche Zeitung (SZ), Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die tageszeitung (taz) und BILD-Zeitung sowie dem Wochenmagazin SPIEGEL untersucht. Ziel ist es herauszufinden, inwieweit deutsche Medien während der Euro-Krise angeführt von der BILD-Zeitung eine Hetz-Kampagne gegen Griechenland und/oder die GriechInnen geführt haben, um einen Austritt des Landes aus der Euro-Zone zu provozieren. Außerdem wird analysiert, in welchem Zusammenhang die Berichterstattung in den untersuchten Medien zu der Meinung der deutschen Öffentlichkeit steht. Das Ergebnis wird zeigen, dass innerhalb des untersuchten Zeitraumes wider erwarten keine einheitliche Berichterstattung über Griechenland stattgefunden hat. Während der Ton der Berichterstattung in SZ und taz überwiegend neutral bleibt, fällt insbesondere der SPIEGEL durch eine zum Ende des Untersuchungszeitraumes zunehmend negative Haltung gegenüber Griechenland und/oder den GriechInnen auf. Hier zeigt sich ein Zusammenhang zu der ablehnenden Haltung der deutschen Öffentlichkeit. Inwieweit sich die Berichterstattung des SPIEGEL und die Meinung der deutschen Öffentlichkeit wechselseitig beeinflusst haben, kann in dieser Arbeit aber nur angedeutet werden.

Simone Schlosser hat Volkswirtschaftslehre mit soz. Richtung Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen, an der Universität Köln und an der Universitat de Barcelona studiert. Sie arbeitet heute als Freie Journalistin in Köln. Kontakt: simone.schlosser@googlemail.com.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	1
2	VON DER FINANZKRISE ZUR SCHULDENKRISE	4
2.1	DIE US-AMERIKANISCHE IMMOBILIENKRISE	5
2.1.1	<i>Fragile Staatlichkeit</i>	6
2.1.2	<i>Die Blase platzt</i>	9
2.1.3	<i>Das Übergreifen der Finanzkrise auf Europa</i>	11
2.2	DIE EURO-KRISE.....	14
2.2.1	<i>Der Fall Griechenland</i>	15
2.2.1.1	Das erste Rettungsprogramm	17
2.2.1.2	Erweiterung des ersten Rettungsprogramms	19
2.2.1.3	Das zweite Rettungsprogramm	20
2.2.2	<i>Warum gerade Griechenland?</i>	21
3	THEORETISCHE GRUNDLAGEN	23
3.1	FORSCHUNGSSTAND.....	23
3.2	THESENENTWICKLUNG.....	30
3.3	METHODIK.....	34
3.3.1	<i>Die Frequenzanalyse</i>	35
3.3.2	<i>Der Framing-Ansatz</i>	36
3.3.2.1	Einordnung in den Theorie-Kontext	36
3.3.2.2	Erkenntnistheoretische Grundlagen	37
3.3.2.3	Der wirkungszentrierte Framing-Ansatz.....	40
4	UNTERSUCHUNGSANLAGE	43
4.1	FORSCHUNGSDESIGN.....	44
4.2	OPERATIONALISIERUNG DER FREQUENZANALYSE	49
4.3	OPERATIONALISIERUNG DER FRAME-ANALYSE.....	50
4.4	OPERATIONALISIERUNG DER FRAMING-ANALYSE	57
5	UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE	60
5.1	ERGEBNISSE DER FREQUENZANALYSE	60
5.2	ERGEBNISSE DER FRAME-ANALYSE	67
5.3	ERGEBNISSE DER FRAMING-ANALYSE.....	90
5.3.1	<i>Die Einstellung zu den Finanzhilfen für Griechenland</i>	91
5.3.2	<i>Die Einstellung zu einem Euro-Austritt Griechenlands</i>	94
5.3.3	<i>Die Einschätzung der Folgen der Griechenland-Krise</i>	96
5.3.4	<i>Betrachtung der Untersuchungsthese</i>	97
5.4	DISKUSSION DER ERGEBNISSE.....	99
6	FAZIT	100
7	LITERATURVERZEICHNIS	104

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Artikel nach Art der Berichterstattung	61
Abb. 2: Artikel nach Medium	61
Abb. 3: Artikel nach Art der Berichterstattung und Medium	62
Abb. 4: Anzahl der Artikel im Zeitverlauf	63
Abb. 5: Anzahl der Artikel im Zeitverlauf nach Medium	63
Abb. 6: Verteilung der Berichterstattung nach Thema	65
Abb. 7: Verteilung der Berichterstattung nach Thema	65
Abb. 8: Die Berichterstattung nach Haupt- und Nebenthema	66
Abb. 9: Die Berichterstattung nach Haupt- und Nebenthema nach Medium	67
Abb. 10: Kontext der Berichterstattung	68
Abb. 11: Kontext der Berichterstattung nach Medium	68
Abb. 12: Verwendung des Begriffs Krise	70
Abb. 13: Verwendung des Begriffs Krise nach Medium	71
Abb. 14: Beschriebene Folgen der Krise in Griechenland	72
Abb. 15: Beschriebene Folgen der Krise in Griechenland nach Medium	73
Abb. 16: Ursachen der Krise in Griechenland	74
Abb. 17: Ursachen der Krise in Griechenland nach Medium	75
Abb. 18: Mitverantwortung Griechenlands	76
Abb. 19: Mitverantwortung Griechenlands nach Medium	77
Abb. 20: Darstellung Griechenlands	78
Abb. 21: Darstellung Griechenlands nach Medium	79
Abb. 22: Einstellung zu Finanzhilfen für Griechenland	80
Abb. 23: Einstellung zu Finanzhilfen für Griechenland nach Medium	81
Abb. 24: Einstellung zu einer deutschen Beteiligung an den Finanzhilfen	82
Abb. 25: Einstellung zu einer deutschen Beteiligung an den Finanzhilfen nach Medium	83
Abb. 26: Zusammenhang zwischen den Darstellungen	84
Abb. 27: Einstellung zu einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone	85
Abb. 28: Einstellung zu einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone nach Medium	86
Abb. 29: Gesamtauswertung nach den einzelnen Kriterien	87
Abb. 30: Gesamtauswertung nach den einzelnen Kriterien nach Medium	88

Abb. 31: Einstellung zu Finanzhilfen für Griechenland im Zeitverlauf.....	93
Abb. 32: Einstellung zu einer deutschen Beteiligung an den Finanzhilfen im Zeitverlauf.....	93
Abb. 33: Einstellung zu einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone im Zeitverlauf....	95
Abb. 34: Folgen der Griechenland-Krise im Zeitverlauf.....	96
Abb. 35: Medien-Frames im Zeitverlauf	98

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Die vier Stränge der Framing Forschung	39
Tab. 2: Die Frame-Elemente nach Medien	90

„Verkauft doch Eure Inseln, Ihr Pleitegriechen.“

Die Darstellung Griechenlands in ausgewählten deutschen Medien während der Euro-Krise und ihr Einfluss auf die Meinung der deutschen Öffentlichkeit

1 Einleitung

Die Botschaft bedauert, dass aktuelle deutsche Medienberichte von der griechischen Öffentlichkeit und Medien als verletzend oder beleidigend empfunden werden. Ich möchte ausdrücklich dazu aufrufen, einzelne Medienberichte nicht zu verwechseln mit der differenzierten deutschen öffentlichen Meinung zu Griechenland. Die mediale Kontroverse wird den guten deutsch-griechischen Beziehungen nicht gerecht.

(FAZ vom 24. Feb. 2010, zit. nach Bickes et al. 2012, S. 11)

Bereits zu Beginn des Jahres 2010 sah sich der damalige deutsche Botschafter in Athen, Dr. Walter Schultheiß, dazu veranlasst, sich öffentlich für die Darstellung Griechenlands in deutschen Medien zu entschuldigen. Dieser Erklärung vorausgegangen war was in entsprechenden Studien im Nachhinein als Medien- bzw. Hetzkampagne identifiziert wird (Artl und Storz 2011; Bickes et al. 2012). Als führendes Medium dabei gilt die BILD-Zeitung. In der ihr eigenen Art und Weise hat sie über den Verlauf der Euro-Krise ein bestimmtes Erzählmuster verfolgt: Griechenland steht vor dem Bankrott, weil die GriechInnen jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt haben. Nun fordern sie finanzielle Unterstützung von der Europäischen Union – und damit auch von Deutschland. Mit seinen finanziellen Problemen stellt Griechenland eine Bedrohung für den Euro dar. Den dürfte das Land eigentlich gar nicht haben, weil es sich den Zugang zur Währungsgemeinschaft mit falschen Zah-

len erschlichen hat. Aus diesem Grund sollte Griechenland aus dem Euro austreten (Vgl. Artl und Storz 2011, S. 16ff). In diesem Zusammenhang hat die BILD-Zeitung den Begriff Pleite-Griechen geprägt. Eine entsprechende Anfrage bei dem Internet-Suchdienst Google ergibt knapp zwei Millionen Treffer (Stand 25. Januar 2013). Die BILD-Zeitung ist mit ihrer Darstellung also offensichtlich nicht alleine. Auch die bereits angeführten Studien deuten an, dass die Berichterstattung der BILD-Zeitung nicht weit vom Mainstream der deutschen Massenmedien entfernt ist: „Die unterschiedlichen Meinungsflüsse und Nebenarme der Berichterstattung in den Print-, Funk- und Online-Medien münden – nicht ausnahmslos, aber weit überwiegend – in diesen gemeinsamen Strom.“ (Artl und Storz 2011, S. 16) Mit anderen Worten, in deutschen Medien kommt Griechenland nicht besonders gut weg.

Häufig waren es die internen Faktoren der griechischen Krise, denen in den Medien und somit im gesellschaftlichen Diskurs besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde. So wurden die Griechen in konservativ und liberal geprägten Medien u. a. Schlendrian, Steuerhinterziehung und Günstlingswirtschaft vorgeworfen, wodurch eine finanzielle Unterstützung ausgeschlossen schien (Bickes et al. 2012, S. 56).

Auf den ersten Blick hat sich an der Art und Weise der Berichterstattung seit 2010 wenig geändert. Das ist zumindest der Eindruck der griechischen Bevölkerung. Als am 13. Februar 2012 bei Protesten in Athen zahlreiche Gebäude in Flammen aufgehen, richtet sich der unverhohlene Hass der DemonstrantInnen auch gegen deutsche Medien (Bickes et al. 2012, S. 13). In Deutschland wiederum stößt die Haltung der Medien auf Zustimmung in der Bevölkerung. Umfragen zu Folge lehnt die Mehrheit der Deutschen die Finanzhilfen für Griechenland ab. Trotzdem hat der deutsche Bundestag in den vergangenen zwei Jahren die finanzielle Unterstützung für Griechenland insgesamt dreimal erhöht. Es stellt sich die Frage, wie sich die politischen EntscheidungsträgerInnen – auch in Hinblick auf die anstehenden Bundestagswahlen – von dem Kurs der Medien derart unbeeindruckt zeigen konnten. Vielleicht hat sich die Haltung der deutschen Medien in den vergangenen zwei Jahren

doch derart verändert, dass sich die PolitikerInnen zumindest dem Zuspruch der Medien sicher sein konnten. Bickes et al. haben immerhin festgestellt, dass der Ton der Berichterstattung im Februar 2012 vergleichsweise gemäßigt ist, gerade bei der BILD-Zeitung (Bickes et al. 2012, S. 13). Das wiederum wirft die Frage auf, ob die deutschen Medien überhaupt jemals einheitlich negativ berichtet haben. Schließlich haben bisher durchgeführte Studien zur Berichterstattung deutscher Medien während der Euro-Krise nur die BILD-Zeitung untersucht. Die daraus gezogenen Rückschlüsse auf andere Zeitungen sind streng genommen nicht mehr als vage Vermutungen.

Es ist das Forschungsinteresse dieser Arbeit, eine Antwort auf diese Fragen zu finden. Dafür wird die Berichterstattung über die Euro-Krise zwischen 2010 und 2012 in den deutschen Tageszeitungen Süddeutsche Zeitung (SZ), Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die tageszeitung (taz) und BILD-Zeitung sowie dem Wochenmagazin SPIEGEL untersucht. Entscheidend für die Auswahl der Zeitungen waren sowohl die Auflage als auch die jeweilige politische Ausrichtung. Mittelpunkt der Betrachtung bildet die Darstellung Griechenlands. Die Medienanalyse geschieht aus einer konstruktivistischen Perspektive. Dementsprechend liegen der Arbeit zwei Annahmen zugrunde: 1) Medien sind als integraler Bestandteil der Gesellschaft aktiv an der Konstruktion von Realität beteiligt (Bonfadelli 2002, S. 52). 2) Es ist ihre zentrale Aufgabe innerhalb der Gesellschaft, Hintergrundwissen für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs bereitzustellen, um der Gesellschaft die Möglichkeit zur Selbstbeobachtung zu geben (Luhmann 2004, S. 169ff).

Die Funktion der Massenmedien liegt nach all dem im Dirigieren der Selbstbeobachtung des Gesellschaftssystems – womit nicht ein spezifisches Objekt unter anderen gemeint ist, sondern eine Art, die Welt in System (nämlich Gesellschaft) und Umwelt zu spalten. Es geht um eine universale, nicht um eine objektspezifische Beobachtung (Luhmann 2004, S. 173).

Den zentralen Ergebnissen der Medienanalyse werden im Anschluss Umfragen zur Meinung der deutschen Öffentlichkeit in Hinblick auf die deutsche Beteiligung an

den Finanzhilfen für Griechenland gegenübergestellt. Dabei geht es darum, eine Antwort auf eine weitere zentrale Frage zu finden: Welchen Einfluss haben die deutschen (Tages-)Zeitungen auf die Meinung der Öffentlichkeit? Es ist bekannt, dass die Bevölkerung den deutschen Beitrag zu den Finanzhilfen für Griechenland mehrheitlich abgelehnt hat (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 9). Das scheint nicht weiter verwunderlich, denn es gilt auch die Annahme, dass die deutschen Medien einheitlich negativ über Griechenland berichtet haben. Doch was, wenn sich diese Vermutung als Irrtum erweist, und die BILD-Zeitung, deren Berichterstattung über Griechenland bereits hinlänglich untersucht wurde, die einzige Zeitung ist, die derart einseitig negativ berichtet hat?

Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über die Ereignisse gegeben, die zunächst zum Ausbruch einer weltweiten Finanzkrise und schließlich zu einer Haushalts- und Staatsschuldenkrise im Euro-Raum geführt haben. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Griechenland. Es folgt eine Vorstellung des bisherigen Forschungsstandes zur Medienberichterstattung während der Finanz- und Euro-Krise. Anschließend wird die der Medienanalyse zugrundeliegende Theorie dargelegt. Im Anschluss an die Ergebnisse der Medienanalyse erfolgt eine Gegenüberstellung mit Umfragen unter der deutschen Bevölkerung zu ihrer Einstellung gegenüber Griechenland (und dem deutschen Beitrag zu den Finanzhilfen). Die Arbeit endet mit einer Schlussbetrachtung.

2 Von der Finanzkrise zur Schuldenkrise

Der Begriff Euro-Krise ist in den vergangenen Jahren zu einem Schlüsselbegriff innerhalb der Europäischen Union (EU) geworden. Dabei wird der Begriff häufig falsch verwendet, wie führende EU-WirtschaftsexpertInnen wiederholt zu erklären versuchen, darunter der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank Jürgen Stark und der ehemalige Bundesfinanzminister Theo Waigel. Mit Euro-Krise ist nicht eine Krise der Gemeinschaftswährung Euro gemeint, sondern eine Krise im

Euro-Raum: „Wir haben es nicht mit einer Krise des Euro zu tun, sondern die Krise resultiert vielmehr aus der Staatsfinanzenkrise“ (Jürgen Stark, zit. n. Hummer 2011, S. 254). „Wir haben es gegenwärtig nicht mit einer Euro-Krise, sondern mit einer Haushalts- bzw. Schuldenkrise einiger Mitglieder der Europäischen Währungsunion zu tun!“ (Theo Waigel, zit. n. Luksic 2011, S. 5). Im weiteren Verlauf der Arbeit wird Euro-Krise dementsprechend als Bezeichnung für die andauernde Haushalts- und Staatsschuldenkrise im Euro-Raum verwendet. Ihren Ursprung hat die Euro-Krise in der weltweiten Finanzkrise, die im Jahr 2007 durch das Platzen einer „gigantischen Immobilienblase in den USA“ (Hummer 2011, S. 236f) ausgelöst wurde. Nach Wolfgang Wessels handelt es sich bei der Finanzkrise und bei der Euro-Krise sogar um zwei Phasen der gleichen Krise:

Bei der ersten Phase von Ende 2007 bis 2009 handelt es sich um eine Finanzkrise, die in eine Wirtschaftskrise mündet. Hoher Abschreibungsbedarf bei notleidenden Krediten bringt zahlreiche Finanzinstitute an den Rand des Zusammenbruchs. Der Vertrauensverlust der Finanzmarktakteure untereinander stellt dabei die Grundvoraussetzung des kreditbasierten globalen Wirtschaftsystems infrage. Diese erste Phase der Krise geht nahtlos und konsequenterweise über in eine zweite Phase, die sich als Staatsschuldenkrise charakterisieren lässt (Wessels und Kunstein 2011, S. 308).

Im Folgenden werden Ursachen und Verlauf dieser Krise dargestellt. Aufgrund der hochkomplexen Verkettung von Vorgängen kann kein Anspruch auf eine vollständige Analyse erhoben werden. Das Anliegen besteht vielmehr darin, einen Überblick über die Ereignisse in den USA sowie ihren Folgen für den Euro-Raum und speziell für Griechenland zu geben.

2.1 Die US-amerikanische Immobilienkrise

Der Finanzkrise vorangegangen war ein langes Wachstum des US-Immobilienmarktes, das in einer riesigen Subprime-Blase mündete (Dombret 2011,

S. 65)¹. Im allgemeinen Sprachgebrauch hat sich dafür der Begriff Immobilienblase durchgesetzt.

Die Preissteigerungsrate in der Zehnjahresspanne von 1996 bis 2006 lag bei 190 Prozent, was einem jährlichen Durchschnitt von 11,2 Prozent entspricht. Da diese Zunahme weit über der Wachstumsrate der Ökonomie lag, ist die Vokabel Immobilienblase, die gemeinhin für diesen Verlauf verwendet wird, völlig angemessen (Sinn 2010, S. 63).

Im Hintergrund standen dabei Regierungsprogramme zur Förderung des Wohnungseigentums privater Haushalte insbesondere in den unteren Einkommensbereichen.

2.1.1 Fragile Staatlichkeit

Im Mittelpunkt der Regierungsbemühungen standen die sogenannten Government Sponsored Enterprises (GSE). Deren Kern bilden die drei großen Hypothekenversicherer Fannie Mae (Federal National Mortgage Association), Ginnie Mae (Government National Mortgage Association) und Freddie Mac (Federal Home Loan and Mortgage Corporation). Mit Hilfe der durch diese Unternehmen zugesicherten staatlichen Finanzgarantien konnte in den USA seit den siebziger Jahren eine Vielzahl von Hypothekenkrediten vergeben werden (Vgl. Terberger 2009, S. 42ff). Ihre Aufgabe war, die Kreditansprüche von Hypothekenbanken zu erwerben, vorausgesetzt, die mit diesen Ansprüchen verbundenen Risiken unterschritten eine festgelegte Maximalgrenze (Sinn 2010, S. 166). Als Orientierung diente dabei der durchschnittliche Hauspreis. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, dass die geförderte Finanzdienstleistung der GSE solchen Haushalten zugute kam, die sich teure Häuser nicht leisten konnten. Ein bestimmter Prozentsatz der Hypotheken musste

¹ Als Subprime werden Immobilienkredite bezeichnet, die an KreditnehmerInnen mit negativer Kredithistorie vergeben werden, bei denen darüber hinaus der Fremdkapitalanteil mehr als 85 Prozent ausmacht, während die Tilgungsleistung 55 Prozent des verfügbaren Einkommens übersteigt. Im Jahr 2002 betrug der Anteil von Subprime-Krediten lediglich drei Prozent des gesamten US-amerikanischen Hypothekenmarktes. Vier Jahre später war der Anteil auf fünfzehn Prozent gestiegen.

von Familien stammen, die weniger als das regionale Durchschnittseinkommen zur Verfügung hatten.

Die GSE sollten die ‚financial frontier‘ in der Hausfinanzierung zugunsten von Bevölkerungsschichten mit niedrigerem Einkommen verschieben. Sie sollten dem privaten Markt demonstrieren, dass sich auch solche Kunden als Immobilienkreditnehmer in den formalen Finanzmarkt integrieren lassen (Terberger 2009, S. 44).

Die Regierungsprogramme führten indirekt zu einer erhöhten Risikobereitschaft der Hypothekenbanken: Durch die „impliziten staatlichen Garantien“ (Terberger 2009, S. 42) konnten sie ihre Bonität erhöhen, ohne finanzielle Mittel binden zu müssen, denn im Zweifel würde der Staat für Kreditausfälle haften. Dadurch waren sie verleitet, die Kreditwürdigkeit ihrer KundInnen nur noch unzureichend zu prüfen (Vgl. Pfingsten 2009, S. 18). Auf Seiten der KreditnehmerInnen begünstigte der über Jahre sehr niedrige Leitzins der US-amerikanischen Notenbank Fed die Aufnahme von Krediten (Hummer 2011, S. 238)². Viele Haushalte hätten die Finanzierbarkeit einer eigenen Immobilie bei höheren Zinssätzen wahrscheinlich nicht in Erwägung gezogen. Doch nun erschien der American Dream vom Wohneigentum zum Greifen nah. Die Preissteigerungen auf dem boomenden Immobilienmarkt bestätigten die neuen Eigentümern in ihrem Verhalten, und führten dazu, dass viele KreditnehmerInnen ihre Kredite im Nachhinein erhöhten, wobei sie das Geld hauptsächlich für Konsumzwecke ausgaben (Pfingsten 2009, S. 17; Sinn 2010, S. 63). Die Banken haben darin vermutlich kein Risiko gesehen, weil die erhöhten Kredite durch die gestiegenen Immobilienpreise nach wie vor besichert waren. Darüber hinaus hatten sie eine zusätzliche Möglichkeit gefunden, die Risiken der Kredite mit geringer Bonität zu mindern: Sie behielten die Hypothekenkredite nicht in ihrem eigenen Portfolio, sondern veräußerten sie am Kapitalmarkt weiter. Zu diesem Zweck wurden die Hypothekenkredite einzeln oder in Paketen verbrieft, in Bonitätskategorien einge-

² Nach dem Ende der Internetblase sowie den Anschlägen vom 11. September 2001 senkte die Fed die Leitzinsen in den Jahren 2003 und 2004 mit dramatischer Geschwindigkeit bis sie bei einem Prozent verharren.

teilt, und als hypothekenbesicherte Wertpapiere unterschiedlicher Bonität verkauft (Vgl. Zimmermann und Schäfer 2010, S. 12)³. „Für die amerikanischen Banken war die Verbriefung von Kreditforderungen das Mittel der ersten Wahl, um ihre Bankbilanzen von den Risiken der Immobilienkredite zu befreien“ (Sinn 2010, S. 162f). Im Jahr 2009 waren etwa 60 Prozent der in den vorangegangenen Jahren vergebenen Immobilienkredite verbrieft. Das betraf Kreditansprüche unterschiedlicher Bonität, „war aber natürlich gerade bei den schlechteren Kreditrisiken, die man aus den Büchern entfernen wollte, für den Verkäufer attraktiv“ (Sinn 2010, S. 163f). Auf diese Weise wurden die Subprime-Kredite fast vollständig verbrieft.

Zu den Käufern dieser nicht standardkonformen Hypotheken gehörten auch Fannie Mae und Freddie Mac. Die beiden halbstaatlichen Hypothekenversicherer wurden durch den steigenden Wettbewerb in den Subprime-Markt gedrängt (Dombret 2011, S. 65). Den großen Teil dieses Marktes teilten allerdings die großen international tätigen Geschäfts- und Investmentbanken mit spezialisierten Finanzdienstleistern unter sich auf. Darunter die Investmentbank Lehman Brothers, die Citigroup und die britische Hongkong and Shanghai Banking Corporation (HSBC) (Vgl. Zimmermann und Schäfer 2010, S. 13f). Sie verfielen auf einen besonderen Trick, in dem sie die bereits verbrieften Ansprüche mittels Zweckgesellschaften abermals verbrieften. Diese erneuten Verbriefungen waren von besonderer Brisanz, denn dabei wurden mehrere Papiere unterschiedlicher Bonitätskategorien zu einem Papier zusammengefasst. Die auf diese Weise entstandenen sogenannten Collateralized Debt Obligation (CDO) erhielten von den Rating-Agenturen erneut Noten. Dabei betrug die sogenannte Super-Senior-Tranche AAA fast 80 Prozent des Volumens. Lediglich zwei Prozent wurden der schlechten Eigenkapital-Tranche zugeordnet (Sinn 2010, S. 180). Weitere Replikationen durch die Käufer solcher CDOs ließen wahre „Verbriefungsketten“ entstehen (Zimmermann und Schäfer 2010, S.

³ Die besten Noten AAA bis A besitzen sogenannte Senior-Tranchen. Die Ausfallwahrscheinlichkeit dieser Tranchen liegt gemäß Benotung der Rating-Agentur Fitch zwischen 0,061 und 0,304 Prozent. Mezzanine-Tranchen (BBB bis B) besitzen eine Ausfallwahrscheinlichkeit zwischen einem Prozent und gut neun Prozent. Die höchste Ausfallwahrscheinlichkeit besteht in der Equity-Tranche (Eigenkapital-Tranche). Hier besteht kein konkretes Rating.

15). „Bis zu sechs Verbriefungsstufen waren nicht unüblich, um auf jeder Stufe aus dem immer gehaltloser werdenden Brei an Ansprüchen noch ein paar AAA-Papiere für die Endkunden herausquetschen zu können“ (Sinn 2010, S. 171f). Auf diesem Wege gelangten zweifelhafte amerikanische Hypothekenkredite in die Bücher von Banken auf der ganzen Welt.

2.1.2 Die Blase platzt

„Blasen platzen gemeinhin irgendwann. Die Blase auf dem amerikanischen Markt für Immobilien tat dies Mitte des Jahres 2006“ (Sinn 2010, S. 63). Ab Mitte 2005 hatte der Inflationsdruck in der US-Wirtschaft zu steigenden Zinsen geführt⁴. Aufgrund der Verfehlungen bei der Kreditvergabe konnten viele KreditnehmerInnen ihre Kredite nicht mehr bedienen. Die Kreditausfallrate stieg signifikant⁵. Mitte 2006 erreichte die Preiskurve auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt ihren Höhepunkt: Ein Überangebot an unverkauften Häusern sowie zunehmende Zwangsversteigerungen führten zu einem rasanten Fallen der Immobilienpreise. Bis zu einem Tiefpunkt im April 2009 betrug die Preissenkung insgesamt 34 Prozent. Das entsprach einem Wertverlust US-amerikanischer Immobilien von etwa acht Billionen Dollar (Sinn 2010, S. 63). Als unmittelbare Konsequenz aus dem Platzen der Blase gerieten viele HausbesitzerInnen in Überschuldung. Das wiederum setzte die durch Immobilien abgesicherten Kreditforderungen unter Druck. Der Verfall der US-amerikanischen Immobilienpreise hatte aber nicht nur Auswirkungen auf die Finanzwelt, sondern auch auf die Realwirtschaft (Vgl. Sinn 2010, S. 65ff): Die Bautätigkeit ging zurück. Die Investitionen sanken. Der Konsum wurde gebremst. Ansteckungseffekte führten dazu, dass weltweit massive Vermögensverluste verzeichnet werden mussten.

⁴ Innerhalb eines Jahres stieg der Leitzins von drei Prozent Mitte 2005 auf den Höchstwert von 5,25 Prozent Mitte 2006.

⁵ Ausfallraten bestimmter Klassen von Subprime-Krediten stiegen kurzfristig auf über 20 Prozent. Die Einbrüche bei Tranchen mit niedriger Bonität betrug zum Teil mehr als 90 Prozent (Dombret 2011, S. 67).

Diese negativen Auswirkungen der US-amerikanischen Immobilienkrise innerhalb der Realwirtschaft waren schon schlimm genug für das weltwirtschaftliche Gleichgewicht. Hinzu kam allerdings die ebenfalls durch die Immobilienkrise ausgelöste Bankenkrise. Akut wurde diese im Juli 2007, als die Investmentbank Bear Stearns zwei ihrer Hedgefonds, die in die zuvor beschriebenen Mezzanine CDOs investiert hatten, schließen musste (Zimmermann und Schäfer 2010, S. 15). Kurz darauf stufte die Ratingagentur Standard & Poor's erstmals hypothekenbesicherte Wertpapiere aus dem Vorjahr herab. Weitere Herabstufungen folgten. Die Entwertung der als Sicherheit dienenden Wertpapiere hatte zur Folge, dass zahlreiche Zweckgesellschaften von der Liquiditätsversorgung über den Interbankenmarkt ausgeschlossen wurden. Damit die Zweckgesellschaften nicht untergingen, mussten die Mutterhäuser den Refinanzierungsbedarf decken. Da die meisten Investmentbanken eine gesamtwirtschaftlich betrachtet vergleichsweise geringe Eigenkapitalausstattung aufwiesen, schlugen sich die notwendigen Abschreibungen stark in den jeweiligen Bilanzen nieder. Das Vertrauen der Akteure untereinander sank. In der Folge kam der Interbankenmarkt allmählich zum Erliegen:

Der Eigenbedarf der Banken an Liquidität, die Unsicherheit über die staatliche Rettungsbereitschaft, der steigende Abschreibungsbedarf aufgrund andauernder Herabstufung der Papiere im Handelsbuch, aber auch die fallenden Vermögenspreise und das abnehmende Vertrauen in die Akteure insgesamt würgten den Interbankenmarkt allmählich ab (Zimmermann und Schäfer 2010, S. 18).

Bereits im Jahr 2007 machten die zwanzig größten Banken der Welt einen Verlust von 108 Millionen Euro (Sinn 2010, S. 85f).

Anfang September 2008 erreichte die Krise eine neue Dimension: Aufgrund von Liquiditätsproblemen verstaatlichte die US-amerikanische Regierung Fannie Mae und Freddie Mac. Auf diese Weise sollte ein Zusammenbruch des gesamten Marktes für Immobilienfinanzierung verhindert werden. Nur eine Woche später folgte die Konkureröffnung über das viertgrößte Investmentunternehmen an der

Wall Street, Lehman Brothers, mit Außenständen in Höhe von 613 Milliarden US-Dollar (Hummer 2011, S. 239f). Zuvor hatte sich die US-Regierung gegen eine staatliche Rettung des Unternehmens entschieden. Die Entscheidung gilt nach wie vor als umstritten: „Der Zusammenbruch von Lehman Brothers am 15. September 2008 war zwar nicht der tiefere Grund, wohl aber der Auslöser der aktuellen Finanzkrise, die beinahe zum Kollaps des Bankensystems der westlichen Welt geführt hätte“ (Sinn 2010, S. 93).

Was folgte war eine Kettenreaktion: Die Insolvenz signalisierte den Banken weltweit, wie berechtigt die Angst vor einem Zahlungsausfall im gegenseitigen Leihgeschäft war. International kam der Interbankenmarkt fast vollständig zum Erliegen. Die Zentralbanken als einzig verbliebene sichere Schuldner avancierten teilweise vom „lender of last resort“ zur „ersten Finanzierungsadresse“ (Vgl. Zimmermann und Schäfer 2010, S. 24f): Die Funktionsfähigkeit des Systems hing nun vor allem von der Verfügbarkeit notenbankfähiger Sicherheiten bei den Geschäftsbanken ab. Insgesamt wurde ihr Kreis stark ausgeweitet. Trotzdem gelang keine nachhaltige Stabilisierung. Die Regierungen weltweit waren zu groß angelegten Rettungsaktionen gezwungen, um den Konkurs weiterer systemrelevanter Finanzinstitute zu verhindern. Bereits Anfang Oktober verabschiedete die US-amerikanische Regierung einen Rettungsplan in Höhe von 700 Millionen US-Dollar. Außerdem veranlasste sie eine historische Leitzinssenkung auf 0 bis 0,25 Prozent (Dombret 2011, S. 67). Trotzdem wird das Jahr 2008 als „das Jahr des großen Bankensterbens“ (Sinn 2010, S. 79) in die Geschichte eingehen. Insgesamt sind in dem Jahr mehr als hundert Banken durch Konkurse oder Übernahmen entweder aufgelöst oder verstaatlicht worden.

2.1.3 Das Übergreifen der Finanzkrise auf Europa

Die Finanzkrise blieb, wie bereits angedeutet, nicht auf die USA beschränkt. Aufgrund von Ansteckungseffekten breitete sich die Krise auf dem Weg der Finanz- und Realwirtschaft auf der ganzen Welt aus. Eine Ursache dafür ist das Engagement europäischer Finanzinstitute im US-amerikanischen Wertpapiermarkt. Insbesondere

in Deutschland, das aufgrund seines Exportüberschusses neben China und Japan einer der Hauptfinanziers des Weltkapitalmarktes ist, haben sich die großen Banken, allen voran staatlichen Landesbanken, an dem Kauf US-amerikanischer Wertpapiere beteiligt (Sinn 2010, S. 65). Außerdem waren auch einige europäischen Staaten hohe Fremdkapitalquoten eingegangen, und die Immobilienpreise in Volkswirtschaften wie Großbritannien, Irland und Spanien waren inflationär (Dombret 2011, S. 67f). Besonders gravierend waren die Auswirkungen auf den Banksektor.

The financial crisis that started in 2007 was of an unprecedented scale in post-war economic history. [...] A number of factors contributed to the crisis. There is wide agreement that buoyant credit growth, excessive leverage and historically low levels of risk premia in the US but also in various European countries drove the boom and contributed to a property bubble, which eventually burst and revealed severe problems in an over-leveraged banking sector (Europäische Kommission 2010, S. 19).

In Deutschland kämpfte die Hypo Real Estate (HRE) bereits wenige Tage nach der Insolvenz von Lehman Brothers mit dramatischen Refinanzierungsproblemen. In allerletzter Sekunde einigte sich die Bundesregierung mit VertreterInnen der Banken auf ein Finanzpaket zur Rettung der HRE. Doch nur kurze Zeit später musste der bereitgestellte Kreditrahmen von 35 Milliarden Euro um 50 Milliarden Euro aufgestockt werden (Zimmermann und Schäfer 2010, S. 25).

Das erste Land in Europa, das einen finanziellen Rettungsschirm über seine Banken ausbreitete, war Irland. Kurz darauf brachte auch die Bundesregierung ein fast 500 Milliarden Euro schweres Rettungspaket für den nationalen Bankensektor auf den Weg. Weitere nationale Rettungsschirme folgten. Die EU verständigte sich sowohl intern als auch mit den USA auf ein abgestimmtes Krisenmanagement. Dazu gehörte die Vereinbarung, nach der Erfahrung mit Lehman Brothers keine weiteren Insolvenzen systemrelevanter Institute zuzulassen. In Deutschland sah das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) 2008 die Schaffung eines mit 480 Milliarden Euro dotierten Finanzmarktstabilisierungsfonds (Soffin) vor. Bereits unmittel-

bar nach der Schaffung des Soffin nahm eine Reihe von Banken, darunter die Hypo Real Estate und die Commerzbank, dessen Hilfe in Anspruch (Dombret 2011, S. 245). Im Finanzmarktstabilisierungsentwicklungsgesetz (FMStBFEG) wurde zusätzlich die Möglichkeit geschaffen, dezentral für einzelne Kreditinstitute eine Bad Bank einzurichten. Diese sollte problembehaftete Wertpapiere aufnehmen oder auch ganze defizitäre Geschäftsbereiche sanierungsbedürftiger Banken abwickeln. Als Ergänzung zum FMStG wurde im April 2009 das Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (FMStErgG) verabschiedet. Das sieht unter anderem einen schnelleren und flexibleren Einsatz von finanziellen Stabilisierungsmaßnahmen vor.

Auf Ebene der Europäischen Union erklärten die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone auf einem ersten Sondergipfel im Oktober 2008 ihren Willen zu einem konzertierten Vorgehen gegen die Krise. Insgesamt hat die Europäische Kommission zwischen Oktober 2008 und Oktober 2010 Garantien und Hilfen für den Finanzsektor im Euro-Raum in Höhe von 1,6 Billionen Euro genehmigt. Das war die größte staatliche Finanzhilfe, die eine einzelne Branche jemals erhalten hat (Hummer 2011, S. 246). In Anspruch genommen wurden davon im Jahr 2008 957 Milliarden Euro und im Jahr 2009 1,1 Billionen Euro. In Deutschland betrug die Hilfe 592 Milliarden Euro. Darüber hinaus stieß die Europäische Kommission ihrerseits Reformschritte in der EU-Finanzmarktaufsicht an (Wessels und Kunstein 2011, S. 312). Dazu richtete sie Ende Oktober 2008 eine Expertengruppe unter der Leitung von Jacques de Larosière ein. Der Bericht der Gruppe bildete die Grundlage für eine institutionelle Reform der bestehenden Aufsichtsstrukturen. Sogenannte jährliche EU-weite Stresstests für Banken sollten dazu beitragen, das Vertrauen innerhalb des europäischen Finanzsystems wieder herzustellen. Die positiven Ergebnisse des ersten Bankenstresstests wurden Anfang Oktober 2009 bekannt gegeben. Die Veröffentlichung fiel eng zusammen mit dem Beginn der zweiten Phase der Krise: „Nach Bankbilanzen rücken nun Staatshaushalte in den Vordergrund“ (Wessels und Kunstein 2011, S. 313).

2.2 Die Euro-Krise

Ursache der Euro-Krise war die enorme Verschuldung der Banken infolge der weltweiten Finanzkrise (Hummer 2011, S. 247). Durch die massiven Rettungsprogramme für marode Banken und die Bemühungen, den wirtschaftlichen Abschwung abzumildern, stiegen ab 2009 die Defizite in den Staatshaushalten fast aller EU-Mitgliedstaaten. Damit verschoben sich die Risiken vom privaten Sektor auf den staatlichen Zuständigkeitsbereich. Für die Länder der Währungsunion ergab sich dabei eine „besondere Verwundbarkeit“ (Wessels und Kunstein 2011, S. 308f) aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit durch die gemeinsame Währung. In der Krise traten Schwachstellen der Währungsunion, die über die Jahre hinweg vernachlässigt worden waren, besonders deutlich zum Vorschein: Zum einen hatte nach der Einführung der Gemeinschaftswährung die wirtschaftliche Konvergenz der Euro-Länder nicht in ausreichendem Maß stattgefunden, und zum anderen wurden die im Vertrag von Maastricht festgelegten Kriterien zur Vermeidung von Haushaltsdefiziten sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt schon in wirtschaftlich stabilen Zeiten nicht eingehalten. Außerdem profitierten alle Länder der Euro-Zone unabhängig von ihrem Schuldenstand von einem niedrigen Zinssatz. Hinzu kam, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten mit Übernahme der Gemeinschaftswährung auf die Möglichkeit einer souveränen Wechselkursgestaltung verzichtet hatten. Damit war den weniger wettbewerbsfähigen Staaten in der Krise der vergleichsweise leichte Weg zur Anpassung durch eine Abwertung der eigenen Währung versperrt. Zur Steuerung ihrer Konjunktur- und Wirtschaftspolitik blieb ihnen lediglich der Rückgriff auf weniger effektive und vor allem sozial unverträgliche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen, die mit erhöhten innenpolitischen Kosten verbunden sind und sich deshalb allgemein schwerer durchsetzen lassen (Vgl. Hummer 2011, S. 258). Nicht zuletzt waren innerhalb der Euro-Zone bis dato keinerlei Regelungen für die Bewältigung möglicher Krisen vorgesehen. Es bestand lediglich Einigung darüber, dass die Gemeinschaft der Eurostaaten nicht für Schulden einzelner Staaten haftet (Wessels und Kunstein 2011, S. 309). Angesichts des Aus-

maßes der Krise zeichnete sich allerdings schon bald ab, dass die Defizite in den Staatshaushalten einiger Eurostaaten mit den verbliebenen Instrumenten der nationalen Wirtschaftspolitik nicht mehr tragbar sein würden. Besonders betroffen waren von Beginn an die Euro-Länder Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien, wobei jedes dieser Länder seine spezifischen Probleme hatte (Vgl. Schrader und Laaser 2012, S. 5). Aufgrund der thematischen Ausrichtung dieser Arbeit konzentriert sich die Darstellung auf Griechenland.

2.2.1 Der Fall Griechenland

Die Finanzkrise Griechenlands hat sich aus einem Zusammenspiel zahlreicher externer und interner Einflussfaktoren entwickelt (Bickes et al. 2012, S. 48). Eine Gesamtdarstellung kann aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit nicht geleistet werden. Die folgenden Ausführungen der zentralen Ereignisse sind als Überblick zu verstehen. Bereits vor Beginn der Euro-Krise verfügte Griechenland über eine Staatsverschuldung, die deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Zone lag (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 46). Griechenland wurde deshalb neben Portugal, Irland, Italien und Spanien zu der Gruppe der sogenannten PIIGS-Staaten⁶ gezählt. Ein Grund dafür, dass sich die Finanzlage in Griechenland schärfer zuspitzte als in den anderen PIIGS-Staaten, ist die Kombination aus hoher Gesamt- und Neuverschuldung. Die Neuverschuldung resultierte aus dem Handel mit Staatsanleihen am internationalen Kapitalmarkt. Die Volkswirtschaft in Griechenland ist im Vergleich zu anderen Euro-Ländern schwach; es fehlt ein starker Industriezweig und dementsprechend ein wirtschaftlicher Exportsektor (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 49). Aus diesem Grund liegt die Staatsverschuldung nur etwa zu dreißig Prozent bei einheimischen Banken und zu siebenzig Prozent im Ausland. Griechenland ist damit das EU-Land mit der höchsten Auslandsverschuldung (Vgl. Wehr 2010, S. 63f).

Bereits im April 2009 eröffnete der Rat der Europäischen Union ein Defizitverfahren gegen Griechenland. Das Land erhielt eine Frist bis Ende Oktober des gleichen Jahres, um wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung seines übermäßigen

⁶ Das Akronym ist aufgrund seiner abwertenden Konnotation häufig kritisiert worden.

Defizits zu ergreifen (Hummer 2011, S. 261). Im November musste der Rat feststellen, dass keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen worden waren. Gleichzeitig veröffentlichte die gerade neu gewählte sozialistische Regierung unter Ministerpräsident Giorgos Papandreou drastisch nach oben korrigierte Defizitzahlen: Anstatt des von der Vorgängerregierung für 2009 gemeldeten Haushaltsdefizits von 3,7 Prozent sei mit einem Defizit von 13,6 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) zu rechnen. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand müsse mit 115 Prozent angegeben werden. Außerdem drohe für 2010 ein Schuldenstand von 121 Prozent (Hummer 2011, S. 262). Der Anstieg der Staatsausgaben war eine Folge der weltweiten Finanzkrise. Zur Unterstützung ihrer nationalen Banken hatte die griechische Regierung hohe Aufwendungen tätigen müssen. Anders als in anderen EU-Ländern konnten diese aufgrund der niedrigen Steuersätze nicht durch Steuereinnahmen aufgefangen werden.

Als Reaktion auf die nach oben korrigierten Haushaltszahlen senkten die Ratingagenturen ihre Bewertungen für Griechenland. Daraufhin stiegen die Zinsen für Staatsanleihen am Kapitalmarkt. Gleichzeitig wuchsen die bereits bestehenden Zweifel an der langfristigen Zahlungsfähigkeit Griechenlands⁷. Zahlreiche Investoren versuchten ihre griechischen Staatsanleihen zu verkaufen, wodurch diese an Wert verloren. Der Handel mit griechischen Staatsanleihen geriet ins Stocken. Das wiederum führte dazu, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Staatsanleihen sanken, während die ausstehenden Zinszahlungen weiter bestehen blieben. Im Dezember 2009 stuften die drei großen Ratingagenturen, Fitch, Standard & Poor's und Moody's, die Kreditwürdigkeit Griechenlands drastisch herab (Petrakis 2012, S. 283). Im Januar 2010 musste Griechenland durchschnittlich 6,08 Prozent Zinsen für

⁷ Das Misstrauen in die Bonität Griechenlands wurde zusätzlich gefördert durch das zweifelhafte Verhalten Griechenlands in der Vergangenheit (Sinn 2010, S. 339). Wie im Nachhinein bekannt geworden war, war der Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone im Jahr 2001 nur durch gefälschte Daten über die griechischen Staatsfinanzen zustande gekommen. Voraussetzung für die Teilnahme an der Währungsunion waren die im Vertrag von Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien. Dazu gehörte eine Begrenzung des Staatsdefizits auf maximal drei Prozent. Die griechische Regierung gab 1999 ein Staatsdefizit von 1,8 Prozent an. Tatsächlich lag das Staatsdefizit, wie erst später bekannt wurde, zu diesem Zeitpunkt weit über drei Prozent.

seine zehnjährigen Staatsanleihen zahlen, während Deutschland seinen AnlegerInnen lediglich 3,29 Prozent zahlen musste (Sinn 2010, S. 337). Die Spekulationsgeschäfte mit griechischen Staatsanleihen erschwerten eine Einschätzung der Situation Griechenlands. Außerdem trugen sie dazu bei, dass der Euro als Währung zum Spekulationsobjekt wurde (Vgl. Kirsch 2010, S. 5). Auf diese Weise konnte ein kleines Land wie Griechenland zu einer Gefahr für die Euro-Zone werden (Vgl. Wessels und Kunstein 2011, S. 313; Enderlein 2010, S. 10).

2.2.1.1 Das erste Rettungsprogramm

Der erste Sondergipfel zu Griechenland fand im Februar 2010 statt. Dort wurde Ministerpräsident Giorgos Papandreou zu einer drastischen Sparpolitik aufgefordert, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden (Hummer 2011, S. 263). Gleichzeitig unterstrichen die 27 Staats- und Regierungschefs in ihrer gemeinsamen Abschlusserklärung, dass Griechenland nicht um finanzielle Unterstützung gebeten habe. Sie hielten außerdem fest, dass die Eurostaaten „im Bedarfsfall entschlossen und koordiniert“ handeln würden, um die Finanzmarktstabilität in der Euro-Zone zu sichern (Wessels und Kunstein 2011, S. 313). In den folgenden Wochen verschärfte sich die Situation in Griechenland dramatisch. Bereits Ende März konkretisierten die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone im Rahmen des Europäischen Rates die Grundprinzipien einer finanziellen Rettungsaktion. Die Mitglieder der Euro-Zone verpflichteten sich im Rahmen eines Maßnahmenpakets zu der Vergabe koordinierter bilateraler Darlehen. Das Paket wurde durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) mitfinanziert (Hummer 2011, S. 263; Wessels und Kunstein 2011, S. 313).

Mitte April präsentierten die Euro-FinanzministerInnen Details eines konkreten Hilfspakets für Griechenland. Darin stellten die Euro-Länder zunächst bis zu 30 Milliarden Euro und der IWF bis zu 15 Milliarden an Notkrediten für Griechenland in Aussicht. Ende April rief Griechenland die Hilfen ab. Das am 2. Mai zugesagte Paket umfasste schließlich bilaterale Kredite in Höhe von bis zu 80 Milliarden Euro seitens der Euro-Länder und bis zu 30 Milliarden Euro seitens des IWF (Wes-

sels und Kunstein 2011, S. 314). Der Zinssatz betrug fünf Prozent (Hummer 2011, S. 264). Maßgeblich für die Festlegung der Quote der einzelnen Euro-Mitgliedsländer war der jeweilige Anteil am Kapital der EZB. Dieser wird alle fünf Jahre entsprechend des Anteils eines Landes an der Gesamtbevölkerung und der Wirtschaftsleistung der EU festgelegt. Der deutsche Anteil an der Gesamtbürgerschaft in Höhe von 80 Milliarden Euro lag zunächst bei 28 Prozent. Das heißt also etwa 22,4 Milliarden Euro. Im Jahr 2010 fielen davon für Deutschland 8,4 Milliarden Euro an (Bundesfinanzministerium 2012). Im Gegenzug verpflichtete sich Griechenland zu einem harten Reform- und Sparprogramm, das auf europäischer Seite durch Kommission und EZB überwacht wird. Zusammen mit dem IWF bilden die beiden Institutionen die sogenannte Troika. Prinzipiell handelt es sich bei den Finanzhilfen für Griechenland um Kredite, die als solche zurückgezahlt werden müssen. Letztendlich liegt das Risiko bei Zahlungsausfall aber bei den einzelnen Staatshaushalten. Deshalb musste die Bundesregierung die Zustimmung der nationalen Parlamente einholen.

In Deutschland billigten Bundestag und Bundesrat die Hilfen am 7. Mai 2010 in dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz, das am 8. Mai 2010 in Kraft trat⁸. Am gleichen Tag folgte ein formeller Beschluss der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone. In einer Nachtsitzung verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone außerdem einen europäischen Stabilisierungsmechanismus, den sogenannten Rettungsschirm, für die Euro-Zone⁹. Hintergrund waren immer stärkere Marktverwerfungen sowie die Warnungen vor einer Systemkrise durch den damaligen EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet (Wessels und Kunstein 2011, S. 314). Der Rettungsschirm setzt sich aus der European Financial Stability Facility (EFSF) und dem European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM) zusammen. Die Kreditgarantien werden über das auf drei Jahre angelegte spezielle Investmentvehikel EFSF

⁸ Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz, WFStG) vom 7. Mai 2010, Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 19, S. 537.

⁹ Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, Brüssel, 7. Mai 2010, abgedruckt in: Generalsekretariat des Rates (Hrsg.): Der Europäische Rat 2010, Luxemburg 2011, S. 29.9.

mit Sitz in Luxemburg bereitgestellt. Die EFSF kann am Kapitalmarkt zu günstigen Konditionen Kredite aufnehmen und an Krisenstaaten weiterreichen. Für die vergebenen Kredite garantieren die Eurostaaten zu einem festen Anteil. Damit die EFSF von den Ratingagenturen die Bestnote erhält, ist die tatsächliche Kapazität niedriger als die Garantiesumme von 440 Milliarden Euro. Das gemeinschaftliche Element des Rettungsschirmes bilden Kredite aus dem EU-Haushalt im Rahmen des Programms EFSM (Wessels und Kunstein 2011, S. 314f). Der Rettungsschirm hat ein Ausleihvolumen von insgesamt 750 Milliarden Euro, wobei 440 Milliarden Euro aus den Mitteln der EFSF stammen, 60 Milliarden Euro aus den Mitteln des EFSM sowie 250 Milliarden Euro aus der Beteiligung des IWF. Bundestag und Bundesrat billigten den Beitrag Deutschlands zum Rettungsschirm am 21. Mai 2010 in dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus¹⁰. Das Gesetz sieht vor, dass sich Deutschland mit Garantien von bis zu 123 Milliarden Euro an dem Rettungspaket beteiligt (Bundesfinanzministerium 2012).

2.2.1.2 Erweiterung des ersten Rettungsprogramms

Ein Jahr später musste mit Portugal ein zweiter Eurostaat Hilfen des Rettungsschirms in Anspruch nehmen. In Reaktion darauf einigten sich die Geberstaaten Mitte Juni 2011 auf eine Erhöhung der Kreditgarantien auf 780 Milliarden Euro. Damit kann die EFSF künftig ihre angestrebte Kapazität von 440 Milliarden Euro vollständig ausschöpfen. Der deutsche Anteil stieg auf rund 211 Milliarden Euro (Bundesfinanzministerium 2012)¹¹. Darüber hinaus erweiterten die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone am 21. Juli 2011 die Kompetenzen der EFSF¹². Gleichzeitig verabschiedeten sie ein zweites Rettungspaket für Griechenland mit einem Volumen von insgesamt 109 Milliarden Euro, die aus der EFSF gezahlt werden. Für

¹⁰ Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22.05.2010, Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 24, S. 627.

¹¹ Europäischer Rat: Tagung des Europäischen Rats vom 23. und 24. Juni 2011 in Brüssel. Schlussfolgerungen, EUCO 23/1/11.

¹² Rat der Europäischen Union: Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes und der EU-Organe, Brüssel, 21. Juli 2011.

die Rückzahlung sämtlicher zur Verfügung gestellter Mittel wird Griechenland eine Laufzeitverlängerung von siebeneinhalb auf fünfzehn Jahre gewährt. Erstmals wurde außerdem eine freiwillige Beteiligung der privaten GläubigerInnen vereinbart. Darin erklärte sich die Bankwirtschaft zu einem freiwilligen Verzicht auf 21 Prozent der ausstehenden Forderungen an den griechischen Staat bereit (Wessels und Kunstein 2011, S. 317).

Bundestag und Bundesrat stimmten der Ausweitung der EFSF am 29. und 30. September 2011 zu¹³. Ende Oktober entwarfen die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone einen Plan durch den Griechenland langfristig bis 2020 wieder ohne Finanzhilfen aus dem Ausland auskommen soll. Das Hauptziel ist den Schuldenstand des Landes von heute 160 Prozent auf 120 Prozent des BIP zu drücken. Die privaten GläubigerInnen verzichteten nach intensivem politischen Druck auf 50 Prozent bzw. 100 Milliarden Euro ihrer Forderungen an Athen. Außerdem sollte die Wirksamkeit des EFSF durch einen sogenannten Hebel auf eine Billion Euro erhöht werden. Die Auszahlung wurde zunächst ausgesetzt, weil der damalige Ministerpräsident Georgios Papandreou eine Volksabstimmung über die Beschlüsse des Euro-Gipfels angekündigt hatte. Er ließ diesen Plan wieder fallen, musste danach aber die Bildung einer neuen Regierung ankündigen, um eine Vertrauensabstimmung zu überstehen. Im Zuge dieser Regierungsumbildung trat Georgios Papandreou am 9. November 2009 zurück. Ihm folgte Loukas Papadimos im Amt des Ministerpräsidenten.

2.2.1.3 Das zweite Rettungsprogramm

Im Februar 2012 einigten sich die FinanzministerInnen der Euro-Zone auf die endgültige Ausgestaltung eines zweiten umfangreichen Rettungsprogramms für Griechenland. Die Mitgliedsstaaten des Euro-Währungsgebiets erklären sich darin bereit, zusammen mit dem IWF bis 2014 zusätzliche öffentliche Finanzhilfen in Höhe 130 Milliarden Euro bereitzustellen (Rat der Europäischen Union 2012). Im Gegen-

¹³ Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 9.10.2011, Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 51, S. 1992.

zug muss Griechenland mehr Kontrollen hinnehmen und einen Teil seiner Budgethoheit abgeben. Die Euro-Mitgliedsstaaten haben außerdem einer rückwirkenden Senkung der Zinssätze auf bilaterale Kredite an Griechenland zugestimmt. Darüber hinaus haben sich die Regierungen der Mitgliedstaaten, deren Zentralbanken griechische Staatsanleihen in ihrem Wertpapierbestand halten, verpflichtet, „Griechenland einen Betrag in Höhe der künftigen Einnahmen zukommen zu lassen, die ihren nationalen Zentralbanken bis 2020 aus diesem Bestand erwachsen“ (Rat der Europäischen Union 2012). Darüber hinaus wurde ein Schuldenschnitt der privaten GläubigerInnen vereinbart. Der Deutsche Bundestag stimmte dem Hilfspaket am 27. Februar 2012 zu¹⁴. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Arbeit verhandeln die Euro-Gruppe und der IWF über eine erneute Ausweitung des Rettungspakets für das weiterhin von der Pleite bedrohte Griechenland.

2.2.2 Warum gerade Griechenland?

Griechenland ist nicht das einzige Euro-Land, das im Verlauf der Euro-Krise finanzielle Unterstützung durch die EU erhalten hat. Mit Irland, Portugal und Spanien haben noch drei weitere der fünf sogenannten PIIGS-Staaten Hilfen aus dem EU-Rettungsschirm erhalten. Auch Italien hat mit andauernden Finanzierungsproblemen zu kämpfen. Trotzdem hat keines dieser Länder bei bekanntwerden seiner Finanzprobleme ein vergleichbares Medienecho hervorgerufen wie Griechenland (Vgl. Wehr 2010, S. 61).

Zunächst einmal war Griechenland das erste Land, das öffentlich Finanzhilfen der EU beantragt hat. Das heißt, durch Griechenland wurde erstmals eine generelle Debatte über EU-Finanzhilfen angestoßen. Hinzu kam, dass Griechenland zu dem damaligen Zeitpunkt EU-weit ein negatives Image als „Schummler“ inne hatte (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 47). Aus Sicht einiger BeobachterInnen hat die Krise in Griechenland damit begonnen, dass die neu gewählte griechische Regierung Ende 2009 ihre Defizitzahlen für die beiden Jahre 2009 und 2010 nach oben korrigieren

¹⁴ Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 23.5.2012, Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 23, S. 1166.

musste. Führende VertreterInnen der EU zeigten sich damals schockiert von dem Verhalten Griechenlands: „The ‚shock‘ (especially expressed by EU officials) was not due to the economic significance of the situation but rather to the fact that a Greek government had lied to its euro area partners“ (Katsimi und Moutos 2010, S. 568). Der Eindruck wurde durch die Tatsache verstärkt, dass sich Griechenland schon einmal unehrlich gegenüber seinen EU-Partnerländern verhalten hatte. Gemeinhin setzte sich die Auffassung durch, Griechenland habe sich in die Währungsunion „hineingemogelt“ (Vgl. Kirsch 2010, S. 5). Das Land galt von nun an als „unerzogenes, ja als illegitimes Kind der Euro-Zone“ (Wehr 2010, S. 62).

Weitere Gründe sind die internen Probleme Griechenlands: Innerhalb der EU war bekannt, dass die griechische Wirtschaft von Korruption, Schattenwirtschaft, Steuerhinterziehung und Vetternwirtschaft geprägt war (Vgl. Katsimi 2010, S. 571). Außerdem hatte eine weit verbreitete Klientelpolitik dazu geführt, dass der öffentliche Sektor in Griechenland ungewöhnlich aufgebläht war¹⁵. Zusätzlich sorgten enorme Rüstungslasten für hohe Staatsausgaben¹⁶. Diese Kombination führte dazu, dass die griechische Finanz- und Wirtschaftspolitik bereits vor Beginn der Schuldenkrise als unsolide galt (Kirsch 2010, S. 5). Damit war Griechenland der perfekte Sündenbock. Denn der Diskurs über die Euro-Krise lässt sich nur im Zusammenhang mit dem vorangegangenen Diskurs über die weltweite Finanzkrise nachvollziehen. Deutschland hatte sich damals mit hohen Summen an den Hilfsmaßnahmen für den europäischen Bankensektor beteiligt. In den Medien wurden diese Ausgaben teilweise sehr kritisch betrachtet. Als Adressaten von Schuldzuweisungen boten sich damals aber nur abstrakte Akteure wie „die Finanzmärkte“ oder „das Wirtschaftssystem“ an (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 221). Das änderte sich mit Bekanntwerden der Krise in Griechenland. Erneut war Deutschland als Geldgeber gefordert, doch in diesem Fall wurde mit Griechenland ein konkreter Schuldiger

¹⁵ Der prozentuale Anteil an Staatsdienern beläuft sich trotz der geringen Einwohnerzahl auf 25 Prozent. Damit ist er mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland (10,3 Prozent) (Bickes et al. 2012, S. 50).

¹⁶ Das griechische Militärbudget ist mit 4,3 Prozent des BIP mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt aller OECD-Länder (Vgl. Wehr 2010, S. 68).

direkt mitgeliefert: „Griechenland wird zum Symbol dafür erkoren, dass die deutsche Regierung durch die Schuld Dritter gezwungen ist, gigantische Milliarden-summen im Schlund der globalen Finanzkrise verschwinden zu lassen“ (Bickes et al. 2012, S. 18).

3 Theoretische Grundlagen

In diesem Kapitel werden die Theoretischen Grundlagen der Arbeit erläutert. In dem Kapitel 3.1 wird zunächst ein Überblick über den Forschungsstand zur Berichterstattung während der Finanz- und/oder Euro-Krise gegeben. Auf dieser Grundlage erfolgt in Kapitel 3.2 die Bildung der forschungsleitenden Thesen. Anschließend wird in Kapitel 3.3 die im empirischen Teil der Arbeit zur Anwendung kommende Methodik vorgestellt.

3.1 Forschungsstand

Gegenwärtig existieren nur wenige wissenschaftliche Studien, die sich mit der Darstellung der Finanz- und/oder Euro-Krise in den Medien beschäftigen (Vgl. Schranz und Eisenegger 2011, S. 243). Im Folgenden sollen die wichtigsten Studien vorgestellt werden. Zusammen mit der im Anschluss vorgestellten Theorie bilden sie die Grundlage für die Thesenentwicklung am Ende dieses Kapitels.

Mario Schranz und Mark Eisenegger untersuchen in ihrer Studie „The Media Construction of the Financial Crisis in a Comparative Perspective“ (2011) am Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich die mediale Konstruktion der Finanzkrise in führenden Tageszeitungen der USA (The New York Times), Großbritanniens (Guardian) und der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung) für den Zeitraum 2007 bis 2009. Ziel der Studie ist eine vergleichende Analyse der Berichterstattung zu der Finanzkrise in den drei Ländern. Darüber hinaus untersuchen die Autoren, inwieweit die Berichterstattung mitverantwortlich für den Verlauf der Finanzkrise ist: „The idea behind this approach is that communications

about a crisis are the very means through which the underlying events actually develop into a crisis“ (Schranz und Eisenegger 2011, S. 241). Mit Hilfe einer Frame-Analyse wurden jeweils die Titelseiten der drei Tageszeitungen, beziehungsweise die Artikel auf der Titelseite, die die Finanzkrise zum Thema hatten, für den Zeitraum 2007 bis 2009 untersucht.

Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die Berichterstattung starke länderübergreifende Parallelen aufweist. Das gilt sowohl für die Zeitpunkte der Berichterstattung als auch für die Darstellung von Ursachen und Folgen der Finanzkrise. Zeitlich orientiert sich die Berichterstattung an wichtigen Ereignissen der Finanzkrise wie etwa die Pleite von Lehman Brothers. Die Ursachen der Krise werden gerade zu Beginn der Berichterstattung ausführlich diskutiert. Allerdings unterbleibt nach Auffassung der Autoren eine kritische Analyse davon. Stattdessen finden überwiegend personalisierte Schuldzuweisungen an Führungspersonen der Finanzindustrie statt. „The great majority of opinions expressed in the media see the financial industry, and particularly the CEOs of its companies, as primarily responsible for the current crisis“ (Schranz und Eisenegger 2011, S. 252). Die Folgen der Finanzkrise werden mit ihrem Fortschreiten zunehmend in einem nationalen Kontext dargestellt: „The more serious the crisis was seen to be, the more strongly did the media reflect its consequences within their respective national contexts“ (Schranz und Eisenegger 2011, S. 249). Mit der Orientierung an zentralen Ereignissen sowie der zunehmenden Konzentration auf einen nationalen Kontext, besitzt die Berichterstattung über die Finanzkrise, nach Auffassung der Autoren, große Ähnlichkeiten mit der Berichterstattung über Naturkatastrophen. Auf diese Weise verleihen die Medien der Finanzkrise den Charakter einer unvorhersehbaren und unvermeidlichen Katastrophe (Schranz und Eisenegger 2011, S. 255). Das hat zur Folge, dass eine Auseinandersetzung darüber, welche Konsequenzen aus der Krise gezogen werden müssen, damit eine solche in Zukunft verhindern werden kann, unterbleibt.

Die Darstellung der Finanzkrise in deutschen Tageszeitungen untersucht die Politikwissenschaftlerin Emel Cetin in dem Artikel „Denn Sie wissen nicht, was sie tun.' Eine Diskursanalyse über die Finanzkrise 2008 in ausgewählten deutschen Tageszeitungen“ (2012). Darin betrachtet sie nicht nur, wie die Krise in den Medien kommuniziert wird, sondern auch, wie diese die Krise konstituieren. Das heißt, welche zentralen Deutungen und Interpretationsangebote für Probleme, Verursachungsmechanismen und Lösungen im Diskurs auftauchen und inwieweit diese miteinander verbunden werden (Vgl. Cetin 2012, S. 95). Die Untersuchung konzentriert sich auf die Monate September und Oktober 2008, in denen die Berichterstattung über die Finanzkrise aus Sicht der Autorin besonders intensiv war. Die ausgewählten Tageszeitungen sind die BILD-Zeitung, die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) sowie die Süddeutsche Zeitung (SZ) mit ihren jeweiligen Sonntagsausgaben.

Der Analyse nach lassen sich drei Diskurslinien unterscheiden, die populäre, die wirtschaftsliberale und die reformorientierte. Die populäre Diskurslinie wird in den Medien von der BILD-Zeitung vertreten. Charakteristisch für diese Linie ist eine Dramatisierung der Finanzkrise sowohl auf der inhaltlichen als auch auf der semantischen Ebene. Außerdem zeichnet sich die populäre Diskurslinie durch eine stark moralisierende sowie national bezogene Argumentation aus. Verantwortlich für die Krise sind zum einen die „gierigen“ InvestmentbankerInnen und zum anderen der US-amerikanische „Raubtier-Kapitalismus“ (Vgl. Cetin 2012, S. 98). Dem gegenübergestellt wird das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft, dessen Vorbildcharakter als Werte- und Ordnungssystem wiederholt betont wird. Ziel der populären Diskurslinie ist durch Vereinfachung der Zusammenhänge zu einer Konsensbildung und darüber zu einer raschen Problemlösung beizutragen (Cetin 2012, S. 100). Die wirtschaftsliberale Diskurslinie wird von der FAZ sowie teilweise von der SZ vertreten. Das zentrale Anliegen dieser Linie ist ein weitestgehender Rückzug des Staates. Die Krise wird innerhalb dieser Diskurslinie als normale Krise des Finanzsystems beschrieben, die nicht durch ein Versagen des Marktes, sondern

durch Staatsversagen seitens der US-Regierung ausgelöst wurde. Dementsprechend geht die Gefahr nicht von der Finanzkrise aus, sondern von den gesamtgesellschaftlichen Reaktionen, die sich daraus ergeben. Die liberale Diskurslinie fürchtet, die Freiheit des Marktes an einen starken Staat zu verlieren. Die reformorientierte Diskurslinie besteht hauptsächlich aus der SZ sowie vereinzelt Vertretern der FAZ. Ein wesentliches Merkmal dieser Diskurslinie ist die Betonung der Globalität der Finanzkrise. Die Finanzkrise wird im Zusammenhang mit anderen weltweit als Krise bezeichneten Phänomenen gesehen, deren gemeinsame Ursache die auf stetigem Wachstum basierende Grundhaltung ist (Cetin 2012, S. 104). Ähnlich wie in der liberalen Diskurslinie trägt der Staat die Schuld an der Krise. Allerdings nicht, weil er zu viel, sondern weil er zu wenig in die Wirtschaft eingegriffen hat. Die zentrale Forderung innerhalb der reformorientierten Diskurslinie ist dementsprechend eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Ziel ist die Entwicklung eines Gegenentwurfs zum neo-liberalen Modell als dessen Handlungsmaximen nicht Wachstum, sondern Stabilität und Sicherheit gelten (Cetin 2012, S. 107).

Die populäre Diskurslinie tritt am häufigsten auf. Das liegt nach Ansicht der Autorin zunächst daran, dass diese Diskurslinie von der BILD-Zeitung vertreten wird, die innerhalb der deutschen Presselandschaft die größte Reichweite besitzt. Außerdem beziehen sich die beiden anderen Diskurslinien immer wieder auf die populäre Linie, teils zustimmend, in der Regel jedoch abgrenzend. Durch diese häufige Bezugnahme wird eine gewisse Wirkmächtigkeit der populären Linie hergestellt. Hinzu kommt, dass dieser Diskurslinie wichtige VertreterInnen der Bundesregierung sowie der Opposition zugeordnet werden können (Cetin 2012, S. 107). Die wirtschaftsliberale Diskurslinie ist von mittlerer Stärke. Das liegt vor allem daran, dass ihr im Vergleich zur reformorientierten Diskurslinie wichtige VertreterInnen der Wissenschaft angehören. Die reformorientierte Diskurslinie ist schließlich die schwächste Diskurslinie. Sie hat dementsprechend auch kaum öffentliches Echo gefunden. Das gilt auch für den Übergang von der Finanz- zur Eurokrise. Allerdings hat in diesem Zeitraum, der von der Autorin nur kurz angerissen wird, die

Bedeutung der wirtschaftsliberalen Diskurslinie gegenüber der populären Diskurslinie zugenommen:

Im Zuge der Staatsschuldenkrise Griechenlands und der sogenannten Eurokrise ist die mediale Kritik weit weniger Kapitalismuskritik als während der Finanzkrise 2008. Schuld- und Ursachenzuschreibung basieren weitgehend auf Deutungsmustern, welche verfehlte staatliche Politik (Überschuldung des Staates, zu viele Ausgaben im öffentlichen Bereich etc.) für die Krise verantwortlich machen. ‚Über die Verhältnisse leben‘ scheint sich als Topos auch in Deutschland etabliert zu haben (Cetin 2012, S. 109).

Eine ähnliche Diskursanalyse wie Emel Cetin haben SprachwissenschaftlerInnen der Leibniz Universität Hannover sowie der Aristoteles Universität Thessaloniki durchgeführt. Die Ergebnisse wurden 2012 in der gemeinsam erstellten Studie „Die Dynamik der Konstruktion von Differenz und Feindseligkeit am Beispiel der Finanzkrise Griechenlands: Hört beim Geld die Freundschaft auf?“ veröffentlicht. Gegenstand der Untersuchung ist die Medienberichterstattung seit dem Frühjahr 2010 in ausgewählten deutschen und griechischen Zeitungen sowie ihren zugehörigen Internetplattformen. In Deutschland wurden die BILD-Zeitung, der FOCUS, der SPIEGEL, die ZEIT und die tageszeitung (taz) untersucht. BILD-Zeitung und FOCUS wurden ausgewählt, weil sie mit ihrer Berichterstattung über Griechenland besonders aufgefallen sind (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 9ff). Die Gesamtauswahl soll sowohl das politische Rechts-Links-Spektrum abbilden, als auch eine große Leserschaft erfassen. Der Zeitraum der Analyse ist Januar bis Juni 2010. Insgesamt haben die AutorInnen mehr als 370 Artikel gesichtet, die in diesem Zeitraum in einem der fünf Print- oder Onlinemedien erschienen sind (Bickes et al. 2012, S. 222). Die Studie gliedert sich in vier Teilprojekte, innerhalb derer jeweils unterschiedliche Aspekte der Berichterstattung untersucht wurden. Der Schwerpunkt liegt dabei projektübergreifend auf den in den Berichten zur Anwendung kommenden sprachlichen Ausdrucksmitteln. Außerdem geht es darum, Parallelen und Unterschiede in der Berichterstattung in den beiden Ländern herauszuarbeiten. Das übergeordnete Ziel

der Studie ist, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie es möglich wurde, dass sich in Deutschland innerhalb kurzer Zeit eine anti-griechische Stimmung ausgebreitet hat, die in der Forderung nach einem Rauswurf Griechenlands aus der Euro-Zone gipfelte (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 219).

Grund dafür ist nach Ansicht der AutorInnen die negative Berichterstattung der deutschen Medien. Ausgehend von BILD und FOCUS hat sich eine Medienkampagne gegen Griechenland entwickelt, die die Einstellung der Öffentlichkeit entscheidend geprägt hat (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 223). Andere Medien, wie SPIEGEL und ZEIT, haben zwar differenzierter berichtet, doch auch hier hat der Tenor vorgeherrscht, dass die Krise Griechenlands eine Gefahr für Deutschland darstellt. Darüber hinaus ist die ihrerseits sehr vielschichtige Berichterstattung in griechischen Zeitungen von deutschen Medien weitgehend ignoriert worden. Lediglich wütende Stimmen haben ihren Weg in die deutsche Medien gefunden, wodurch das Bild der „maßlosen und unberechenbaren Griechen“ zusätzlich verstärkt wurde (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 224). Die einzige Zeitung, die versucht hat, die Situation neutral aufzuarbeiten und Opfer und Täter klar zu benennen, ist laut Studie die taz. Allerdings erreicht diese nur einen Bruchteil der Bevölkerung, so dass es insgesamt nicht gelungen ist, eine Gegenkampagne zu BILD-Zeitung und FOCUS aufzubauen. An dieser Stelle kritisieren die AutorInnen auch das Verhalten der Bundesregierung. Sie habe es unterlassen, politische Schadensbegrenzung zu betreiben. Das lege die Vermutung nah, dass „die mediale Herabwürdigung Griechenlands“ im Interesse der deutschen Politik gewesen sei:

Die unübersehbaren nationalistischen, rassistischen und zum Teil sogar völkischen Tendenzen in FOCUS und BILD wurden kommentarlos hingenommen, offenbar als willkommenes Sperrfeuer im Prozess der öffentlichen Demontage des griechischen Staates (Bickes et al. 2012, S. 223).

Abschließend halten die AutorInnen fest, dass das durch die Medien geprägte negative Bild Griechenlands der deutschen Öffentlichkeit dazu beigetragen habe, die wirtschaftliche Situation in Griechenland zu verschärfen. So würden die „Verelen-

„dung und Verarmung“ der griechischen Bevölkerung in Deutschland kaum wahrgenommen. Stattdessen werde weiterhin das Bild der „Pleite-Griechen“ hoch gehalten.

Es fällt bekanntlich leichter, einer Menschengruppe gegenüber, die man zuvor diskursiv mit einem fast naturwüchsigen Hang zu Verschwendung, zur Korruption und zur Undankbarkeit ausgestattet hat, anders als gegenüber der eigenen Gruppe zu empfinden, die man selbstgerecht und überheblich als rechtschaffen und arbeitsam stilisiert hat (Bickes et al. 2012, S. 225).

Die Berichterstattung der BILD-Zeitung ist auch Gegenstand der Studie „Drucksache ‚Bild‘ – Eine Marke und ihre Mägde“ (2011) der Otto-Brenner-Stiftung. Darin untersuchen der Kommunikationswissenschaftler Hans-Jürgen Artl und der Sozialwissenschaftler und ehemalige Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, Wolfgang Storz, die Darstellung der Griechenland- und Euro-Krise 2010 in der BILD-Zeitung. Die beiden Autoren möchten anhand einer Analyse der Berichterstattung der BILD-Zeitung zu diesem konkreten Thema zeigen, dass diese allgemein zu Unrecht als Journalismus bezeichnet wird (Artl und Storz 2011, S. 9). Die Studie besteht dementsprechend aus zwei Teilen. In einem ersten Teil wird die Berichterstattung über die Griechenland-Krise¹⁷ in der BILD-Zeitung im Jahr 2010 untersucht. Davon ausgehend, erfolgt in einem zweiten Teil eine kritische Betrachtung der BILD-Zeitung allgemein. Mit Hinblick auf das Thema dieser Arbeit werden hier nur die Ergebnisse des ersten Teils vorgestellt.

Die Berichterstattung zur Griechenland-Krise in der BILD-Zeitung im Jahr 2010 hat ihre Hochphase in den Monaten März bis Mai (Artl und Storz 2011, S. 18ff). In diesem Zeitraum ist das Thema mehrfach der Aufmacher oder wird an anderer prominenter Stelle auf Seite eins oder zwei behandelt. In den beiden Monaten davor sowie in den Monaten Juni bis September sind nur wenige Berichte, beziehungsweise überwiegend Kurzmeldungen erschienen. Im Oktober und November ver-

¹⁷ Der Begriff Griechenland-Krise wird im weiteren Verlauf der Arbeit als Synonym für die griechische Haushalts- und Staatsschuldenkrise verwendet.

schwindet das Thema mit „Der große BILD-Report“ schließlich wieder aus der BILD-Zeitung. Inhaltlich wird die Griechenland-Krise gemäß dem aus Sicht der beiden Autoren für die BILD-Zeitung typischen Storytelling aufbereitet. Im Sprachgebrauch der BILD-Zeitung liest sich die Geschichte auf diese Weise:

Die faulen und korrupten Griechen haben ihren Staat in die Zahlungsunfähigkeit getrieben. Das müsste uns nicht weiter interessieren, wenn sie auf diese Weise nicht auch noch den Euro kaputt machen würden. Die fleißigen und sparsamen Deutschen wollen den Euro retten, aber ihr hart erarbeitetes Geld keinesfalls in das bodenlose griechische Fass werfen. Die Sache wird gut ausgehen, wenn die Pleite-Griechen aus der Eurozone hinausgeworfen werden, in die sie ohnehin nur mit Tricksen und Täuschen hereingekommen sind (Artl und Storz 2011, S. 17).

Durch die zeitliche Konzentration einerseits und die qualitative Ausrichtung andererseits hat die Berichterstattung der BILD-Zeitung nach Auffassung von Artl und Storz die Form einer Kampagne nach dem Motto „BILD kämpft“. Ziel der BILD-Zeitung sei die Deutung der Krise nach einem einfachen Freund-Feind-Schema, bei dem die Deutschen die Guten und die Griechen die Bösen sind. Laut den beiden Autoren ist die BILD-Zeitung mit dieser Darstellung aber nicht alleine: Einzelne inhaltliche Elemente würden auch in anderen deutschen Medien auftauchen. In diesem Sinn entfernt sich die BILD-Zeitung also nicht vom Mainstream der Massenmedien, sondern sie verstärkt diesen: „Die unterschiedlichen Meinungsflüsse und Nebenarme der Berichterstattung in den Print-, Funk- und Onlinemedien münden – nicht ausnahmslos, aber weit überwiegend – in diesen gemeinsamen Strom“ (Artl und Storz 2011, S. 16).

3.2 Thesenentwicklung

An dieser Stelle sollen die für diese Arbeit forschungsleitenden Thesen vorgestellt werden, die im weiteren Verlauf mit Hilfe der Frequenz- sowie der Frame- und Framing-Analyse überprüft werden. Aus dem zuvor dargestellten Forschungsstand

ergibt sich die übergeordnete Hauptthese, dass Griechenland nicht nur im Mittelpunkt der Berichterstattung über die Euro-Krise steht, sondern dass diese durch eine ablehnende Haltung der Medien gegenüber Griechenland geprägt ist, die von der deutschen Öffentlichkeit mitgetragen wird. Im Detail lässt sich die These in neun Unterthesen gliedern.

These (1): Über Griechenland wird im Zusammenhang mit der Euro-Krise häufiger berichtet, als über die anderen vier ähnlich verschuldeten Staaten aus der Gruppe der PIIGS-Staaten. In den vorgestellten Studien zur Darstellung der Euro-Krise in den Medien herrscht Einigkeit darüber, dass Griechenland die Berichterstattung nicht nur dominiert hat, sondern dass die Berichterstattung der deutschen Medien einer Hetzkampagne glich (Bickes et al. 2012, S. 9; Artl und Storz 2011, S. 9). Trotz dieser Einstimmigkeit stellt sich die Frage, an welchem Maßstab der Anteil der Berichterstattung gemessen wird. Im Zusammenhang des Gesamtkontextes Euro-Krise scheint es geeignet, den Umfang der Berichterstattung über Griechenland mit der Gesamtberichterstattung über die Euro-Krise zu vergleichen. Da die Euro-Krise allerdings, wie zu Beginn dieser Arbeit erläutert, keine Krise der Gemeinschaftswährung Euro ist, sondern eine Haushalts- bzw. Staatsschuldenkrise einzelner Mitgliedsstaaten, ist ein anderer Vergleich vorzuziehen. Griechenland ist nicht das einzige Euro-Land, das durch die weltweite Finanzkrise in Refinanzierungsschwierigkeiten geraten ist, die anderen vier Staaten aus der Gruppe der sogenannten PIIGS-Staaten sind zum gleichen Zeitpunkt auf ähnliche Weise von einem drohenden Staatsbankrott betroffen. Bickes et al. werfen in ihrer Studie offen die Frage auf, warum nur Griechenland „im Fokus der medialen Berichterstattung“ stand (Bickes et al. 2012, S. 47). Das impliziert, dass über die anderen Länder weniger berichtet wurde. Das soll mit dieser These überprüft werden.

These (2): Griechenland ist in den untersuchten Artikeln das Hauptthema. Diese These dient als Ergänzung zur ersten These. Während bei der Untersuchung der ersten These die bloße Erwähnung Griechenlands ausreicht, um einen Artikel zur Quantität der Berichterstattung zu zählen, wird mit diesem zweiten Schritt

überprüft, welchen Stellenwert Griechenland innerhalb der erfassten Artikel einnimmt. Dabei wird angenommen, dass Griechenland, wie in These eins erläutert, die Berichterstattung zur Euro-Krise über weite Strecken dominiert hat. Daraus ergibt sich die These, dass Griechenland in den untersuchten Artikeln das Hauptthema ist.

These (3): Griechenland wird als eine Gefahr für den Euro und/oder die EU dargestellt. Mit dieser These beginnt die inhaltliche Analyse der erfassten Artikel. Denn der Umfang der Berichterstattung ist nicht alleine ausschlaggebend dafür, wie ein Ereignis oder Thema in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, entscheidend ist vielmehr die Art und Weise der Berichterstattung. Artl und Storz zeigen, dass die BILD-Zeitung in ihren Artikeln explizit vor dem „bodenlosen griechischen Fass“ warnt (Artl und Storz 2011, S. 17). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Bickes et al. (Bickes et al. 2012, S. 219). In diesem Zusammenhang stehen auch die Ergebnisse von Eisenegger und Schranz. Die beiden zeigen, dass die Folgen der Finanzkrise in ihrem Verlauf immer stärker innerhalb eines nationalen Kontextes thematisiert wurden (Vgl. Schranz und Eisenegger 2011, S. 249). Aus diesen beiden Zusammenhängen folgt die These, dass die untersuchten Artikel zunehmend eine nationale Perspektive einnehmen, aus der heraus Griechenland als eine Gefahr für den Euro und/oder die EU dargestellt wird.

These (4): Die Ursachen für die Griechenland-Krise werden im Land selber gesehen. Cetin kommt zu dem Ergebnis, dass die Medien für die Euro-Krise in der Regel die betroffenen Staaten verantwortlich machen (Cetin 2012, S. 109). Ein deutliches Beispiel dafür ist die Berichterstattung in der BILD-Zeitung (Artl und Storz 2011, S. 17). Aus diesen Gründen wird angenommen, dass in den untersuchten Artikeln die Ursachen für die Griechenland-Krise im Land selber gesehen werden.

These (5): Griechenland und/oder das griechische Volk wird in den untersuchten Artikeln diskreditiert. Diese These ist eine Fortführung der vorangegangenen These. Die BILD-Zeitung hat in ihrer Berichterstattung den Begriff der „Plei-

te-Griechen“ geprägt (Bickes et al. 2012, S. 225; Artl und Storz 2011, S. 17). Die Studien deuten an, dass auch andere Medien diese Formulierung übernommen haben bzw. Griechenland oder das griechische Volk auch in anderen Medien negativ dargestellt werden (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 224; Artl und Storz 2011, S. 17). Daraus wird die These abgeleitet, dass Griechenland und/oder das griechische Volk in den untersuchten Artikeln diskreditiert werden.

These (6): Eine deutsche Beteiligung an den Finanzhilfen für Griechenland wird in den untersuchten Artikeln abgelehnt. Die sechste These ist eine Fortführung der dritten These. Denn wer der Meinung ist, dass Griechenland seine Krise selber verschuldet hat, wird sich kaum gleichzeitig für EU-Finanzhilfen aussprechen. Erst recht nicht für eine deutsche Beteiligung daran. Hinweise darauf gibt Bickes et al. Demnach haben sich die Medien durch Aussagen von Angela Merkel gegen entsprechende Finanzhilfen anstacheln lassen (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 9).

These (7): In den untersuchten Artikeln wird der Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone gefordert. In Ergänzung zu der vorangegangenen These wird die Annahme aufgestellt, dass die Medien anstatt von Finanzhilfen den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone fordern. Wie Artl und Storz zeigen, ist dies das Ziel der Berichterstattung der BILD-Zeitung (Artl und Storz 2011, S. 17). Auch Bickes et al. geben als Höhepunkt der Berichterstattung die Forderung nach einem Rauswurf Griechenlands an (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 219). In beiden Studien wird angedeutet, dass die BILD-Zeitung damit nicht alleine dasteht. Das führt zu der Annahme, dass in den untersuchten Artikeln mehrheitlich der Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone gefordert wird.

These (8): Eine Ausnahme in der Berichterstattung bildet lediglich die taz. Als einzige Ausnahme der Mainstream-Berichterstattung identifizieren Bickes et al. die taz (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 223). Auf dem Links-Rechts-Spektrum lässt sich die taz ganz links einordnen. Die taz versteht sich selber als Gegenöffentlichkeit (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 64), und in dieser Rolle widersetzt sie sich „dem Druck der Stereotype und des sprachlichen und thematischen Konformismus“ (taz 2008). Daraus

folgt die Annahme, dass sich die Berichterstattung in der taz von den anderen Zeitungen unterscheidet¹⁸.

These (9): Zwischen der Berichterstattung der Medien sowie der Meinung der deutschen Öffentlichkeit besteht ein Zusammenhang. Wie in der Einleitung dargestellt, besteht die Aufgabe der Medien laut Niklas Luhmann darin, Hintergrundinformationen zur Selbstreflexion der Gesellschaft bereitzustellen. Zu dieser politischen Dimension der Medien kommt eine ökonomische Dimension hinzu: „Integrierend auf und für eine Gesellschaft zu wirken, ist nicht der selbst gestellte Zweck der Medien – vielmehr ist dies Folge der unternehmerischen Gewinnerzielungsabsicht“ (Jäger und Vierhig 2005, S. 3). Das Mediensystem basiert darauf, dass Informationen gegen Aufmerksamkeit getauscht werden, wobei sowohl die Produktion der InformationsträgerInnen als auch der Empfang der Informationen, beziehungsweise das dadurch befriedigte Interesse mit Geld verrechnet wird (Jäger und Vierhig 2005, S. 3; Winkler 2004). Im Sinne dieser ökonomischen Dimension ist das Ziel der Berichterstattung, jeweils ein möglichst hohes Maß an Aufmerksamkeit zu erlangen. Voraussetzung dafür ist, dass die vermittelten Informationen mit der vorherrschenden Stimmung in der Gesellschaft vereinbar sind; ansonsten gelingt es ihnen nicht, das Interesse des Publikums zu erreichen (Vgl. Jäger und Vierhig 2005, S. 3). In Bezug auf die Berichterstattung über die Griechenland-Krise folgt daraus die These, dass die von den Medien vermittelte Haltung zu Griechenland der Meinung der deutschen Öffentlichkeit zu dem Thema entspricht.

3.3 Methodik

Im empirischen Teil dieser Arbeit wird es darum gehen, die genannten Thesen in Bezug auf das relevante Datenmaterial zu überprüfen. Dabei werden mit der Frequenzanalyse sowie dem Framing-Ansatz unterschiedliche inhaltsanalytische Forschungsmethoden zur Anwendung kommen. Im Folgenden werden diese mit

¹⁸ Das impliziert die Annahme, dass die anderen Zeitungen unabhängig von ihrer Ausrichtung und Auflage ähnlich berichtet haben.

Hinblick auf ihre jeweilige Forschungstradition sowie individuelle Stärken und Schwächen vorgestellt.

3.3.1 Die Frequenzanalyse

Die Frequenzanalyse gehört zu den Instrumenten der quantitativen Inhaltsanalyse. In der Medieninhaltsforschung gelten diese Instrumente als die einzigen Instrumente mit deren Hilfe sich „verlässliche und quantifizierende Aussagen über große Textmengen“ machen lassen (Bonfadelli 2002, S. 53). Die Frequenzanalyse ist eine der einfachsten Methoden der Inhaltsanalyse. Die Methode besteht darin, „bestimmte Elemente des Materials auszuzählen und in ihrer Häufigkeit mit dem Auftreten anderer Elemente zu vergleichen“ (Mayring 2008, S. 13). Dabei kann es sich um einzelne Wörter oder ganze Formulierungen handeln. Das Kategoriensystem, das dafür benötigt wird, wird durch alltagsweltliche oder wissenschaftlich-theoretische Vorüberlegungen gebildet (Lamnek 2005, S. 502). Die Reliabilität von quantitativen inhaltsanalytischen Methoden gilt als sehr hoch. Ihre Aussagekraft ist allerdings begrenzt, denn allein aus einer hohen Frequenz von Wortnennungen lassen sich keine Rückschlüsse auf deren Bedeutung oder Gewichtung ziehen (Vgl. Bonfadelli 2002, S. 53; Diekmann 2008, S. 597). Allerdings kann unterstellt werden, dass Inhalte, die für den Text zentral sind, in seinem Verlauf immer wieder angesprochen werden (Mochmann 1974, S. 195, zit. n. Bröker 1981, S. 30). Daraus folgt für die Medienberichterstattung, dass sich aus der Frequenz der Berichterstattung Rückschlüsse auf die Bedeutung des entsprechenden Themas oder Ereignisses in den Medien ziehen lassen. Dementsprechend liefert die Frequenzanalyse bei Arbeiten, deren Untersuchungsziel über eine rein quantitative Betrachtung hinaus geht, einen geeigneten Ausgangspunkt. In diesem Sinn wird sie auch in dieser Arbeit zur Überprüfung der ersten beiden Thesen zur Anwendung kommen. Es wird also angenommen, dass sich aus der Anzahl der Artikel über Griechenland während der Euro-Krise Rückschlüsse auf die Bedeutung dieses Themas in den Medien ziehen lassen. Die ausschließlich quantitative Methode des Wörterzählens wird dabei

durch eine qualitative Auswertung ergänzt, innerhalb derer ermittelt wird, ob Griechenland in den erfassten Artikeln Haupt- oder Nebenthema ist.

3.3.2 Der Framing-Ansatz

Der Begriff Frame spielt in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, darunter Psychologie, Soziologie und Linguistik, schon seit einigen Jahrzehnten eine Rolle. Seit den achtziger Jahren findet der daraus entstandene Framing-Ansatz verstärkt auch in anderen Bereichen der Wissenschaft Anwendung; zunächst nur in dem Bereich der qualitativen Inhaltsforschung, zunehmend aber auch in der Wirkungsforschung (Bonfadelli 2002, S. 145). Im Folgenden wird der Framing-Ansatz erläutert. Dazu erfolgt zunächst eine Einordnung in den Theoriekontext sowie eine Darstellung der erkenntnistheoretischen Grundlagen. Anschließend wird die Verwendung des Ansatzes innerhalb dieser Arbeit dargestellt.

3.3.2.1 Einordnung in den Theorie-Kontext

Grundlegend für die Theorien der Medieninhalts- und Medienwirkungsforschung ist die Erkenntnis, dass in den Medien¹⁹ nur eine Auswahl an Inhalten Beachtung finden. JournalistInnen sind täglich mit einer zunehmenden Informationsflut konfrontiert, aus denen sie Themen auswählen müssen, die sie innerhalb der gegebenen räumlichen und zeitlichen Beschränkungen in der Zeitung, im Radio, im Fernsehen und zunehmend auch im Internet für berichtenswert halten (Maier 2010, S. 13). Ziel der Medieninhalts- und Medienwirkungsforschung ist es, diese Selektionsprozesse und ihre Wirkungen auf den Rezipienten aufzuzeigen und zu erklären. In diesem Zusammenhang sind zahlreiche Forschungsansätze entstanden, wobei die fünf wichtigsten Konzepte die Nachrichtenwerttheorie, der Gatekeeping-Ansatz, das News-Bias-Konzept, das Agenda-Setting-Modell und der Framing-Ansatz sind (Vgl. Maier 2010, S. 131). Teilweise überschneiden und ergänzen sich diese fünf Forschungsansätze, so dass eine Abgrenzung nicht immer möglich ist.

¹⁹ Der Begriff Medien wird im weiteren Verlauf der Arbeit als Synonym für journalistische Informationsangebote verwendet.

Im Mittelpunkt der drei zuerst genannten Forschungsansätze stehen die Selektion von Medieninhalten sowie die daraus resultierende Verzerrung in der Medienberichterstattung. Die Nachrichtenwerttheorie erklärt journalistische Selektionsprozesse anhand der Eigenschaften von Ereignissen, während der Gatekeeping-Ansatz und die News-Bias-Forschung individuelle oder strukturelle Merkmale der Ereignisse, beziehungsweise Präferenzen der JournalistInnen zur Erklärung heranziehen. Die beiden anderen Forschungsansätze, das Agenda-Setting-Modell und der Framing-Ansatz, richten ihren Fokus auf die Rezeption von Medieninhalten. Das Agenda-Setting-Modell untersucht, welchen Einfluss die Medien auf die Bedeutung von Themen bei der öffentlichen Meinungsbildung und Diskussion haben (Maier 2010, S. 124). In seiner einfachsten Variante unterstellt das Agenda-Setting-Modell einen direkten Einfluss der Medienagenda auf die öffentliche Agenda (Maurer 2010, S. 11). Medien beeinflussen aber nicht nur, über welche Themen in der Öffentlichkeit diskutiert wird, sondern auch in welcher Weise diese Diskussion geführt wird. Eine solche Analyse kann mit Hilfe des Framing-Ansatzes durchgeführt werden. Ausgangspunkt des Framing-Ansatzes ist die Annahme, dass die Art der Thematisierung und Präsentation bestimmter Ereignisse und Themen in den Medien (Vgl. Bonfadelli 2002, S. 48ff) die Aufmerksamkeit (und damit auch die Meinung) der RezipientInnen lenkt und auf diese Weise beeinflusst, wie das Ereignis oder das Thema von der Öffentlichkeit aufgefasst wird (Maier 2010, S. 127).

3.3.2.2 Erkenntnistheoretische Grundlagen

Der Framing-Ansatz lässt sich in die übergeordnete Theorie des Konstruktivismus einordnen. Der Grundsatz des Konstruktivismus ist: „The social world is [...] a Kaleidoscope of potential realities, any of which can be readily evoked by altering the ways in which observations are framed“ (Edelman 1993, S. 232). Es wird angenommen, dass die Wirklichkeit zu komplex ist, um von den Menschen auf einmal erfasst werden zu können. Stattdessen greifen die Menschen bei der Aufnahme von Informationen auf „zugrundeliegende ganzheitliche kognitive Strukturen“ (Bonfadelli 2002, S. 145) zurück. Das bedeutet, Informationen werden nur selektiv wahrge-

nommen und in bestimmte Kategorien (oder Frames) eingeordnet (Vgl. Edelman 1993, S. 231). Dementsprechend ist die Bedeutung von Ereignissen, Alltagssituationen, Kommunikationsinhalten oder Medienbotschaften nicht objektiv gegeben, sondern sie variiert je nach Beobachter, Interaktions- oder Kommunikationspartner und den von diesem verwendeten Frames (Bonfadelli 2002, S. 145). Allgemein ist ein Frame ein „Bezugs- oder Interpretationsrahmen, der die Informationsverarbeitung erleichtert“ (Maurer 2010, S. 77), in dem bestimmte Informationen hervorgehoben werden, während andere vernachlässigt werden. Statt des deutschen Begriffs Rahmen hat sich in der Wissenschaft die englische Übersetzung Frame durchgesetzt (Matthes 2007, S. 18).

Die Ursprünge der Framing-Forschung liegen in der Soziologie und Psychologie (Matthes 2007, S. 26ff). Grundlegend für die Anwendung des Framing-Ansatzes in der Kommunikationswissenschaft war die Arbeit „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“ von Robert H. Entman (1993). Die darin aufgestellte Definition bildet noch immer die Grundlage für einen Großteil der Studien aus diesem Forschungsbereich. Das gilt auch für die vorliegende Arbeit, die sich weitgehend an den Arbeiten von Bernhard Scheufele (2003) und Jörg Matthes (2007) zum Framing-Ansatz orientiert.

To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described (Entman 1993, S. 52).

Im Sinne von Entman bezeichnet Framing einen Prozess, bei dem bestimmte Realitätsausschnitte nicht nur ausgewählt, sondern auf eine Weise hervorgehoben werden, dass sie bei den RezipientInnen bestimmte Problemdefinitionen, kausale Interpretationen, moralische Bewertungen oder Handlungsempfehlungen aktivieren.

Frames können auf verschiedenen Stufen des Kommunikationsprozesses relevant werden (Scheufele 2003, S. 47; Jäger und Vierhig 2005, S. 4f; Maurer 2010, S. 78): 1) Frames finden in den Köpfen von JournalistInnen statt, wo sie neben anderen

Faktoren die Nachrichtenauswahl steuern (journalistische Frames). 2) Die Medien setzen ihre Inhalte in einen bestimmten Rahmen (Medienframes). In diesem Fall ist der Frame die Perspektive, aus der ein Medienbericht verfasst ist und durch welche den RezipientInnen eine bestimmte Interpretation des dargestellten Themas nahegelegt wird. 3) Die RezipientInnen verarbeiten die Inhalte im Rahmen ihres Vorwissens und ihrer Voreinstellungen (Rezipientenframes). 4) Öffentliche Akteure setzen sogenannte strategische Frames, in dem sie Sachverhalte in bestimmte (gewünschte) Bezugsrahmen stellen, um Einfluss auf die öffentliche Meinung und auf (politische) Entscheidungen zu nehmen (Akteur-Frames).

Tab. 1: Die vier Stränge der Framing Forschung

	Strategisches Framing	Journalistisches Framing	Frames in Medientexten	Wirkung von Frames auf Rezipienten
Lokalisierung des Frames	Kommunikator	Journalist	Text	Rezipienten
Erkenntnisinteresse	Strategischer Wettbewerb von Frames	Selektion und Strukturierung von Nachrichten	Deskription der Medienberichterstattung	Wirkungsanalyse
Hauptmethode	Analyse von Dokumenten	Inhaltsanalyse	Inhaltsanalyse	Experiment
Art des Frames	inhaltsbezogen	inhaltsbezogen	inhaltsbezogen und formalstilistisch	inhaltsbezogen und formalstilistisch
mehrere Frames pro Beitrag	ja	unklar	ja	nein

Quelle: Eigene Tabelle nach Matthes 2007, S. 128

Entsprechend dieser Bereiche haben sich vier Stränge der Framing-Forschung entwickelt (s. Tab. 1). Der journalistenzentrierte Ansatz (Spalte 3) und der inhaltszentrierte Ansatz (Spalte 4) lassen sich als kommunikatorzentrierter Framing-Ansatz zusammenfassen (Scheufele 2003, S. 48ff). Ziel dieses Ansatzes ist die Analyse des Einflusses journalistischer Frames auf die Medienberichterstattung sowie die Struktur der Berichterstattung selber. Die Grenzen zwischen den beiden Ansätzen sind oft fließend. Der wirkungszentrierte Ansatz (Spalte 5) untersucht, inwieweit

ein bestimmter Medien-Frame die Vorstellungen, Urteile und Entscheidungen der RezipientInnen beeinflusst. Der öffentlichkeits- und bewegungstheoretische Ansatz ist eine Mischung der beiden anderen Ansätze. Dabei wird betrachtet, welche Akteure (Kommunikatorperspektive) in welcher Weise (Wirkungsperspektive) ihre Frames in den Medien platzieren können. Einige WissenschaftlerInnen bezeichnen den Framing-Ansatz aufgrund dieser Zersplitterung in unterschiedliche Forschungsstränge als „zerstreutes Forschungsgebiet“ (Matthes 2007, S. 19). Grundsätzlich ist seine Bedeutung zur Erklärung von Medieninhalten und Medienwirkungen aber unbestritten.

Whatever its specific use, the concept of framing consistently offers a way to describe the power of a communicating text. Analysis of frames illuminates the precise way in which influence over a human consciousness is exerted by the transfer (or communication) of information from one location – such as a speech, utterance, news report, or novel – to that consciousness (Entman 1993, S. 51f).

Was in den meisten Arbeiten zum Framing-Ansatz fehlt, ist eine mit Hinblick auf die unterschiedlichen Ansätze integrative Vorgehensweise. Dabei ist das Potential des Framing-Ansatzes diesbezüglich enorm. Denn wie sich bei näherer Betrachtung zeigt, ergänzen beziehungsweise überlappen sich die einzelnen Stränge. Bisher werden diese Bezüge aber zu wenig berücksichtigt. Aufgrund des begrenzten Umfangs muss sich diese Arbeit ebenfalls auf einen Forschungsstrang beschränken. In Hinblick auf das Ziel der Arbeit ist das der wirkungszentrierte Ansatz.

3.3.2.3 *Der wirkungszentrierte Framing-Ansatz*

Der wirkungszentrierte Framing-Ansatz untersucht, wie bereits angedeutet, den Effekt von Medien-Frames auf die RezipientInnen. Die unabhängige Variable ist der Medien-Frame, der entweder formal oder inhaltlich operationalisiert wird, und die abhängige Variable ist der Einfluss des Frames auf die RezipientInnen. Für die methodische Vorgehensweise bedeutet das, dass in einem ersten Schritt Medien-

Frames identifiziert werden (Frame-Analyse), und in einem zweiten Schritt der Einfluss dieser Medien-Frames auf die RezipientInnen untersucht wird (Framing-Analyse). Zunächst muss allerdings grundsätzlich festgestellt werden, ob sich das gewählte Thema für eine Frame-Analyse eignet. Entsprechende Themen müssen drei Kriterien erfüllen: 1) Frames beziehen sich auf unterschiedliche Sichtweisen eines Themas. Dementsprechend ist Voraussetzung für den Framing-Ansatz, dass es sich bei dem Thema um ein sogenanntes *issue* handelt: „Issues als öffentliche Streitfragen implizieren, dass prinzipiell verschiedene Standpunkte eingenommen werden können“ (Matthes 2007, S. 152). 2) Ein Akteur muss sich öffentlich zu diesem Streitthema geäußert haben. Denn ohne Akteur kein Frame. 3) Der Frame taucht über mehrere Artikel hinweg auf. Erfüllt das gewählte Thema die beschriebenen Kriterien, kann mit der Frame-Analyse begonnen werden.

Für die Analyse von Medien-Frames hat sich die Inhaltsanalyse als Hauptmethode durchgesetzt. Allgemein ist die Inhaltsanalyse eine „empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“ (Früh 2001, S. 25). Ziel ist es, anhand von Textmerkmalen Schlussfolgerungen über den Text, seinen Produzenten oder den Rezipienten zu erlangen (Vgl. Diekmann 2008, S. 580). Dafür wird der Text auf sogenannte Codes durchsucht, die im Vorfeld definiert werden. Frames sind als verhältnismäßig abstrakte Einheit allerdings nur schwer codierbar. Ein häufig genannter Schwachpunkt der Frame-Analyse ist, dass in der Regel nicht explizit deutlich gemacht wird, welche Kriterien in einem Text erfüllt werden müssen, um von einem Frame sprechen zu können (Bonfadelli 2002, S. 251). Auch Matthes und Kohring kritisieren die bestehenden Operationalisierungsmethoden aufgrund ihrer mangelnden Validität und Reliabilität (Matthes und Kohring 2004, S. 56). In ihrem Artikel „Die empirische Erfassung von Medien-Frames“ (2004) entwickelten sie deshalb ein neues Verfahren der Frame-Analyse, das Matthes in seinem Buch *Framing-Effekte: Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellung der Rezipienten* weiter entwickelt. Demnach wird nicht der ganze Frame kodiert, sondern die ein-

zernen Elemente, aus denen sich ein Frame zusammensetzt. Das sind 1) Problemdefinition, 2) Ursachenzuschreibung, 3) Lösungszuschreibung/ Handlungsaufforderung und 4) Explizite Bewertung (Matthes 2007, S. 134ff).

Mit der Definition des Problems wird festgelegt, warum ein Thema wichtig ist und öffentlich diskutiert werden muss. „Die Problemdefinition ‚spannt‘ gewissermaßen den Rahmen auf und definiert worüber gesprochen wird und welche Akteure relevant sind“ (Matthes 2007, S. 134). Die Suche nach einer Ursache ergibt sich notwendigerweise aus der Problemfeststellung. Dabei geht es darum, einen Verantwortlichen zu finden. Das kann entweder eine Person oder eine Situation sein. Die Suche nach der Lösung eines Problems beginnt ebenfalls unmittelbar, nachdem ein solches festgestellt worden ist. Die Lösungszuschreibung kann wie die Ursachenzuschreibung personal oder situativ sein. Die explizite Bewertung bezieht sich auf die moralische oder evaluative Einordnung eines Problems. Dabei ist die Bewertung graduell zu verstehen, denn bei den meisten Themen, die im Rahmen der Frame-Analyse betrachtet werden, handelt es sich um kontroverse Themen denen bereits eine Bewertung innewohnt. Es geht also nicht darum, ob eine Situation negativ beurteilt wird, sondern wie negativ sie gesehen wird. Sobald eine bestimmte Konstellation dieser vier Elemente über mehrere Medienberichte hinweg auftritt, kann von einem Medien-Frame gesprochen werden (Vgl. Matthes 2007, S. 156). Pro Frame müssen mindestens zwei Elemente gleichzeitig vorhanden sein. In dem Fall handelt es sich um einen impliziten Frame. Werden in einem Medienbericht alle Elemente eines Frames angesprochen, spricht man von einem expliziten Frame. Nachdem im Rahmen der Frame-Analyse die relevanten Medien-Frames identifiziert wurden, beginnt die Framing-Analyse. Dabei geht es um den Einfluss der Medien-Frames auf die Einstellungen der RezipientInnen zu den entsprechenden Ereignissen oder Themen. Bernhard Scheufele unterscheidet vier Arten von Framing-Effekten (Scheufele 2003, S. 68): 1) Medien-Frames aktivieren das Vorwissen (Schemata) der RezipientInnen zu dem dargestellten Thema (Aktivierungseffekt). 2) Durch Framing kann ein Schema überhaupt erst ausgebildet werden (Etablierungseffekt). 3) Frames ver-

ändern die Einstellungen, Meinungen und Empfindungen der RezipientInnen zu dem dargestellten Thema (Einstellungseffekt). 4) Wiederholtes, übereinstimmendes Framing verschiebt die Vorstellungen der RezipientInnen in Richtung des Medien-Frames (Transformationseffekt).

Die Framing-Analyse kann nur als Experiment durchgeführt werden. Dabei geht es darum, die Einstellungen der RezipientInnen vor dem Konsum der framerelevanten Medieninhalte mit ihren Einstellungen danach zu vergleichen, um auf diese Weise zu ermitteln, ob die Medien-Frames einen Einfluss haben. Das bedeutet, dass sowohl die Einstellungen der RezipientInnen zu beiden Zeitpunkten als auch ihr Mediennutzungsverhalten ermittelt werden müssen. Eine geeignete Methode dafür ist die Durchführung einer entsprechenden Umfrage. Dabei ist allerdings zu beachten, dass eine Umfrage in der Regel zu einem Zeitpunkt stattfindet, zu dem die Medien-Frames bereits in Umlauf sind. Aus diesem Grund lässt sich die Einstellung der RezipientInnen vor Konsum der framerelevanten Medien nicht direkt ermitteln. Es sei denn, es liegen bereits entsprechende Umfragen für einen den Medien-Frames vorgelagerten Zeitpunkt vor. Eine Möglichkeit, die Voreinstellungen der RezipientInnen indirekt zu ermitteln, bietet eine zusätzliche Frame-Analyse für einen dem Zeitpunkt der ursprünglichen Analyse vorgelagerten Kontrollzeitraum. Fällt diese Analyse negativ aus, dann kann für die Wirkungsanalyse angenommen werden, dass die RezipientInnen dem Ereignis oder Thema gegenüber bisher neutral eingestellt waren.

4 Untersuchungsanlage

In diesem Kapitel wird die konkrete Untersuchungsanlage vorgestellt. In Kapitel 4.1 wird zunächst die Wahl des Untersuchungszeitraum sowie der zur Untersuchung stehenden Medien erläutert. Anschließend wird in den folgenden Kapiteln die Operationalisierung der zur Anwendung kommenden Forschungsmethoden der Frequenz- (4.2) sowie der Frame- (4.3) und Framing-Analyse (4.4) dargestellt.

4.1 Forschungsdesign

Thema dieser Arbeit ist die Darstellung Griechenlands in ausgewählten deutschen Medien während der Euro-Krise. Als Beginn der Euro-Krise kann der erste sogenannte Euro-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone am 12. Oktober 2008 in Paris betrachtet werden; ein Ende ist noch nicht abzusehen (siehe dazu Kapitel 2). Damit erstreckt sich der Untersuchungszeitraum über vier Jahre. Eine Medien-Analyse über diesen gesamten Zeitraum ist aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit nicht möglich. Aus diesem Grund wird die Entscheidung getroffen, dass aus dem Gesamtzeitraum kleinere Zeiträume herausgegriffen werden, auf die sich die Untersuchung beschränken wird. Diese Entscheidung kann wie folgt begründet werden: Die Euro-Krise ist für die deutsche Öffentlichkeit ein vergleichsweise abstraktes Thema. Zum einen, weil sowohl die Zusammenhänge als auch die Höhe der Summen, um die es dabei geht, für die BürgerInnen schwer nachvollziehbar sind, und zum anderen, weil in Deutschland, im Vergleich zu den meisten anderen Ländern der Euro-Zone, keine merklichen negativen Auswirkungen der Euro-Krise festgestellt werden konnten. Für die Medienberichterstattung gilt die Annahme, je weiter die Ereignisse vom persönlichen Erfahrungsraum entfernt sind, desto schwieriger wird es für die RezipientInnen, die vermittelten Informationen aufzunehmen und zu hinterfragen (Vgl. Jäger und Vierhig 2005, S. 5). Das impliziert, dass mit der Entfernung zum Rezipienten der Handlungsspielraum zur Festlegung eines Interpretationsrahmens, innerhalb dessen die RezipientInnen die Ereignisse einordnen und verstehen können, steigt. Zusätzlich herrscht gemeinhin die Logik „simplifizieren, personalisieren, dramatisieren“ (Jäger und Vierhig 2005, S. 4). Entsprechend dieser Logik werden Informationen in bestimmte Rahmen gesetzt, damit sie die heimischen RezipientInnen auch dann erreichen, wenn sie das Ereignis oder das Thema nicht direkt betrifft. Aus diesen beiden Umständen lässt sich die Vermutung ableiten, dass die Berichterstattung über abstrakte Themen und Ereignisse (wie die Euro-Krise) dann zunimmt, wenn die Möglichkeit besteht, diese dem Rezipienten durch Simplifizierung, Personalisierung und Dramatisierung näher zu bringen.

Damit ist gleichzeitig zu erwarten, dass die Existenz von Medien-Frames zunimmt. Vor diesem Hintergrund und in Hinblick auf das Thema dieser Arbeit, konzentriert sich die Untersuchung der Darstellung Griechenlands in den Medien auf die Zeitpunkte, zu denen Bundestag und/oder Bundesrat über eine deutsche Beteiligung an den Finanzhilfen für Griechenland verhandelt haben. Das sind der 7. und 8. Mai 2010 (Bundestag und Bundesrat billigen die ersten Finanzhilfen für Griechenland), der 29. und 30. September 2011 (Bundestag und Bundesrat stimmten der Ausweitung der EFSF zu) und der 27. Februar 2012 (der Bundestag stimmt dem zweiten Rettungspaket für Griechenland zu). Als Teiluntersuchungszeiträume werden jeweils die Woche vor und nach der Entscheidung betrachtet. Daraus ergeben sich folgende drei Untersuchungszeiträume: 3. bis 16. Mai 2010 (18. und 19. Kalenderwoche (KW) 2010), 26. September bis 9. Oktober 2011 (39. und 40. KW 2011) und 20. Februar bis 4. März 2012 (8. und 9. KW).

Untersuchungsgegenstand sind alle Artikel über Griechenland und die Euro-Krise, die in diesem Zeitraum in den vier deutschen Tageszeitungen Süddeutsche Zeitung (SZ), Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die tageszeitung (taz) und BILD-Zeitung sowie dem Wochenmagazin SPIEGEL erschienen sind²⁰. Dabei wird mit Ausnahme von Leserbriefen jede Form der Berichterstattung berücksichtigt, also Kommentare genauso wie kurze Meldungen und ausführliche Berichte²¹. Umfang und Länge der Artikel spielen also für die Auswahl keine Rolle. Genauso wenig wurde berücksichtigt, wie häufig oder an welcher Stelle eines Artikels die Suchbegriffe auftauchen. An dieser Filtertechnik lässt sich kritisieren, dass alle Arti-

²⁰ Damit eine Vergleichbarkeit zwischen den Tageszeitungen und dem Wochenmagazin besteht, wird der Untersuchungszeitraum in Kalenderwochen eingeteilt. Sonn- und Feiertage werden nicht berücksichtigt. FAZ und BILD-Zeitung bieten als einzige der vier untersuchten Tageszeitungen eine spezielle Sonntagsausgabe an. SZ und taz haben eine Wochenendausgabe für das gesamte Wochenende. Zur Vergleichbarkeit bezieht sich die Untersuchung nur auf die Wochen Ausgaben sowie die am Samstag erscheinende Wochenendausgabe. Da der SPIEGEL für die 8. KW 2012 bereits am 18. Februar 2010 erschienen ist, wird hier der Untersuchungszeitraum um zwei Tage erweitert, da die Ausgabe ansonsten nicht erfasst werden könnte.

²¹ Leserbriefe sind von der Betrachtung ausgeschlossen, weil sie in der Regel ausdrücklich die Meinung der LeserInnen und nicht der Redaktion widerspiegeln. Interviews werden berücksichtigt, da ihnen eine redaktionelle Entscheidung darüber vorhergeht, wer interviewt wird und welche Fragen gestellt werden.

kel gleich stark gewertet werden, unabhängig davon, ob es sich um eine kurze Meldung oder einen ausführlichen Bericht handelt. Hintergrund dieser Entscheidung ist die dem Framing-Ansatz übergeordnete Theorie des Konstruktivismus. Aus der konstruktivistischen Perspektive ist jede Form der Berichterstattung eine Interpretation der Realität und transportiert eine bestimmte Sichtweise (Meinung). Schließlich liegt auch einem kurzen Artikel die redaktionelle Entscheidung zugrunde, überhaupt zu berichten.

Eine Studie, die den gesamten deutschen Zeitungsmarkt umfasst, ist aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit nicht möglich. Deshalb wurden mit der SZ, der FAZ, der taz, der BILD-Zeitung sowie dem SPIEGEL fünf Zeitungen ausgewählt, die sowohl wegen ihrer Auflagenhöhe als auch ihrer ideologischen Ausrichtung beziehungsweise Zielgruppe repräsentativ für den deutschen Zeitungsmarkt und seine LeserInnen stehen. Die überregionalen Tageszeitungen SZ und FAZ wurden ausgewählt, weil sie neben DIE WELT und Frankfurter Rundschau (FR)²² zu den vier deutschen Qualitätszeitungen gehören. Das sind Publikationen, „die bundesweit in anderen Medien zur Pflichtlektüre gehören, häufig zitiert und in Politik und Wirtschaft große Beachtung finden“ (Schrag 2007, S. 152). Qualitätsmedien verfügen über ein hohes soziales Prestige, und sie ermöglichen eine genaue Charakterisierung der Kommunikationsdynamik in einer bestimmten Medienarena (Vgl. Schranz und Eisenegger 2011, S. 243). Die Entscheidung für die SZ und die FAZ fiel aus zwei Gründen: Auf dem Links-Rechts-Spektrum lassen sich die vier deutschen Qualitätszeitungen wie folgt anordnen: Am rechten Ende steht DIE WELT und am linken Ende die FR. Dazwischen befinden sich die FAZ und die SZ (Neidhardt et al. 1998, S. 23; Donsbach et al. 1996). Das heißt, die beiden Zeitungen unterscheiden sich in ihrer ideologischen Ausrichtung, ohne dabei die beiden Extreme zu bedienen. Außerdem sind SZ und FAZ die beiden auflagenstärksten Zeitungen aus der Gruppe der Qualitätszeitungen. Dabei liegt die SZ mit einer Druckauflage von 522.600 (Verbreitung: 423.889) und eine Leserreichweite von 1,28

²² Die FR musste am 13.11.2012 beim Amtsgericht Frankfurt Insolvenz anmelden. Wie es mit der Zeitung weitergehen wird, ist zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Arbeit noch unklar.

Millionen pro Ausgabe knapp vor der FAZ, die aktuell eine Druckauflage von 444.631 (Verbreitung: 372.189) und eine Leserreichweite von 1,19 Millionen pro Ausgabe hat²³. Die SZ reagiert in ihrer Berichterstattung besonders sensibel auf Angriffe auf den Rechts- und Verfassungsstaat und auf bürgerliche Freiheiten. Gemäß ihres Redaktionsstatuts verteidigt und erstrebt sie „freiheitliche, demokratische Gesellschaftsformen“ nach „liberalen und sozialen Grundsätzen“ (Schrag 2007, S. 153). Schwerpunkt der FAZ ist ihre Auslandsberichterstattung. Außerdem legt sie Wert auf ihre Kommentarspalten, in denen auch Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft regelmäßig zu Wort kommen (Schrag 2007, S. 155). Die Mehrheit der SZ- und FAZ-LeserInnen gehört dem sozial und gesellschaftlich besser situierten Teil der Bevölkerung an. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Einkommen und Leserschaft: Je höher das Einkommen, desto größer der Anteil derjenigen, die sich für eine der beiden Zeitungen entscheiden.

Bei der BILD-Zeitung ist dieser Zusammenhang umgekehrt. Aufgrund ihrer einfachen Sprache sowie der Themenauswahl stammt die Mehrheit ihrer LeserInnen aus den unteren Einkommensbereichen (Schrag 2007, S. 148f). Das ist einer der Gründe weswegen die BILD-Zeitung als Untersuchungsmedium ausgewählt wurde. Darüber hinaus ist sie Deutschlands auflagenstärkste Zeitung. Die Druckauflage liegt aktuell bei 3.482.808 (Verbreitung: 2.707.378). Die Leserreichweite pro Ausgabe beträgt 9,73 Millionen. In dem Bereich der Boulevard-Zeitungen ist die BILD-Zeitung konkurrenzlos (Dreier 2009, S. 259). Doch seit ihrer Gründung polarisiert die BILD-Zeitung. Insbesondere von Intellektuellen (aus dem linken Lager) wird sie für ihre Recherchemethoden und die Aufbereitung beziehungsweise Präsentation von Themen immer wieder heftig kritisiert.

Die taz ist das genaue Gegenteil der BILD-Zeitung. „Keine andere Tageszeitung in Deutschland hat eine vergleichbar formal gebildete und gut verdienende

²³ Die Daten stammen aus der Erhebung der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) für das Quartal 03/2012 sowie der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) für 2012. Die taz wurde in dieser Erhebung nicht erfasst. Die beiden Untersuchungen sind einsehbar unter <http://www.ivw.eu/index.php> und <http://www.ifd-allensbach.de/awa/startseite-awa.html> (Stand 3.12.2012).

Leserschaft“ (Schrag 2007, S. 161). Ideologisch lässt sich die taz noch links neben der FR einordnen. Die Zeitung setzt sich nach eigener Überzeugung durch Gegensätze, Reibungen und Veränderungen für eine kritische Gegenöffentlichkeit ein. Innerhalb dieses alternativen Sektors ist die taz meinungsführend (Neidhardt et al. 1998, S. 23). Aktuell beträgt die Druckauflage 72.300 (Verbreitung: 55.055). Die taz berichtet zu gleichen Teilen über Themen aus dem In- und Ausland. Dem zugrunde liegt die Überzeugung, dass die Welt nicht adäquat aus nur einem der beiden Blickwinkel beschrieben werden kann (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 64).

Der SPIEGEL wurde als bedeutendstes deutsches Wochenmagazin ausgewählt. Die Druckauflage liegt aktuell bei 1.146.908 (Verbreitung: 952.258). Die Lesereichweite beträgt pro Ausgabe 6,14 Millionen. Der SPIEGEL gilt als Erfinder des investigativen Journalismus in Deutschland (Schrag 2007, S. 164). In den vergangenen Jahren ist die Qualität der Berichterstattung wiederholt kritisiert worden. Doch den Status als Leitmedium hat sich der SPIEGEL bis heute bewahrt (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 60). Zielgruppe sind LeserInnen mit gehobenem Haushaltseinkommen und Bildungsniveau. Für JournalistInnen ist der SPIEGEL die wichtigste Informationsquelle. Auch deshalb ist der SPIEGEL das meist zitierte deutsche Medium (Bickes et al. 2012, S. 60).

Die Datenerhebung erfolgte durch eine computergestützte Analyse mithilfe der Datenbank LexisNexis²⁴. Die SZ, die FAZ und die BILD-Zeitung sind nicht Bestandteil dieser Datenbank. Aus diesem Grund erfolgt die Datenerhebung für diese Zeitungen in dem für MitarbeiterInnen zugänglichen Online-Archiv des Westdeutschen Rundfunks. Die Suchmodalitäten dort sind sehr ähnlich wie die bei LexisNexis. Deshalb ist die Vergleichbarkeit nicht beeinträchtigt.

²⁴ LexisNexis ist eine Onlinedatenbank, die Wirtschafts-, Presse- und Rechtsinformationen im Volltext zur Verfügung stellt. Für diese Arbeit wurde mit dem Onlinedienst LexisNexis Wirtschaft gearbeitet, der passwortgeschützt unter der Internetadresse <http://www.lexisnexis.com/de/business/> zu erreichen ist. Der Zugang ist durch da Uni-Netz möglich.

4.2 Operationalisierung der Frequenzanalyse

Für die Durchführung der Frequenzanalyse in den oben genannten Zeitungen wurde folgendes Kategoriensystem gebildet, das aus ausgewählten Begriffen besteht, die gemäß der Suchlogik der Datenbanken (LexisNexis und WDR-Archiv Online) durch *und* beziehungsweise *oder* wie folgt verbunden wurden:

Europäische Union *oder* EU *oder* Brüssel *oder* Euro *oder* Deutschland *oder*
Merkel *und* Krise *oder* Schulden *und* Griechenland *oder* Griechen

Die zusätzliche Verwendung der Suchbegriffe Deutschland und Merkel als Alternativen zu Europäischer Union bzw. EU und Brüssel gewährleistet, dass auch solche Artikel in die Analyse mit einfließen, die statt dessen Deutschland oder die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel als zentrale Akteure nennen. Mit dem Begriff Krise wird jede konkrete Bezeichnung wie Finanzkrise, Euro-Krise oder Schulden-Krise in der Suche mit berücksichtigt. Durch die Suche nach dem Begriff Schulden werden auch Artikel erfasst, die nicht explizit von einer Krise sprechen, sondern nur den Schuldenaspekt thematisieren.

In einem nächsten Schritt wurden die gefundenen Artikel manuell gesichtet. Dabei wurden alle Artikel aussortiert, die entweder nicht in die Untersuchung einfließen sollten, wie Leserbriefe und Presseschauen, oder die zwar mit den Suchkriterien übereinstimmen, aber trotzdem nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun haben. In der taz etwa mussten alle Artikel der Le Monde Diplomatique, die der taz regelmäßig beiliegt, aussortiert werden. Außerdem wurden alle doppelten Artikel aussortiert. Anschließend wurden die ersten beiden Forschungsthesen der Frequenzanalyse wie folgt operationalisiert:

Zu These (1): Über Griechenland wird im Zusammenhang mit der Euro-Krise häufiger berichtet, als über die anderen vier ähnlich verschuldeten Staaten aus der Gruppe der PIIGS-Staaten. Das oben beschriebene Verfahren wurde entsprechend der ersten These mit abgewandelten Suchbegriffen durchgeführt:

EU oder Europäische Union oder Brüssel oder Euro oder Deutschland oder Merkel und Krise oder Schulden und Irland oder Iren oder Italien oder Italiener oder Portugal oder Portugiesen oder Spanien oder Spanier

Es wurde darauf verzichtet, für jedes Land eine gesonderte Untersuchung durchzuführen, weil es nicht um einen Einzelvergleich ging, sondern um eine Gesamtanalyse. Aus diesem Grund wurden gleichzeitig alle Artikel erfasst, die einen der vier anderen sogenannten PIIGS-Staaten erwähnen. Dabei wurde unterschieden zwischen Artikeln, in denen nur einer beziehungsweise mehrere der anderen sogenannten PIIGS-Staaten Thema sind, und Artikeln, in denen Griechenland ebenfalls Thema ist. Diese Artikel wurden für beide gewertet.

Zu These (2): Griechenland ist in den untersuchten Artikeln das Hauptthema. Die im ersten Suchschritt gefilterten Artikel wurden in zwei Kategorien eingeteilt. In die erste Kategorie kamen die Artikel, in denen Griechenland das Hauptthema ist. In die zweite Kategorie kamen die Artikel, die Griechenland nur als Nebenthema behandeln. Damit Artikel in die erste Kategorie fallen, musste eines der folgenden Kriterien zutreffen:

- Griechenland wird in der Überschrift genannt.
- Griechenland wird im ersten Absatz genannt.
- Griechenland macht thematisch fünfzig Prozent des Artikels aus.

Alle anderen Artikel fielen in die zweite Kategorie.

4.3 Operationalisierung der Frame-Analyse

Die Operationalisierung der Frame-Analyse folgt dem bereits vorgestellten Verfahren von Matthes und Kohring. Dementsprechend müssen Themen, die sich für eine Frame-Analyse eignen, drei Kriterien erfüllen (Vgl. Kapitel 3.3.2.3): Das Thema

muss eine öffentliche Streitfrage beinhalten, ein Akteur²⁵ muss sich öffentlich zu diesem Thema geäußert haben und der Frame muss über mehrere Artikel hinweg auftauchen. Thema dieser Frame-Analyse soll die Griechenland-Krise sein. Eine Überprüfung zeigt, dass dieses Thema alle drei Kriterien erfüllt: Die Griechenland-Krise beinhaltet eine öffentliche Streitfrage, denn es geht darum, inwieweit sich Deutschland an den Finanzhilfen beteiligt. Eine der ersten Personen, die sich öffentlich zu diesem Thema geäußert hat, war die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hat Finanzhilfen zunächst abgelehnt (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 9). Damit ist auch das zweite Kriterium erfüllt. Inwieweit der Frame über mehrere Artikel hinweg auftaucht, wird sich erst nach der entsprechenden Analyse zeigen. Die bereits durchgeführten Studien zu dem Thema haben jedoch angedeutet, dass nicht nur in der BILD-Zeitung, sondern auch in anderen deutschen Zeitungen über einen längeren Zeitraum hinweg die Darstellung aufrecht erhalten wurde, Griechenland sei eine Bedrohung für die Euro-Zone. Damit gilt auch das dritte Kriterium als erfüllt.

Die Codes für die Frame-Analyse dieser Arbeit wurden gemäß der vier Frame-Elemente Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, Lösungszuschreibung/ Handlungsaufforderung und Explizite Bewertung festgelegt. Allerdings wird davon ausgegangen, dass es darüber hinaus noch andere wichtige Frames gibt, die nicht in eine dieser Kategorien passen. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Operationalisierung der dritten These. Darin geht es um die Darstellung Griechenlands in den untersuchten Artikeln. Diese These impliziert die Berichterstattung aus einem bestimmten Kontext heraus. In diesem Zusammenhang trifft zunächst keine der vier Kategorien zu. Trotzdem kann es als Framing gelten, wenn in einem Artikel nur über die Griechenland-Krise mit Hinblick auf ihre Bedeutung für Deutschland berichtet wird. Dabei handelt es sich um einen impliziten Frame. Dementsprechend wurden die Codes für die Thesen teilweise induktiv (These 3, These 4 und These 5)

²⁵ Als Akteur gelten in diesem Zusammenhang PolitikerInnen oder Persönlichkeiten aus der Wirtschaft. JournalistInnen zählen nicht dazu.

und teilweise deduktiv (These 6, These 7 und These 8) hergeleitet²⁶. Anschließend wurden die in der Frequenzanalyse ausgewählten Artikel einzeln auf diese Codes hin gesichtet und mit Hilfe von Codierbögen ausgewertet. Da die wichtigsten Frames in der Regel zu Beginn eines Artikels gesetzt werden (Bonfadelli 2002, S. 148), wurden nur die Inhalte der Überschrift und Unterüberschrift sowie des ersten Absatzes untersucht (Vgl. Jäger und Vierhig 2005, S. 13). Das gilt allerdings nur für die Artikel, in denen Griechenland das Hauptthema ist. Die anderen Artikel wurden vollständig betrachtet. Auf dieser Grundlage konnten anschließend die dominanten Frames ermittelt werden. Die sechs Thesen der Frame-Analyse wurden folgendermaßen operationalisiert:

Zu These (3): Griechenland wird als eine Gefahr für den Euro und/oder die EU dargestellt. Zur Operationalisierung dieser These soll zunächst erfasst werden, aus welchem Kontext heraus die Berichterstattung stattfindet. Zu diesem Zweck wurde der Kontext in vier Kategorien eingeteilt: Deutschland-Kontext, EU-Kontext, Griechenland-Kontext und Anderer Kontext. Anschließend wurde der Kontext des jeweiligen Artikels zusammengefasst, und es wurde der Kontext codiert, der den größten Teil des Textes beansprucht. In die Kategorie Deutschland-Kontext fielen die Artikel, die sich in erster Linie mit den für Deutschland relevanten Aspekten der Griechenland-Krise befassen. Dazu gehören Artikel, die den deutschen Beitrag zu den Finanzhilfen für Griechenland diskutieren. Als EU-Kontext wurden zum Beispiel alle Artikel codiert, die Folgen der Griechenland-Krise für den Euro und/oder die EU diskutieren. Innerhalb der Kategorie Griechenland-Kontext wurden unter anderem die Artikel erfasst, die sich mit den Auswirkungen der Krise in Griechenland beschäftigen. Artikel die keiner dieser drei Kategorien zugeordnet

²⁶ Bei einer deduktiven Vorgehensweise stehen die Codes vor dem Codieren bereits fest, während bei einer induktiven Vorgehensweise nur lose Kategorien gebildet werden, die im Laufe des Codiervorgangs ausgearbeitet und ergänzt werden (Vgl. Semetko und Valkenburg 2000, S. 92f). Das induktive Verfahren hat den Vorteil, dass durch diese offene Vorgehensweise alle möglichen Frames erkannt werden. Der Nachteil dieser Vorgehensweise ist, dass sie sehr arbeitsintensiv ist, und sie sich deshalb in der Regel auf eine kleine Auswahl beschränken muss. Die deduktive Vorgehensweise hat den Vorteil, dass große Datenmengen untersucht werden können, so dass ein Vergleich zwischen verschiedenen Medien möglich ist. Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit das deduktive Verfahren angewandt.

werden konnten, fielen in die Kategorie Anderer Kontext. Dazu gehören zum Beispiel Artikel über den IWF, in denen Griechenland nur Nebenthema ist.

In einem zweiten Schritt wurde gemäß des Verfahrens von Matthes und Kohring das Frame-Element Problemdefinition operationalisiert. Der entsprechende Code ist die Bezeichnung Krise. Anhand der Codings, die den Artikeln entnommen wurden, wurden drei Kategorien gebildet:

- Euro-Krise: In dieser Kategorie wurden alle Artikel erfasst, die die Krise als Euro-Krise im Sinne dieser Arbeit verstehen²⁷. Dazu gehören Bezeichnungen wie Krise im Euroraum, Haushalts- und/oder Staatsschuldenkrise.
- EU-Krise: Dieser Kategorie wurden alle Artikel zugeordnet, die die Krise im Sinne einer Währungs- und/oder EU-Krise bezeichnen. Darunter fallen Bezeichnungen wie Währungskrise oder Krise der EU.
- Griechenland-Krise: Hier wurden die Artikel aufgenommen, in denen die Krise als Krise Griechenlands bezeichnet wird.
- Unspezifizierte Bezeichnung: In diese Kategorie fällt die einfache Bezeichnung Krise. Auch der Begriff Euro-Krise fällt in diese Kategorie, falls sich dieser aus dem Kontext keiner der ersten beiden Kategorien zuordnen lässt.
- Andere Bezeichnung: Artikel, die in keine der anderen Kategorien fielen, wurden in diese Kategorie aufgenommen. Dazu gehören zum Beispiel die Bezeichnung Finanzkrise und Bankenkrise.

Codiert wurde jeweils die dominanteste Nennung. Das heißt, wenn zunächst die unspezifische Bezeichnungen Krise verwendet wird, diese im weiteren Kontext aber als Griechenland-Krise spezifiziert wird, so wird letztere Bezeichnung codiert. Da es sich hierbei um ein qualitatives Verfahren handelt, das über das reine Wörterzählen hinausgeht, musste auch der Kontext geprüft werden. In diesem Sinn wurden Arti-

²⁷ In dieser Arbeit wird der Begriff Euro-Krise als Synonym für die Haushalts- und Staatsschuldenkrise im Euro-Raum verwendet (Vgl. Kapitel 2). In den untersuchten Artikeln wird die Bezeichnung sowohl im Sinne dieser Definition als auch als Synonym für Währungs- bzw. EU-Krise verwendet. In solchen Fällen entscheidet der Kontext, welcher Kategorie der jeweilige Artikel zugeordnet wird.

kel, die die Krise zunächst im Sinne einer EU-Krise bezeichnen, diese Benennung aber im weiteren Verlauf kritisieren, nicht als solche codiert.

Zusätzlich wurden die innerhalb eines Artikels dargestellten Folgen der Krise für beispielsweise Deutschland erfasst. Der Code lautet Folgen der Krise. Aus den entnommenen Codings wurden folgende Kategorien gebildet:

- Folgen für Deutschland: Hier wurden die Artikel erfasst, in denen diskutiert wird, welche Auswirkungen die Griechenland-Krise zum Beispiel für die deutsche Wirtschaft hat.
- Folgen für den Euro/die EU: Dieser Kategorie wurden die Artikel zugeordnet, in denen der Einfluss der Griechenland-Krise auf die Gemeinschaftswährung Euro beziehungsweise die EU dargestellt wird. Artikel, die Ansteckungseffekte der Griechenland-Krise für andere Euro- und/oder EU-Länder diskutieren, wurden ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet.
- Andere Folgen: Darunter fielen Artikel, die in der Griechenland-Krise eine Bedrohung für die Weltwirtschaft sehen. Auch Artikel, in denen von schwerwiegenden Folgen gesprochen wird, ohne dass diese weiter ausgeführt werden, wurden in diese Kategorie aufgenommen.
- Keine weiteren Folgen: In diese Kategorie fielen die Artikel, die die Griechenland-Krise als ein auf dieses Land beschränktes Problem betrachten.

Zu These (4): Die Ursachen für die Griechenland-Krise werden im Land selber gesehen. Die vierte These wurde mit den Frame-Elementen Ursachenzuschreibung und moralische Bewertung operationalisiert. Als Codes wurde der These Benennung Ursache und Bewertung Ursache zugeordnet. Mit dem Code Benennung Ursache wird erfasst, welche Ursache in den untersuchten Artikeln für die Griechenland-Krise genannt wird. Zur Auswertung wurden drei Kategorien gebildet:

- Landesinterne Ursachen: In diese Kategorie wurden alle Artikel aufgenommen, in denen als Ursache für die Griechenland-Krise ausschließlich landesinterne Probleme genannt werden.

- Ursachen-Mix: Hier wurden die Artikel erfasst, die verschiedene Ursachen nennen, darunter auch landesinterne Probleme.
- Externe Ursachen: Alle Artikel, die die Ursachen der Griechenland-Krise außerhalb von Griechenland sehen, wurden in dieser dritten Kategorie erfasst.

Der Code Bewertung Ursache misst, ob die innerhalb eines Artikels vorgenommene Benennung der Ursache eine Bewertung enthält. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn in einem Artikel als Ursache nicht nur landesinterne Probleme genannt werden, sondern dem griechischen Staat und/oder der griechischen Bevölkerung eine (Mit-)Verantwortung zugesprochen wird. Als solche wird etwa der Vorwurf der bewussten Täuschung gewertet. Es wurden dementsprechend drei zusätzliche Kategorien gebildet:

- Schuld: Hier wurden alle Artikel erfasst, die dem griechischen Staat und/oder der griechischen Bevölkerung die alleinige Schuld an der Krise geben.
- Mitschuld: In dieser Kategorie wurden die Artikel erfasst, die eine Mitschuld des griechischen Staates und/oder der griechischen Bevölkerung sehen.
- Keine Schuld: Alle Artikel, die den griechischen Staat und/oder der griechischen Bevölkerung explizit frei sprechen von Schuld oder Verantwortung wurden in dieser Kategorie erfasst.

These (5): Griechenland und/oder das griechische Volk wird in den untersuchten Artikeln diskreditiert. Diese These wurde ebenfalls mit dem Frame-Element moralische Bewertung operationalisiert. Der entsprechende Code lautet in diesem Zusammenhang Bewertung Akteur. Der Code misst, ob in den untersuchten Artikeln, Griechenland und/oder das griechische Volk mit negativen Attributen belegt wird. Als Beispiel dafür gelten Adjektive wie maßlos, faul oder korrupt oder Formulierungen mit einer negativen Konnotation wie „Pleite-Griechen“. Auch in diesem Fall wurden die einzelnen Codings dem Code direkt zugeordnet. Die Auswertung erfolgte anhand folgender Kategorien:

- Negative Darstellung: Hier wurden alle Formulierungen erfasst, in denen Griechenland und/oder das griechische Volk abgewertet werden.

- Distanzierung: Dieser Kategorie wurden alle Formulierungen zugeordnet, die sich von negativen Attributen bzw. Formulierungen wie Pleite-Griechen bewusst distanzieren.
- Positive Attribute: In diese Kategorie gehören die Formulierungen, die Griechenland und/oder das griechische Volk positiv darstellen. Dazu gehört auch ein Lob für die griechischen Sparmaßnahmen.

Zu These (6): Eine deutsche Beteiligung an den Finanzhilfen für Griechenland wird in den untersuchten Artikeln abgelehnt. Zu These 7: In den untersuchten Artikeln wird der Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone gefordert. Diesen Thesen wurden entsprechend des Frame-Elements Lösungszuschreibung/ Handlungsaufforderung jeweils der Code Lösungsvorschlag zugeordnet. Damit wird gemessen, welche Lösungsansätze in den untersuchten Artikeln vorgeschlagen werden. Entsprechend ergaben sich folgende Kategorien:

- Finanzhilfen: In dieser Kategorie wurden alle Artikel erfasst, die den Lösungsvorschlag Finanzhilfen thematisieren.
- Austritt Griechenlands: Artikel, die sich mit einem Austritt Griechenlands aus dem Euro beschäftigen, wurden in dieser Kategorie erfasst.
- Andere Lösungsvorschläge: Mit Hinblick auf die beiden Thesen wurden Artikel, die andere Lösungsvorschläge diskutieren, zusammen unter Sonstige erfasst.

Zusätzlich wurden diese Thesen mit dem Frame-Element moralische Bewertung operationalisiert. Der Code lautet Bewertung Lösungsvorschläge. Unterschieden wurde zwischen den drei Kategorien Pro, Contra und Neutral²⁸. In diesem Zusammenhang wurden außerdem alle Codings festgehalten, die sich auf die Stimmung

²⁸ Ein Manko vieler Medienanalysen ist nach Ansicht von Bonfadelli, dass sie bei der Messung von Bewertungen nicht zwischen der (neutralen) Berichterstattung über die Wertungen externer Akteure auf der einen Seite und den von JournalistInnen selber vorgenommenen Wertungen auf der anderen Seite unterscheiden (Bonfadelli 2002, S. 81). Eine solche Unterscheidung unterbleibt auch in dieser Arbeit. Das ist eine bewusste Entscheidung, denn es wird davon ausgegangen, dass die Auswahl von externen Wertungen (bspw. in Zitaten) eine redaktionelle Entscheidung darstellt, die Rückschlüsse auf die Meinung der Redaktion zulässt. Dementsprechend wird die Veröffentlichung eines Zitats, in dem die Finanzhilfen kritisiert werden, als Ablehnung gewertet. Es sei denn, das entsprechende Zitat wird innerhalb des entsprechenden Artikels widerlegt. Das Gleiche gilt für Umfrageergebnisse, die innerhalb eines Artikels wiedergegeben werden.

innerhalb der deutschen Bevölkerung beziehen. Das sind zum Beispiel Umfrageergebnisse, die innerhalb eines Artikels wiedergegeben werden.

Zu These (8): Eine Ausnahme in der Berichterstattung bildet lediglich die taz. Für die letzte These musste keine eigene Operationalisierung durchgeführt werden. Das Ergebnis folgt aus den Teilergebnissen der anderen fünf Thesen der Frame-Analyse. Die Berichterstattung in der taz bildet dann eine Ausnahme, wenn der Anteil der Artikel, in denen der Medien-Frame identifiziert werden konnte, in der taz geringer ist, als in den anderen Medien.

4.4 Operationalisierung der Framing-Analyse

Allgemein müssen zu Beginn einer Framing-Analyse zunächst die Einstellungen der RezipientInnen vor Konsum der relevanten Medien-Frames sowie ihr Mediennutzungsverhalten ermittelt werden. Letzteres gibt Aufschluss darüber, inwieweit die relevanten Medieninhalte überhaupt von den RezipientInnen konsumiert wurden. Anschließend werden ihre Einstellungen nach Konsum der entsprechenden Inhalte ermittelt. Ein Vergleich zeigt die Wirkung der Medieninhalte.

Die Einstellungen der RezipientInnen²⁹ vor Konsum der relevanten Medien-Frames sind nur schwer zu ermitteln, denn es ist nicht möglich, eine entsprechende Umfrage rückwirkend durchzuführen. Die Einstellungen müssen deshalb anders ermittelt werden. Für das deutsch-griechische Verhältnis gilt, dass dieses immer durch eine tiefe politische und gesellschaftliche Freundschaft und Verbundenheit geprägt war. Auf politischer Ebene besteht seit dem EU-Beitritt Griechenlands 1981 ein Konsens in europäischen und internationalen Belangen. Dieses gute Verhältnis wird durch regelmäßige wechselseitige Staatsbesuche der jeweiligen RegierungsvertreterInnen aufrechterhalten (Bickes et al. 2012, S. 51). Auch im gesellschaftlichen Bereich findet ein reger kultureller und sozialer Austausch zwischen den beiden Ländern statt: Die Anzahl der dauerhaft in Deutschland lebenden GriechInnen beträgt etwa 300.000 Bürger. Fast jeder zehnte Grieche hat schon einmal für einen län-

²⁹ Als Rezipient gilt mit Hinblick auf das Untersuchungsziel dieser Arbeit die deutsche Öffentlichkeit.

geren Zeitraum in Deutschland gelebt. In Griechenland wiederum haben etwa 45.000 deutsche StaatsbürgerInnen ihren festen Wohnsitz. Außerdem verbringen jährlich etwa zwei Millionen Deutsche ihren Urlaub in Griechenland (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 53). Aus diesen Gründen kann angenommen werden, dass innerhalb der deutschen Öffentlichkeit bis zum Beginn der Griechenland-Krise keine bedeutenden Ressentiments dem Land und seinen BewohnerInnen gegenüber bestanden haben. Eine Analyse der Medienberichterstattung über Griechenland in deutschen Zeitungen zeigt darüber hinaus, dass diese im Medienalltag kaum eine Rolle spielt (Kalandzi 2003, S. 141). Der „Griechenlanddiskurs“ in den deutschen Medien lässt sich allerdings nur im Zusammenhang mit dem vorangegangenen Diskurs um die weltweite Finanzkrise verstehen (Bickes et al. 2012, S. 221). Erst im Herbst 2008 hatte die deutsche Bundesregierung ein 500 Milliarden Euro schweres Rettungspaket für den nationalen Bankensektor verabschiedet. Darüber hinaus hat sie sich zwischen 2008 und 2010 mit fast 600 Milliarden Euro an EU-Finanzhilfen für den Finanzsektor im Euro-Raum beteiligt (Vgl. Kapitel 2.1.3). Für den weiteren Verlauf der Arbeit gilt deshalb die Annahme, dass die deutsche Öffentlichkeit vor Beginn der Griechenland-Krise dem Land und seiner Bevölkerung gegenüber positiv bis neutral eingestellt war. Gleichzeitig bestand eine besondere Sensibilität hinsichtlich der Themen Finanzkrise und Finanzhilfen.

Für die Ermittlung des Mediennutzungsverhaltens soll eine ähnliche Hilfsmethode herangezogen werden. Grundsätzlich ist ein wichtiger Prädiktor für Framing-Effekte das Vertrauen der RezipientInnen in die Medien (Matthes 2007, S. 177f). Damit ist zum einen das Vertrauen in das ausgewählte Medium selber gemeint, und zum anderen das Vertrauen in die darin präsentierten Informationen. Die RezipientInnen gehen davon aus, dass sie sich auf die Berichterstattung in dem von ihnen ausgewählten Medium *verlassen* können. Je größer das Vertrauen, desto höher der Einfluss eines Mediums auf den Rezipienten. Oder mit anderen Worten: Je größer das Vertrauen, desto höher der Framing-Effekt. In dieser Analyse geht es darum, entsprechende Effekte für die deutsche Öffentlichkeit zu ermitteln. Das Kri-

terium für die Auswahl der Medien innerhalb der Frame-Analyse war neben ihrer Reichweite auch ihre Reputation. Jede der fünf Zeitungen genießt in ihrem Segment sowohl eine hohe Reichweite als auch eine hohe Reputation. Aus diesem Grund kann vorausgesetzt werden, dass die innerhalb der Frame-Analyse ermittelten Medien-Frames bei der deutschen Öffentlichkeit ankommen (Reichweite) und einen entsprechenden Effekt haben (Reputation).

Die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit nach Konsum der relevanten Medien-Frames lässt sich durch eine entsprechende Umfrage beurteilen. Aufgrund des beschränkten Umfangs dieser Arbeit muss allerdings auf die Durchführung einer eigenen Umfrage verzichtet werden. Stattdessen wird auf die existierenden Meinungsumfragen ARD-DeutschlandTREND zurückgegriffen. Diese werden monatlich von dem Politik- und Wahlforschungsinstitut infratest dimap im Auftrag der ARD Tagesthemen sowie mehrerer Tageszeitungen durchgeführt. Ziel ist, das aktuelle politische Meinungsbild in Deutschland einzufangen. Zu diesem Zweck werden im Rahmen einer repräsentativen Telefonbefragung rund 1.000 Wahlberechtigte in Deutschland (700 in West-Deutschland und 300 in Ost-Deutschland) befragt. Die Umfragen setzen sich zusammen aus jeweils vierzehn Fragen zu aktuellen Themen und Ereignissen (infratest dimap 2013). Die Ergebnisse sind auf der Internetseite von infratest dimap einsehbar³⁰. In Köln können die einzelnen Ausgaben außerdem am Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (gesis) eingesehen werden. Der ARD-DeutschlandTREND erscheint jeweils zu Beginn eines Monats. Die entsprechenden Umfragen werden am Ende des Vormonats durchgeführt. Mit Hinblick auf die drei Teiluntersuchungszeiträume sind deshalb die Ausgaben Juni 2010, Oktober und November 2011 sowie März und April 2012 relevant. Außerdem wurde zum Vergleich der ARD-DeutschlandTREND Mai 2010 einbezogen. Dadurch konnte zusätzlich die Einstellung der Bevölkerung vor Konsum der relevanten Medien-Frames ermittelt werden. Innerhalb der einzelnen Erhebungen wurden die Fragen berücksichtigt, die mit Hinblick auf die Frame-Analyse relevant sind. Außerdem wurden

³⁰ Siehe: <http://www.infratest-dimap.de/>

nur Fragen betrachtet, die innerhalb Untersuchungszeitraums wiederholt gestellt wurden.

Zu These (9): Zwischen der Berichterstattung der Medien sowie der Meinung der deutschen Öffentlichkeit besteht ein Zusammenhang. Eine Verifizierung beziehungsweise Falsifizierung der These ergibt sich durch eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der Frame-Analyse sowie der entsprechenden Umfrageergebnisse. Für den Fall, dass die These verifiziert werden kann, soll in einem weiteren Schritt festgestellt werden, welcher der vier von Scheufele definierten Framing-Effekte vorliegt. Wobei der Aktivierungseffekt von vorne herein ausgeschlossen werden kann, weil in Bezug auf die Euro-Krise kein Vorwissen existiert, das in der Bevölkerung aktiviert werden könnte. Als mögliche Effekte verbleiben deshalb der Etablierungseffekt, der Einstellungseffekt und der Transformationseffekt.

5 Untersuchungsergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Medienanalyse vorgestellt. Dabei wird zunächst ein Überblick über die Gesamtberichterstattung sowie ihrer Verteilung auf die einzelnen Zeitungen gegeben. Anschließend findet eine detaillierte Betrachtung der Ergebnisse der Frame- und Frequenzanalyse sowie der Framing-Analyse statt. In einem letzten Abschnitt erfolgt eine zusammenführende Diskussion der Einzelergebnisse.

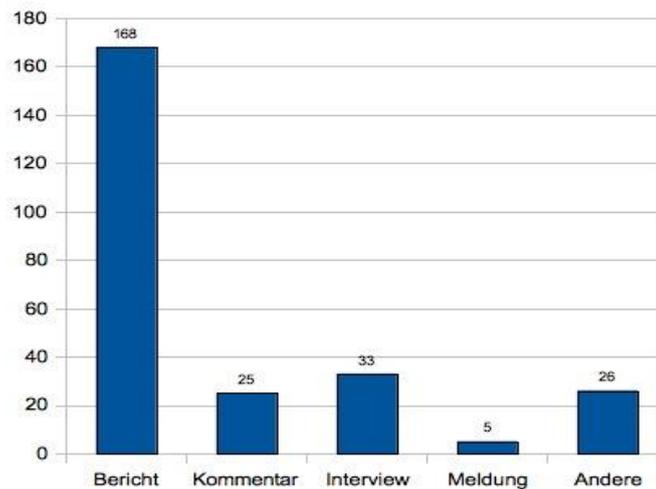
5.1 Ergebnisse der Frequenzanalyse

Innerhalb des Untersuchungszeitraums wurden insgesamt 257 Artikel gezählt, die den Suchkriterien entsprachen³¹. Die Artikel setzen sich zusammen aus 168 Berichten, 25 Kommentaren, 33 Interviews, 5 Meldungen und 26 Artikel aus der Kategorie Andere (s. Abb. 1). Zu dieser Kategorie zählen unter anderem Artikel, die von ex-

³¹ In die Auswertung sind alle Artikel eingeflossen, die in einem der beiden durchgeführten Suchschritte erfasst wurden.

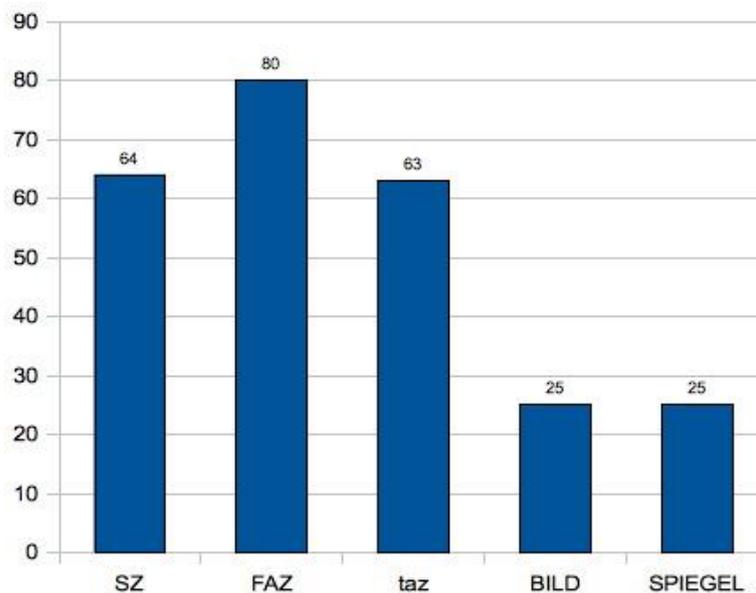
ternen ExpertInnen verfasst wurden. In der SZ erscheinen solche Artikel unter der Rubrik Außenansicht. Auch satirische Beiträge wurden in dieser Kategorie erfasst.

Abb. 1: Artikel nach Art der Berichterstattung



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Abb. 2: Artikel nach Medium

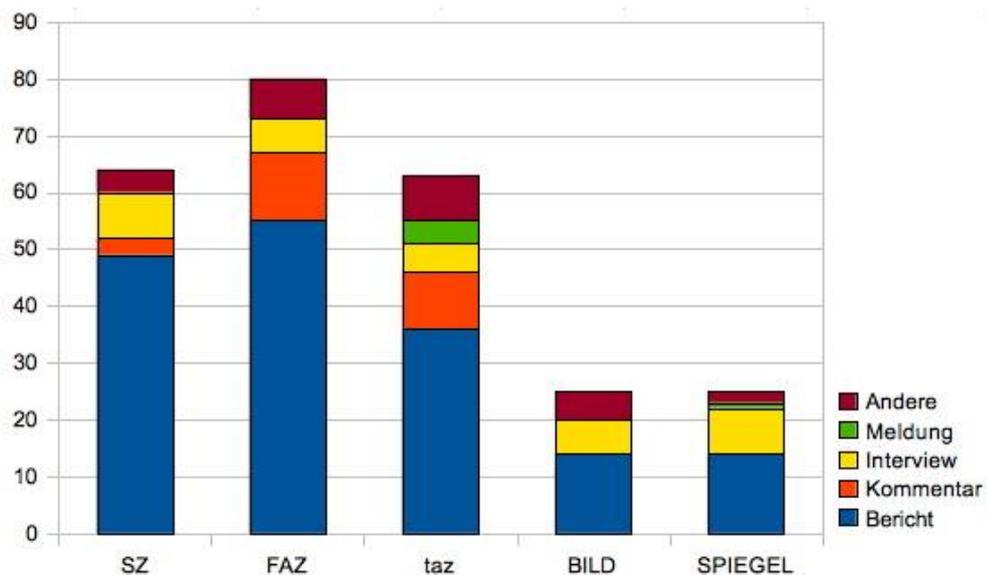


Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

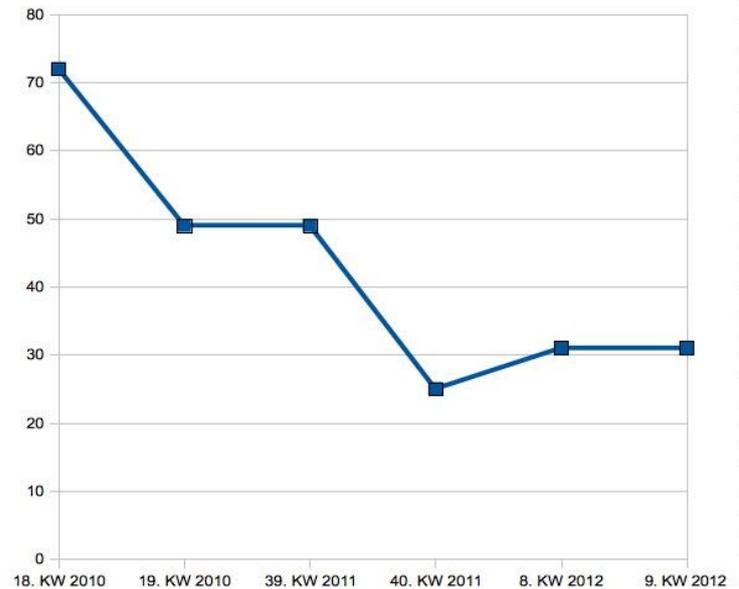
Am umfangreichsten war die Berichterstattung in der FAZ mit insgesamt 80 Artikeln (s. Abb. 2). Es folgen die SZ mit 64 Artikeln und die taz mit 63 Artikeln. In der BILD-Zeitung fiel die Berichterstattung mit lediglich 25 Artikeln deutlich geringer aus. Auch im SPIEGEL sind lediglich 25 Artikel erschienen. Die Zahl lässt sich al-

lerdings damit erklären, dass der SPIEGEL ein Wochenmagazin ist und als solches innerhalb des untersuchten Zeitraumes nur sechsmal erschienen ist. Vor diesem Hintergrund ist ein Durchschnittswert von vier Artikeln pro Ausgabe zu einem Thema wiederum vergleichsweise hoch. Die Verteilung zwischen den verschiedenen Artikelarten ist in den einzelnen Zeitungen ähnlich (s. Abb. 3). Abweichungen gibt es vor allem im Bereich der Kommentare. Während ihr Anteil in der FAZ und in der taz besonders hoch ist, konnte in der BILD-Zeitung und im SPIEGEL kein einziger Kommentar gefunden werden. Eine Betrachtung des zeitlichen Verlaufs der Berichterstattung zeigt, dass die Anzahl der Artikel im Zeitverlauf deutlich zurückgeht (s. Abb. 4). Zwischen der ersten Untersuchungswoche und der letzten hat sich die Anzahl der Artikel mehr als halbiert. Das lässt sich mit dem abnehmenden medialen Interesse an dem Thema erklären. Der scheinbare Einbruch der Berichterstattung in der 40. KW 2011 resultiert vermutlich daraus, dass der Montag ein Feiertag war (Tag der deutschen Einheit). Dementsprechend sind die Tageszeitungen in der Woche mit jeweils einer Ausgabe weniger erschienen.

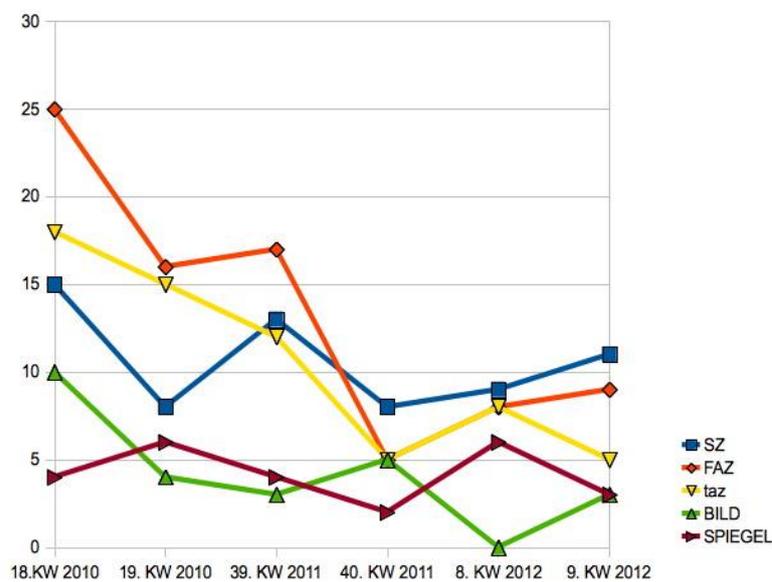
Abb. 3: Artikel nach Art der Berichterstattung und Medium



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Abb. 4: Anzahl der Artikel im Zeitverlauf

Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

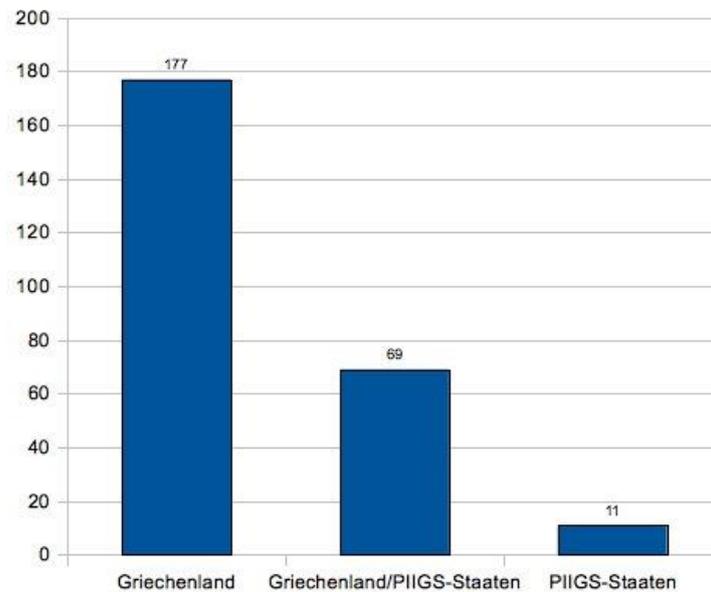
Abb. 5: Anzahl der Artikel im Zeitverlauf nach Medium

Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

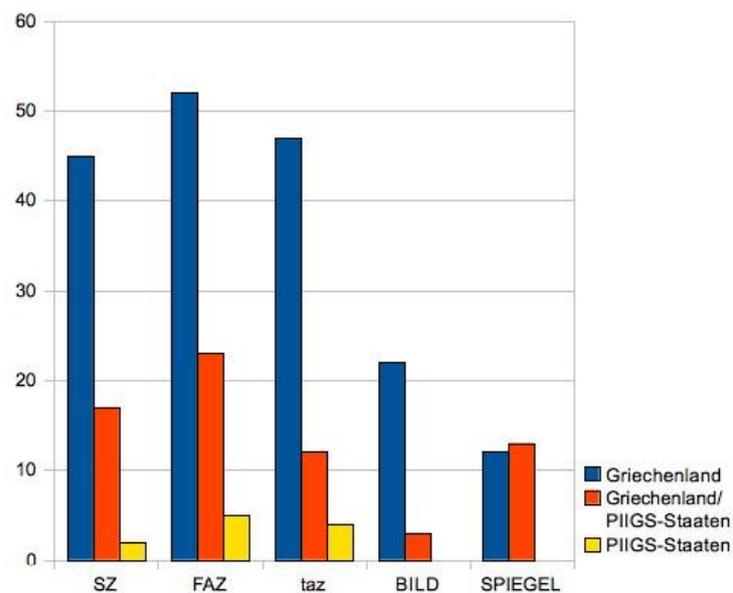
Eine Auswertung des zeitlichen Verlaufs der Berichterstattung gemäß der einzelnen Zeitungen bestätigt diesen Trend (s. Abb. 5). Mit Ausnahme des SPIEGEL befinden sich alle Zeitungen zu Beginn der Analyse auf dem Höhepunkt ihrer Berichterstattung. Die FAZ ist bereits zu Beginn die Zeitung mit den meisten Artikeln zum The-

ma Griechenland und Euro-Krise. Es folgen die SZ, die taz, die BILD-Zeitung und der SPIEGEL. Bei den vier Tageszeitungen geht die Berichterstattung in der 19. KW 2010 zurück. Das liegt unter anderem daran, dass die Abstimmung im Bundestag über eine deutsche Beteiligung an den Finanzhilfen für Griechenland bereits am Ende der Vorwoche stattgefunden hat. In der Mehrheit der untersuchten Fälle war der Umfang der Berichterstattung vor der Abstimmung höher. Hinzu kommt, dass unmittelbar nach dieser ersten Bundestagsentscheidung die Gespräche über die Einführung eines europäischen Rettungsschirmes aufkamen. Dementsprechend hat sich auch der Fokus der Berichterstattung verändert. Lediglich der SPIEGEL berichtet in der 19. KW 2010 umfangreicher als in der Woche davor. Das kann daran liegen, dass der SPIEGEL als Wochenmagazin seine Themen anders setzt. Insgesamt nimmt die Berichterstattung bis 2012 bei allen Zeitungen deutlich ab. Das gilt insbesondere für FAZ und taz. Bei SZ und SPIEGEL fällt der Rückgang geringer aus.

Zu These (1): Über Griechenland wird im Zusammenhang mit der Euro-Krise häufiger berichtet, als über die anderen vier ähnlich verschuldeten Staaten aus der Gruppe der PIIGS-Staaten. Innerhalb des Untersuchungszeitraums wurden insgesamt 175 Artikel gefunden, in denen ausschließlich über Griechenland berichtet wird (s. Abb. 6). In 67 sind sowohl Griechenland als auch einer oder mehrere der anderen PIIGS-Staaten Thema. Nur 15 Artikel berichten über mindestens einen dieser Staaten, ohne Griechenland zu erwähnen. Zum Teil ist dieser Unterschied der Wahl des Untersuchungszeitraums geschuldet. Denn dieser orientiert sich an Ereignissen, die explizit mit Griechenland zu tun haben. Doch zumindest für die ersten beiden Untersuchungszeiträume gilt, dass innerhalb dieser Wochen auch über allgemeine EU-Entscheidungen verhandelt wurde, wie die Gründung und Ausweitung des Euro-Rettungsschirm, von denen nicht nur Griechenland, sondern auch die anderen EU-Krisenländer betroffen waren. Aus diesem Grund kann die Untersuchungsthese als verifiziert betrachtet werden. Das bestätigt auch die Auswertung entsprechend der einzelnen Zeitungen.

Abb. 6: Verteilung der Berichterstattung nach Thema

Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Abb. 7: Verteilung der Berichterstattung nach Thema

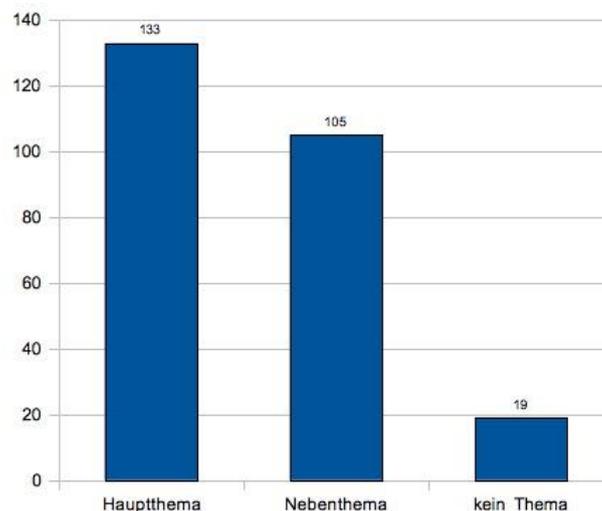
Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

In fast allen Zeitungen liegt der Anteil der Artikel, in denen nur Griechenland Thema ist, weit über 50 Prozent (s. Abb. 7). Die einzige Ausnahme bildet der SPIEGEL. Hier sind dreizehn Artikel erschienen, in denen neben Griechenland auch mindestens einer der anderen PIIGS-Staaten Thema ist, im Vergleich zu zwölf Artikeln, in

denen nur Griechenland erwähnt wird. Dafür ist innerhalb des Untersuchungszeitraums kein Artikel erschienen, der sich ausschließlich mit den anderen PIIGS-Staaten beschäftigt. Das Gleiche ist für die BILD-Zeitung zu beobachten. In den anderen drei Zeitungen war die Anzahl der Artikel mit dieser thematischen Ausrichtung verschwindend gering. In der FAZ konnten fünf Artikel gefunden werden, in der taz vier und in der SZ lediglich zwei. In der Regel handelt es sich dabei um Artikel, in denen die Sparmaßnahmen in den anderen PIIGS-Staaten, wie Spanien und Portugal, thematisiert wurden. Außerdem wurde in der FAZ und in der taz mit jeweils einem Artikel über die Abstimmungen über den Fiskalpakt in Irland berichtet.

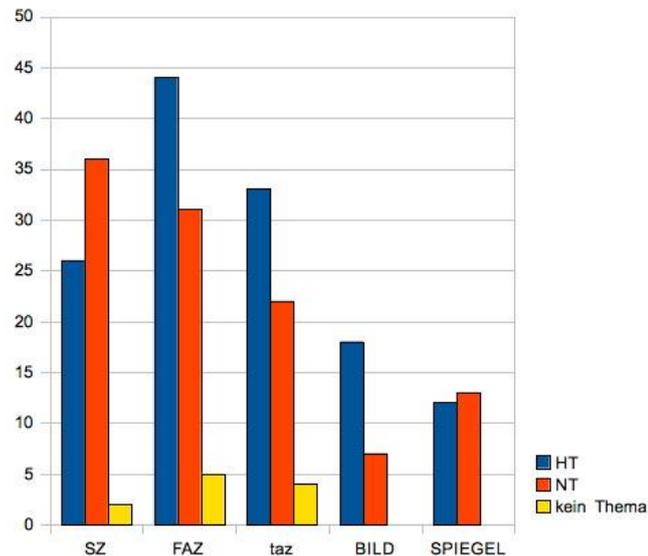
Zu These (2): Griechenland ist in den untersuchten Artikeln das Hauptthema. In mehr als der Hälfte der untersuchten Artikel war Griechenland das Hauptthema (s. Abb. 8). Der Unterschied ist allerdings weniger eindeutig als erwartet.

Abb. 8: Die Berichterstattung nach Haupt- und Nebenthema



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Das gilt insbesondere für die detaillierte Betrachtung der einzelnen Zeitungen (s. Abb. 9). Sowohl in der SZ als auch im SPIEGEL sind mehr Artikel erschienen, in denen Griechenland das Nebenthema war. In der SZ und im SPIEGEL war Griechenland häufig der Anlass, um sich über die EU generell Gedanken zu machen.

Abb. 9: Die Berichterstattung nach Haupt- und Nebenthema nach Medium

Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

In den anderen drei Zeitungen ist das Verhältnis zwischen Haupt- und Nebenthema, wie erwartet, umgekehrt. Wobei der Unterschied nur bei der BILD-Zeitung besonders deutlich ins Auge sticht. Insgesamt kann die These aber als verifiziert betrachtet werden.

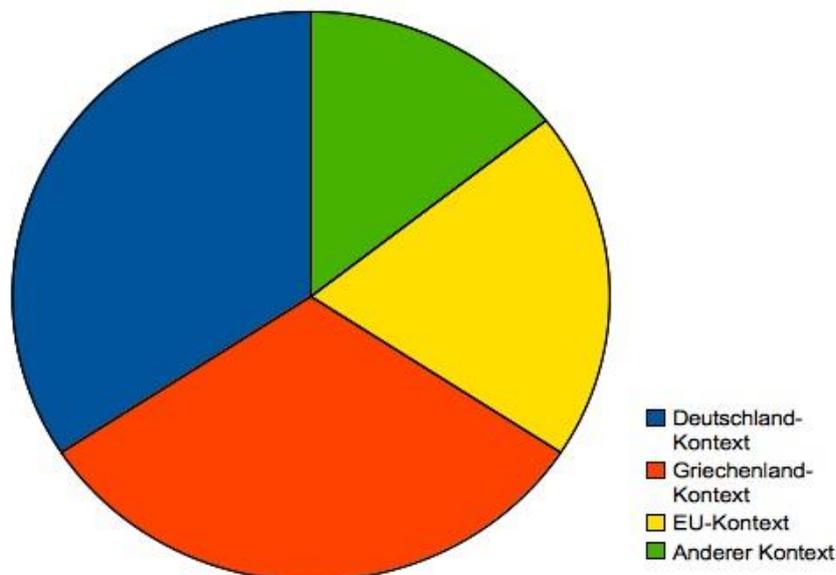
5.2 Ergebnisse der Frame-Analyse

Die Ergebnisse der Frame-Analyse werden entsprechend der einzelnen Thesen vorgestellt.

Zu These (3): Griechenland wird als eine Gefahr für den Euro und/oder die EU dargestellt. Zur Auswertung dieser These wird zunächst betrachtet, aus welchem Kontext heraus die Berichterstattung stattfindet. Dieser lässt Rückschlüsse auf den übergeordneten Blickwinkel eines Artikels zu. In insgesamt 88 Artikeln fand die Berichterstattung aus einem Deutschland-Kontext heraus statt (s. Abb. 10). Das entspricht einem guten Drittel der Gesamtartikel. Der größte Teil dieser Artikel behandelt die Abstimmungen über die Finanzhilfen für Griechenland im deutschen Bundestag. Die meisten anderen Artikel nutzen die Probleme in Griechenland als Aufhänger für eine Betrachtung innenpolitischer Probleme. Dazu gehört zum Bei-

spiel die Verschuldung einzelner Bundesländer. In einigen anderen Artikeln wird der Einfluss der Griechenland-Krise auf den Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen diskutiert, die innerhalb des ersten Untersuchungszeitraums am 9. Mai 2010 stattfand. In ebenfalls fast einem Drittel der Artikel wurde aus einem Griechenland-Kontext heraus berichtet. Der Unterschied beträgt lediglich sieben Artikel. In diesen Artikeln werden die Auswirkungen der Krise in Griechenland beschrieben. Dazu gehören in erster Linie Artikel über Umsetzung von Sparmaßnahmen sowie die Reaktionen der Bevölkerung darauf. In einigen Artikeln aus dem Jahr 2012 werden die damals anstehenden Parlamentswahlen thematisiert. Erst an dritter Stelle folgt mit knapp 20 Prozent die Berichterstattung aus einem EU-Kontext heraus. In einer mit 37 Artikeln vergleichsweise geringen Anzahl wird aus einem anderen Kontext heraus berichtet. In diese Gruppe fallen zum einen die Artikel, in deren Mittelpunkt einer der anderen PIIGS-Staaten steht, zum anderen gehören dazu Artikel, die aus einem internationalen Kontext heraus berichten.

Abb. 10: Kontext der Berichterstattung

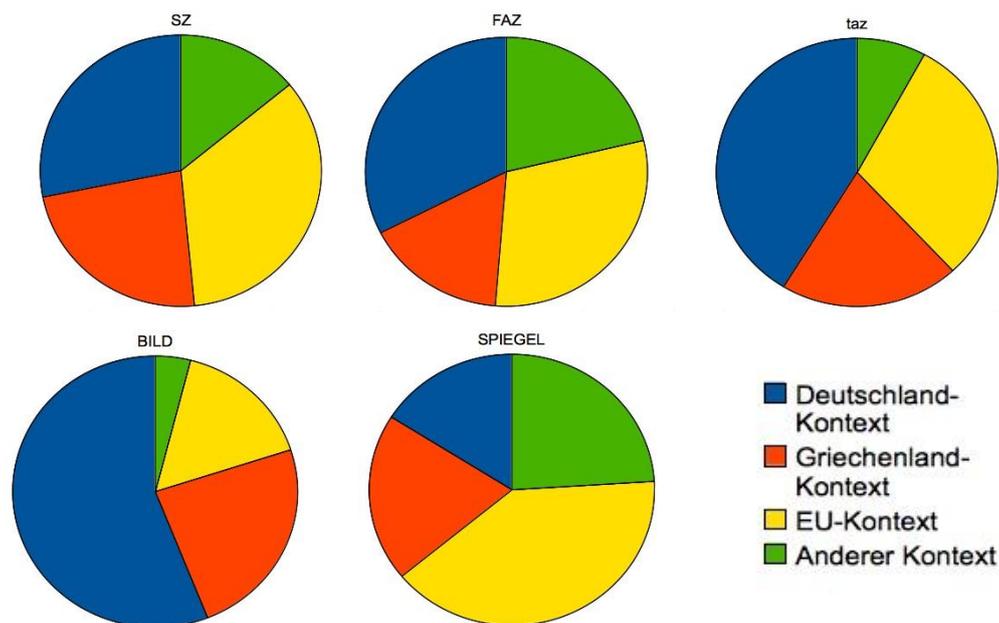


Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Die Auswertung nach den einzelnen Medien zeigt ein etwas anderes Bild (s. Abb. 11). Sowohl in der SZ als auch im SPIEGEL fand die Berichterstattung mehrheitlich aus einem EU-Kontext heraus statt. An zweiter Stelle folgen bei der SZ die Artikel,

die aus einem Deutschland-Kontext heraus berichten. Erst an dritter Stelle folgen die Artikel mit einem Griechenland-Kontext. Im SPIEGEL ist die Aufteilung zwischen den anderen drei Kontexten ähnlich. Dabei dominieren die Artikel, die aus einem anderen Kontext heraus berichten. In den anderen drei Medien wurde jeweils mehrheitlich aus einem Deutschland-Kontext heraus berichtet. Am größten ist der Anteil dieser Artikel mit 56 Prozent in der BILD-Zeitung. Dort folgt an zweiter Stelle die Berichterstattung aus einem Griechenland-Kontext. In der FAZ und in der taz belegen die Artikel, in denen die Berichterstattung aus einem EU-Kontext heraus stattfindet, jeweils den zweiten Platz. In beiden Zeitungen liegt der Anteil dieser Artikel jeweils bei 30 Prozent.

Abb. 11: Kontext der Berichterstattung nach Medium

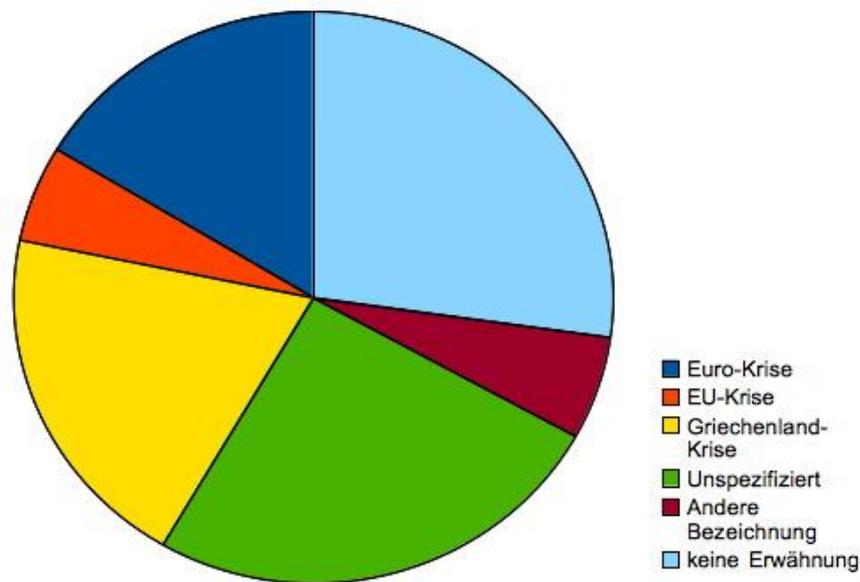


Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Diese unterschiedliche Verteilung innerhalb der einzelnen Medien zeigt, dass kein medienübergreifendes Frame-Element Kontext gefunden werden konnte. Innerhalb der einzelnen Medien sind jeweils unterschiedliche Frame-Elemente dominant. In der SZ und im SPIEGEL dominiert das Frame-Element EU-Kontext. In der taz und in der BILD-Zeitung ist das Frame-Element Deutschland-Kontext dominant. Für die FAZ konnte kein entsprechendes Frame-Element identifiziert werden. Zusammen

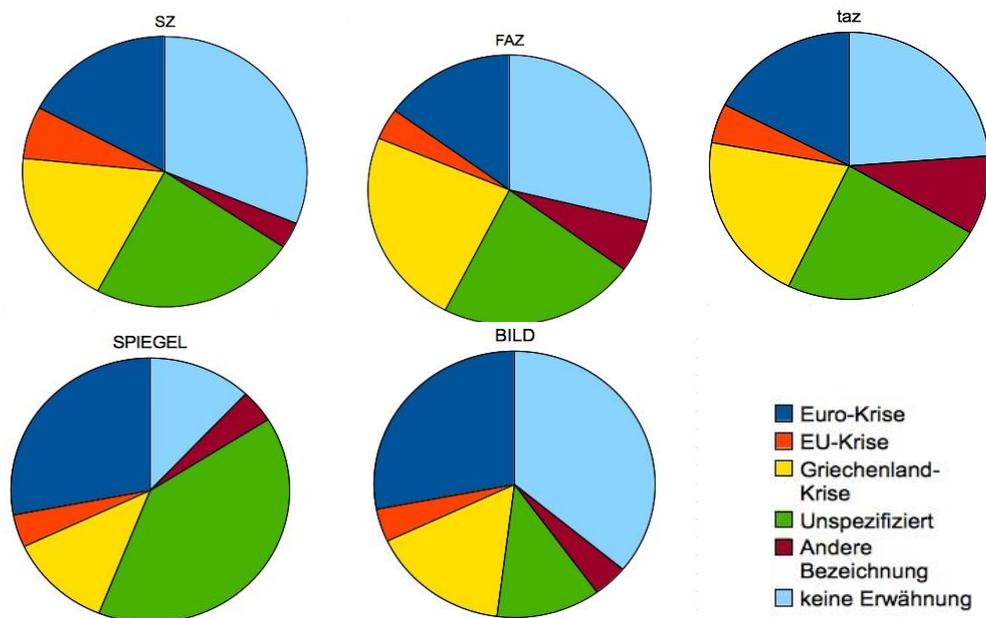
mit dem Ergebnis der Gesamtauswertung, wonach nur in knapp 20 Prozent der Artikel eine Berichterstattung aus einem EU-Kontext heraus stattfand, während jeweils ein Drittel der Artikel einen Deutschland- oder Griechenland-Kontext aufweist, wäre die Untersuchungsthese hiermit zunächst widerlegt.

Abb. 12: Verwendung des Begriffs Krise



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Zusätzlich wird betrachtet, in welchem Zusammenhang der Begriff Krise, der in 187 Artikeln gefunden werden konnte, verwendet wird (s. Abb. 12). Aus der Bezeichnung lässt sich indirekt schließen, wie die Folgen der Krise eingeordnet werden. Die Bezeichnung Griechenland-Krise impliziert die Haltung, dass die Krise auf Griechenland beschränkt ist. In einem Drittel dieser Artikel wurde der Begriff allerdings nicht weiter spezifiziert. In diesen Artikeln bleibt es entweder bei der unspezifizierten Bezeichnung Krise oder es konnte nicht bestimmt werden, in welchem Sinn die verwendete Bezeichnung gemeint ist. In der Mehrheit der anderen Artikel wurde die Krise entweder als Euro-Krise oder als EU-Krise bezeichnet. In Hinblick auf die Untersuchungsthese können diese beiden Bezeichnungen zusammen betrachtet werden. Es folgen die Artikel, in denen von einer Griechenland-Krise gesprochen wird. Der Unterschied beträgt aber lediglich fünf Artikel.

Abb. 13: Verwendung des Begriffs Krise nach Medium

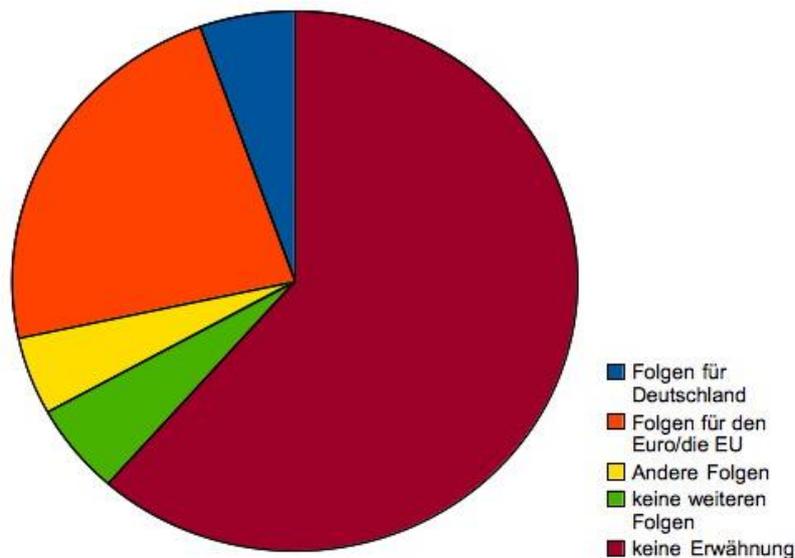
Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

In den einzelnen Medien ist die Verteilung ähnlich (s. Abb. 13). Mit Ausnahme der FAZ wird in allen Medien die Krise mehrheitlich entweder als Euro- oder als EU-Krise bezeichnet. In der BILD-Zeitung und im SPIEGEL ist der Anteil dieser Artikel mit jeweils 30 Prozent besonders hoch. Im Ergebnis konnte allerdings kein medienübergreifendes Frame-Element Problemdefinition identifiziert werden. Allerdings dominiert sowohl in der BILD-Zeitung als auch im SPIEGEL das Frame-Element Euro-/EU-Krise. Für die anderen Zeitungen konnte kein entsprechendes Element identifiziert werden. Die Gesamtauswertung deutet in Hinblick auf die Untersuchungsthese aber trotzdem an, dass diese unter der Einschränkung, dass die Artikel, in denen der Begriff Krise nicht weiter spezifiziert werden konnte, vernachlässigt werden, verifiziert werden kann.

Schließlich geht es darum, welche Folgen der Krise in den untersuchten Artikeln thematisiert werden. Dabei fällt zunächst auf, dass in der Mehrheit der Artikel keine möglichen Folgen der Krise thematisiert werden (s. Abb. 14). In der weiteren Betrachtung dieser Untersuchungsthese werden diese Artikel deshalb vernach-

lässigt. Zur Vollständigkeit werden sie in der Auswertung aber trotzdem aufgeführt.

Abb. 14: Beschriebene Folgen der Krise in Griechenland



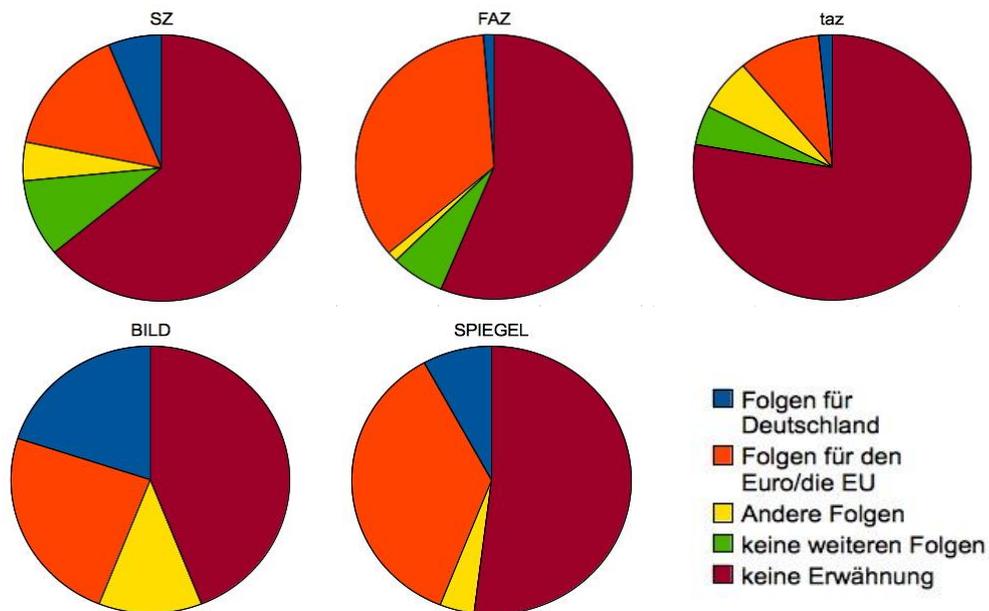
Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Diese Vorgehensweise wird im weiteren Verlauf der Arbeit beibehalten. Insgesamt 99 Artikel diskutieren die möglichen Folgen, die sich aus den Finanzproblemen Griechenlands für das Land selber oder Außenstehende ergeben könnten. In der großen Mehrheit davon werden negative Folgen für den Euro und/oder die EU beschrieben. 14 Artikel thematisieren die Auswirkungen der Griechenland-Krise auf Deutschland. Davon beschreiben allerdings drei Artikel positive Auswirkungen. In jeweils einem Artikel in der SZ und in der taz wird thematisiert, dass Deutschland von den Finanzhilfen für Griechenland finanziell profitiert, weil die Krisenländer für die Kredite Zinsen zahlen müssen. Ein weiterer Artikel in der SZ beschreibt den Effekt, dass die EU in der Krise auf deutsche ExpertInnen setzt. Dieser Zusammenhang wird ebenfalls positiv bewertet, weil das als Zeichen dafür gilt, dass der Einfluss Deutschlands auf europäischer Ebene steigt.

Die beiden beschriebenen Trends bestätigen sich auch bei der Betrachtung der einzelnen Medien (s. Abb. 15). Innerhalb der Artikel, in denen Folgen der Fi-

nanzprobleme in Griechenland thematisiert werden, ist der Anteil der Artikel, die Folgen für den Euro und/oder die EU beschreiben, jeweils am höchsten.

Abb. 15: Beschriebene Folgen der Krise in Griechenland nach Medium



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

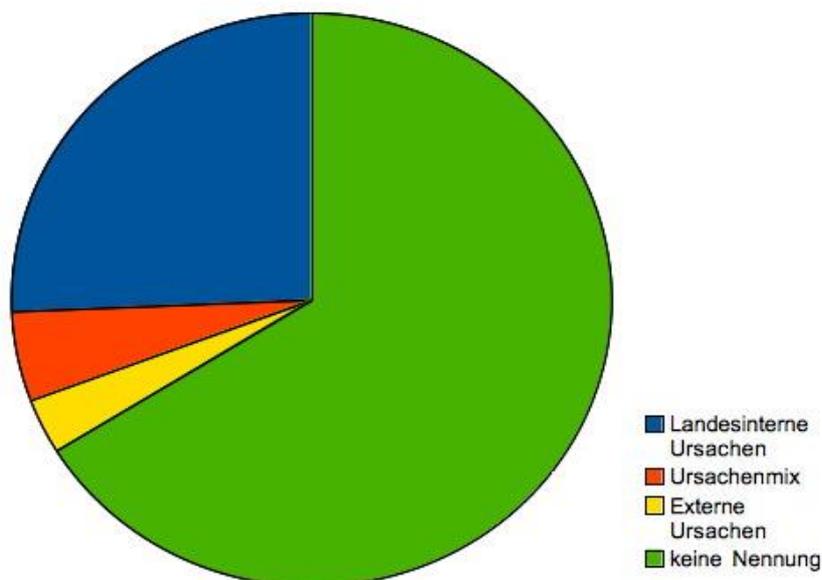
In der SZ und in der taz ist der Anteil dieser Artikel mit 16 und 10 Prozent aber deutlich niedriger, als in den anderen Medien. In der FAZ und im SPIEGEL ist er mit 35 Prozent jeweils am höchsten. Auffällig ist beim SPIEGEL außerdem, dass, wie auch in der BILD-Zeitung, in keinem Artikel zum Ausdruck kommt, dass die Finanzprobleme Griechenlands ohne Auswirkungen bleiben könnten. In den anderen Zeitungen zeigt zumindest ein kleiner Teil der Artikel, dass die Probleme auf Griechenland beschränkt bleiben könnten. Das gilt vor allem für den Beginn des Untersuchungszeitraums.

Damit konnte kein medienübergreifendes Frame-Element Folgen identifiziert werden. In der FAZ und im SPIEGEL ist aber jeweils das Frame-Element Folgen für den Euro/die EU dominant. Für die anderen Zeitungen konnte kein entsprechendes Frame-Element gefunden werden. Die These gilt aber trotzdem als verifiziert, da, wie die Gesamtauswertung zeigt, in der Mehrheit der Artikel die Folgen der Krise für den Euro und/oder die EU dargestellt werden. Das gilt allerdings nur

unter der Einschränkung, dass dieses Thema in der Mehrheit der Artikel nicht aufgegriffen wurde³².

Zu These (4): Die Ursachen für die Griechenland-Krise werden im Land selber gesehen. Ein Drittel der ausgewerteten Artikel setzt sich explizit mit den Ursachen der Krise in Griechenland auseinander (s. Abb. 16). Die Mehrheit davon sieht die Ursachen im Landesinneren.

Abb. 16: Ursachen der Krise in Griechenland



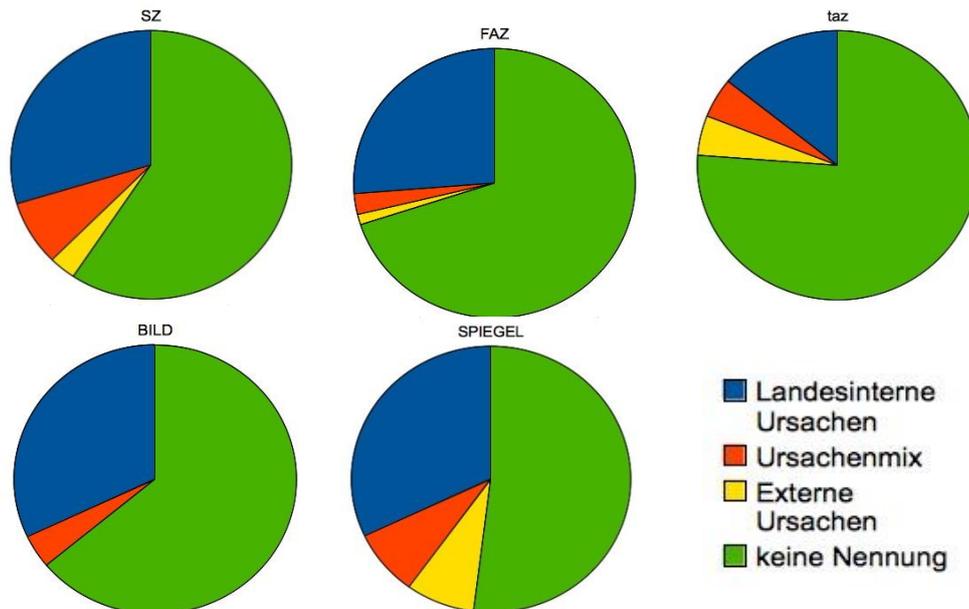
Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Nur ein kleiner Teil dieser Artikel macht externe Ursachen wie die Finanzkrise für die Krise verantwortlich. Beides bestätigt sich bei einer Betrachtung der einzelnen Medien (s. Abb. 17). Auch hier beträgt der Anteil der Artikel, in denen Ursachen für die Haushalts- und Staatsschuldenkrise unmittelbar thematisiert werden, bei den meisten Zeitungen ein Drittel. Bei taz und SPIEGEL gibt es leichte Abweichungen nach unten beziehungsweise oben. Jeweils die Mehrheit dieser Artikel kommt zu dem Ergebnis, dass die Ursachen in Griechenland selber zu suchen sind. Als Hauptursachen werden die hohe Staatsverschuldung sowie das marode Wirt-

³² Die weiteren Auswertungen zeigen, dass die Einschränkung auch für die anderen Thesen gilt. Deshalb soll hiermit ihre Gültigkeit für den weiteren Verlauf der Arbeit festgelegt werden.

schafts- und Finanzsystem betrachtet. Auffällig ist die unterschiedliche Verteilung von Artikeln, die die Ursachen nur zum Teil oder gar nicht in Griechenland sehen.

Abb. 17: Ursachen der Krise in Griechenland nach Medium



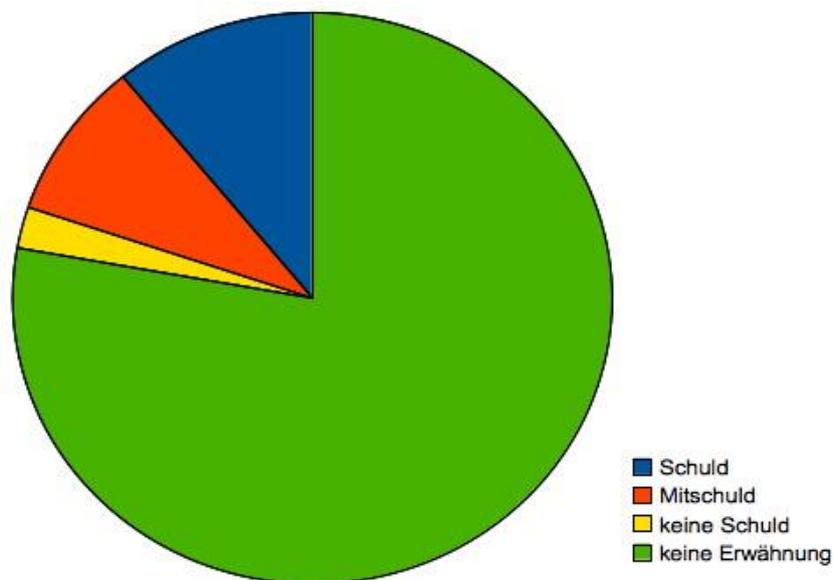
Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Während in der taz und im SPIEGEL jeweils gleich viele Artikel gefunden wurden, existiert in der BILD-Zeitung kein einziger Artikel, der die Ursachen nicht zumindest zu einem Teil in Griechenland sieht. Auch in der FAZ ist der Anteil mit einem einzigen Artikel sehr niedrig. Die These kann hiermit als verifiziert betrachtet werden. Außerdem konnte medienübergreifend das Frame-Element Ursachenzuschreibung identifiziert werden. In allen Medien dominiert das Frame-Element Landesinterne Ursachen.

In einer weiteren Auswertung wird nun betrachtet, inwieweit innerhalb der gefundenen Artikel Schuldzuweisungen an Griechenland und/oder die GriechInnen erfolgen. Grundlage ist erneut die Gesamtheit der gefundenen Artikel. Die Auswertung zeigt, dass der Anteil der Artikel, in denen das Thema Schuld aufgegriffen wird, noch einmal geringer ist (s. Abb. 18). In weniger als einem Viertel der Gesamtartikel wurde die Schuld Griechenlands und/oder der GriechInnen thematisiert. Die Mehrheit davon betrachtet allerdings Griechenland und/oder die Grie-

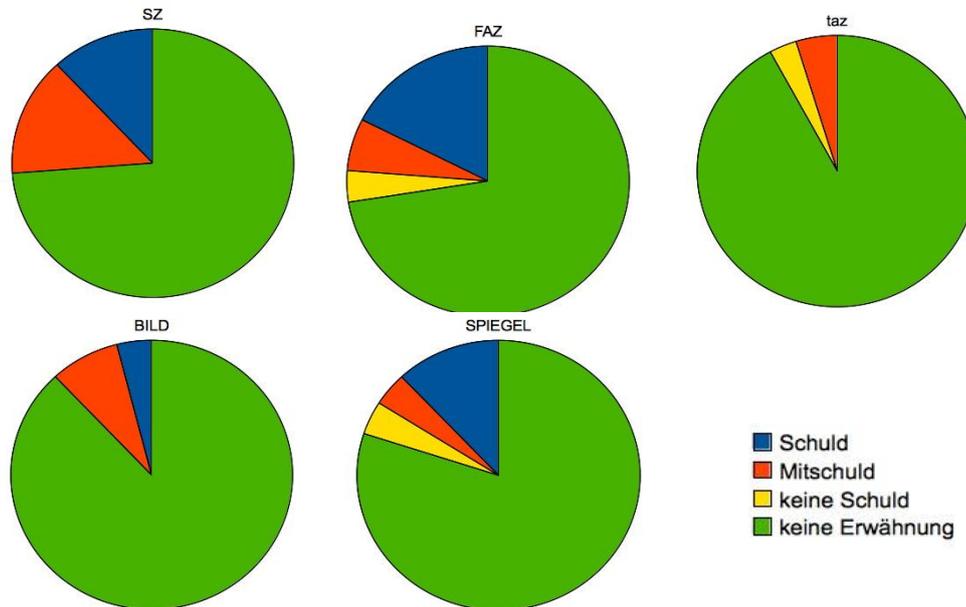
chInnen als schuldig. Fast gleich viele Artikel stellen zumindest eine Mitschuld fest. Immerhin zehn Prozent dieser Artikel äußern explizit die Unschuld Griechenlands und/oder der GriechInnen.

Abb. 18: Mitverantwortung Griechenlands



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Die Auswertung entsprechend der einzelnen Medien zeigt deutliche Abweichungen (s. Abb. 19). Der Anteil der Artikel, in denen eine Schuld Griechenlands und/oder der GriechInnen thematisiert wird, entspricht bei allen Zeitungen etwa der Gesamtverteilung. Auch darüber hinaus bestätigen FAZ und SPIEGEL diesen Trend. Abweichend davon stellen SZ und BILD-Zeitung auf der einen Seite und die taz auf der anderen Seite zwei Extreme dar. Während in den ersten beiden Zeitungen kein Artikel gefunden werden konnte, in dem nicht zumindest von einer Mitschuld der GriechInnen gesprochen wird, gibt es in der taz keinen Artikel in dem Griechenland und/oder den GriechInnen die alleinige Schuld zugesprochen wird. Nur drei Artikel sprechen von einer Mitschuld. Zwei Artikel sprechen sich für die Unschuld Griechenlands und/oder der GriechInnen aus. Eine detaillierte Betrachtung zeigt, dass die bei den beiden Auswertungen jeweils gefundenen Artikel fast identisch sind.

Abb. 19: Mitverantwortung Griechenlands nach Medium

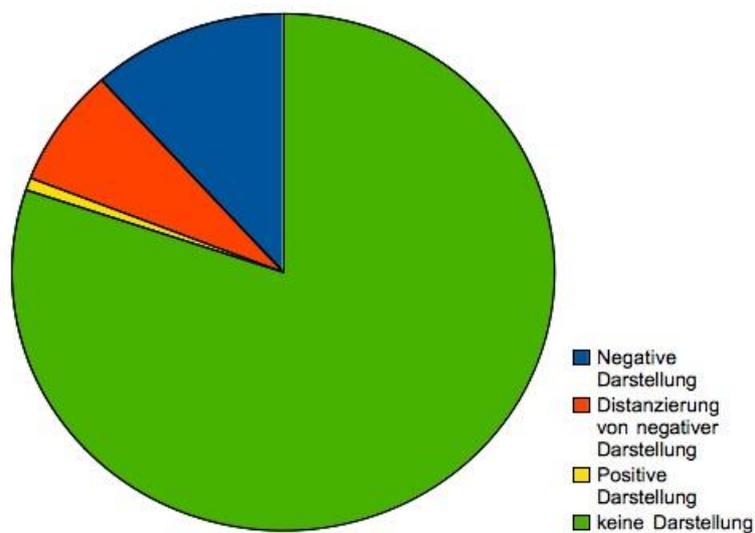
Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Es existieren nur zehn Artikel, in denen, obwohl die Ursachen der Griechenland-Krise nicht direkt angesprochen werden, das Thema Schuld aufgegriffen wird. Davon geben acht Artikel Griechenland und/oder den GriechInnen eine Mitschuld. In der Mehrheit dieser Artikel resultiert diese Zuweisung aus der Kritik an dem unehrlichen Verhalten Griechenlands beim Beitritt zur Währungsunion. Zwei Artikel sprechen sich für die Unschuld der GriechInnen aus. Die Untersuchungsthese wird damit erneut bestätigt. Allerdings konnte kein medienübergreifendes Frame-Element moralische Bewertung identifiziert werden. Mit Ausnahme der taz neigen aber alle Medien dazu, nicht nur die Ursachen, sondern auch die Schuldigen für die Krise in Griechenland zu suchen.

These (5): Griechenland und/oder das griechische Volk wird in den untersuchten Artikeln diskreditiert. Nur in einem knappen Viertel der untersuchten Artikel erfolgt eine Charakterisierung Griechenlands und/oder des griechischen Volkes (s. Abb. 20). Mehr als die Hälfte dieser Artikel können als negative Darstellung gewertet werden. Besonders häufig wird dabei die Bezeichnung „Pleite-Griechen“ verwendet. Dieser von der BILD-Zeitung geprägte Begriff wird als negativ empfunden, weil damit ein gesamtes Volk als mittellose SchuldnerInnen diffamiert wird.

miert wird. Innerhalb der gefundenen Artikel taucht die Bezeichnung auch im SPIEGEL auf (Böll et al. 2012). In der SZ und in der FAZ wird stattdessen von dem „Griechenland-Desaster“ (FAZ 2010) oder dem „griechischen Schulden-Debakel“ (Hoffmann und Koch 2010) gesprochen. Auch das sind vergleichsweise harmlose Formulierungen, doch sie beinhalten eine ähnlich negative Konnotation wie der Begriff Pleite-Griechen. Zumal wenn sie, wie in der Mehrheit der Fälle, innerhalb eines Berichts auftauchen, dessen vorrangige Aufgabe die Information und nicht die Bewertung ist.

Abb. 20: Darstellung Griechenlands

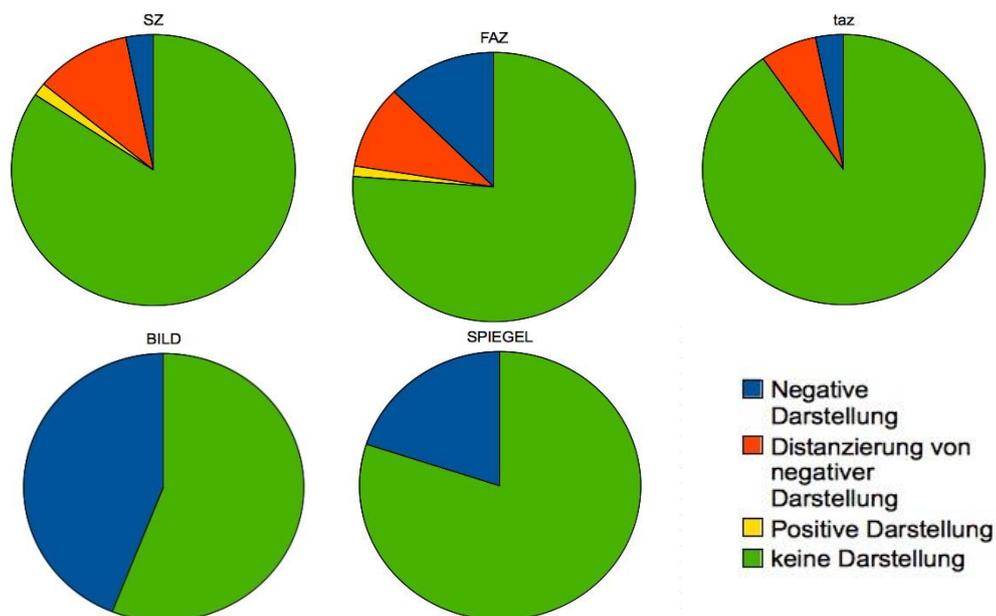


Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

In Einzelfällen resultiert die negative Darstellung aus einer konkreten Charakterisierung Griechenlands und/oder der GriechInnen. Dabei geht es in der Regel um das Verhalten beim Euro-Beitritt. Die GriechInnen werden in diesen Artikeln als „Besserwisser“, „Schwindler“ (Steltzner 2010) und „abgeklärte Trickser“ (Markaris 2010) bezeichnet. Ähnlich hoch ist insgesamt allerdings auch die Anzahl der Artikel, in denen eine Distanzierung von Charakterisierungen dieser Art erfolgt. Am offensivsten geht dabei die taz vor. Hier werden sich in Umlauf befindende Bezeichnungen aufgegriffen und widerlegt. Dazu gehören Adjektive wie „dunkelhäutig und faul“ (Schulmeister 2011) oder Bezeichnungen wie „Abzocker, Taugenichtse, Tage-

diebe“ (Frank 2010). In den anderen Zeitungen wird in diesem Zusammenhang unmittelbar eine Kritik am „deutschen Boulevard“ (Bastian 2010) und an den deutschen Medien (Voulgaris 2010) geäußert. Ein großer Teil dieser Artikel ist von GriechInnen verfasst. Die Anzahl der Artikel, in denen Griechenland und/oder die GriechInnen positiv dargestellt werden, ist mit insgesamt zwei verschwindend gering. Wie die Einzelbetrachtung zeigt, ist jeweils einer davon in der SZ und in der FAZ erschienen. In beiden wird der damalige griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou gelobt. Das entspricht einer indirekten positiven Darstellung Griechenlands beziehungsweise des griechischen Volkes.

Abb. 21: Darstellung Griechenlands nach Medium



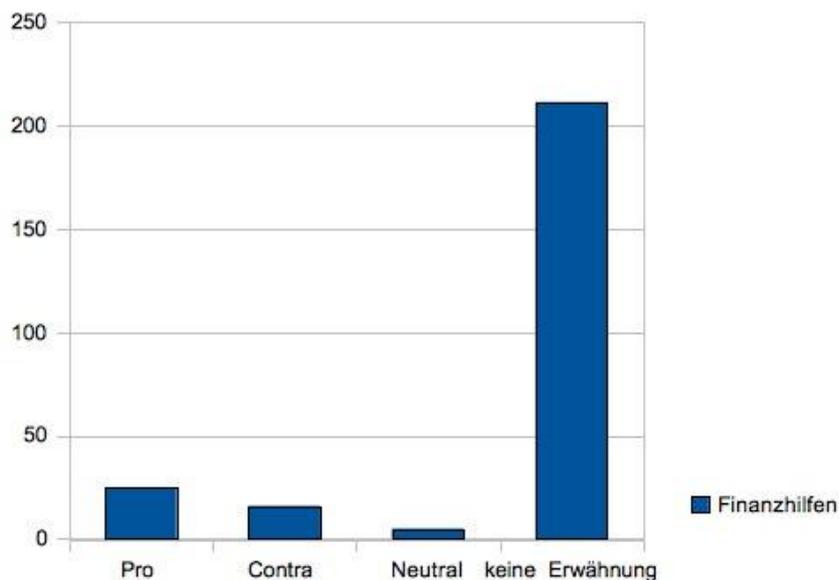
Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

In keiner der anderen drei Zeitungen ist ein Artikel dieser Art erschienen. In BILD und SPIEGEL sind darüber hinaus nur Artikel erschienen, in denen Griechenland und/oder das griechische Volk negativ dargestellt werden. Der Anteil dieser Artikel ist in beiden Zeitungen höher als im Durchschnitt (s. Abb. 21). In der BILD-Zeitung betrifft das sogar fast die Hälfte der Artikel. Insgesamt gilt auch diese These damit als verifiziert. Allerdings konnte erneut kein medienübergreifendes Frame-Element moralische Bewertung gefunden werden. In der FAZ, im SPIEGEL und in der BILD-

Zeitung dominiert aber jeweils das Frame-Element Negative Darstellung. Die Ausprägung nimmt entsprechend der Reihenfolge der Nennung zu. In der SZ und in der taz ist das Frame-Element Distanzierung dominant.

Zu These (6): Eine deutsche Beteiligung an den Finanzhilfen für Griechenland wird in den untersuchten Artikeln abgelehnt. In der Mehrheit der Artikel, die allgemein zu den Finanzhilfen für Griechenland Stellung beziehen, wird diese befürwortet (s. Abb. 22).

Abb. 22: Einstellung zu Finanzhilfen für Griechenland



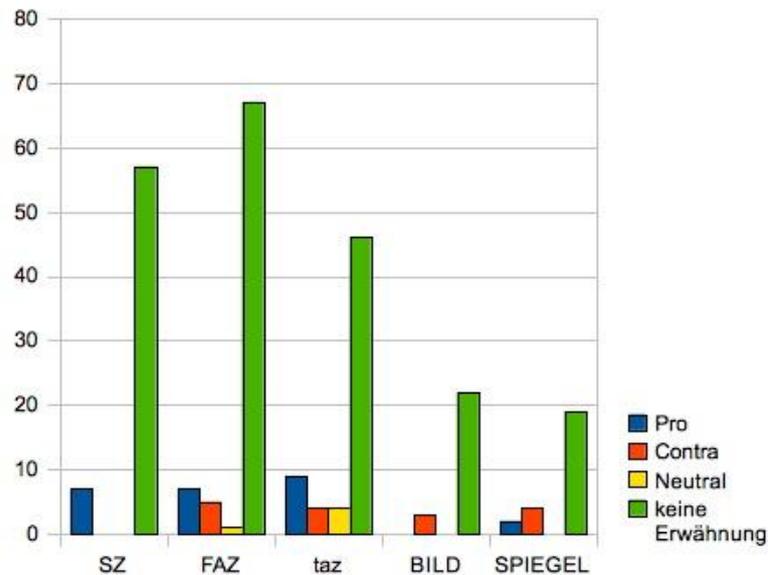
Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Ein Drittel dieser Artikel lehnt die Finanzhilfen ab. Fünf Artikel geben ein ausgeglichenes Bild der beiden konträren Positionen. Sie werden deshalb als neutral gewertet. Mehr als 80 Prozent der Artikel lassen sich allerdings nicht in eine der drei Kategorien einordnen. Das liegt in der Regel daran, dass das Thema Finanzhilfen darin keine Berücksichtigung findet. In Einzelfällen, wenn es sich nur um ein Randthema handelt, wurden die Artikel ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet.

Wie die detaillierte Auswertung zeigt, trifft diese grundsätzliche Verteilung auch auf die einzelnen Zeitungen zu (s. Abb. 23). Davon abgesehen, bestehen mit Ausnahme der FAZ aber deutliche Abweichungen von der Gesamtverteilung. In

der SZ werden die Finanzhilfen ausschließlich positiv beurteilt. In der taz überwiegen ebenfalls die positiven Artikel.

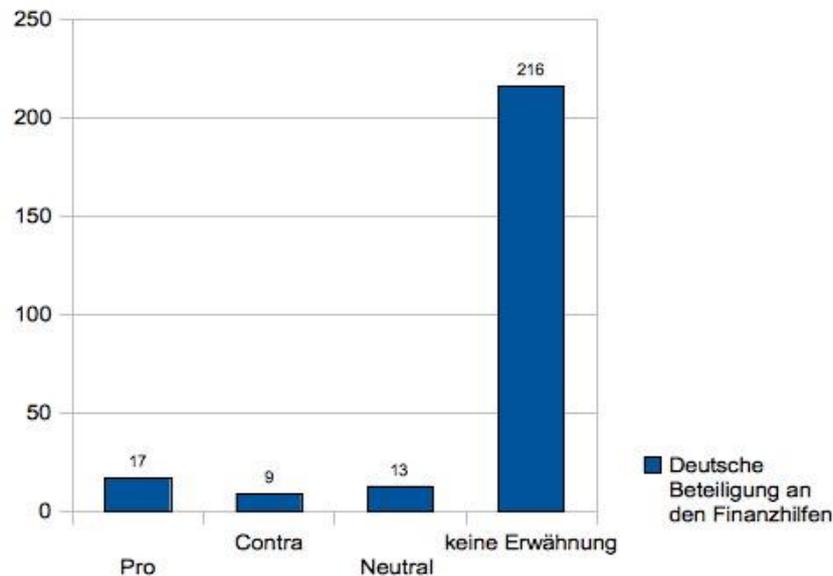
Abb. 23: Einstellung zu Finanzhilfen für Griechenland nach Medium



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Das Verhältnis zwischen ablehnenden und neutralen Artikeln ist ausgeglichen. Konträr zu diesen beiden Zeitungen sind die Verteilungen in BILD-Zeitung und SPIEGEL. In der BILD-Zeitung werden die Finanzhilfen in allen entsprechenden Artikeln abgelehnt. Auch im SPIEGEL kommt in der Mehrheit der relevanten Artikel eine ablehnende Haltung gegenüber den Finanzhilfen zum Ausdruck. Befürwortet werden diese lediglich in zwei Artikeln.

Ein etwas anderes Bild bietet die Auswertung entsprechend der in den Artikeln geäußerten Einstellung zu einer deutschen Beteiligung an den Finanzhilfen (s. Abb. 24). Mit 15 Prozent ist der Anteil der Artikel, in denen eine klare Position zum Ausdruck kommt, noch einmal geringer. Das gilt auch für die einzelnen Zeitungen. Die Mehrheit dieser Artikel befürwortet eine deutsche Beteiligung. Ähnlich hoch ist die Anzahl der Artikel, in denen das Thema neutral behandelt wird. Der Anteil der Artikel, in denen eine deutsche Beteiligung abgelehnt wird, beträgt lediglich ein Viertel der insgesamt relevanten Artikel.

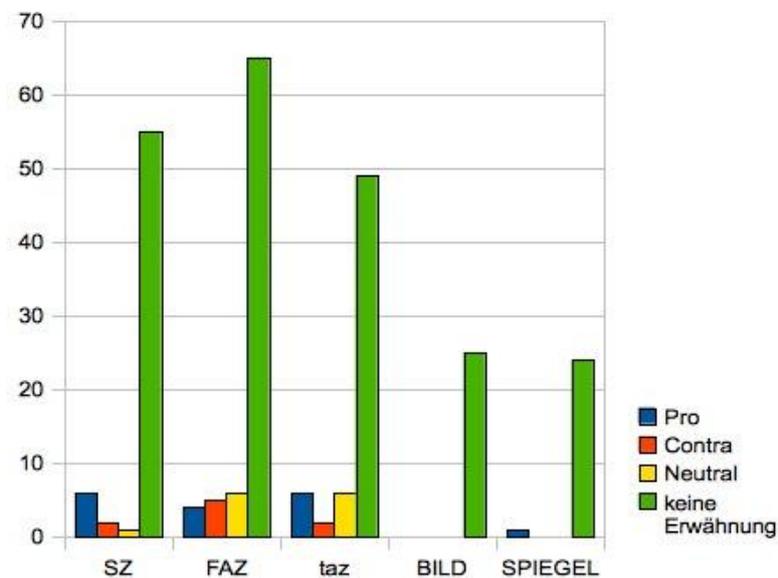
Abb. 24: Einstellung zu einer deutschen Beteiligung an den Finanzhilfen

Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

In Hinblick auf die einzelnen Medien bestehen aber deutliche Unterschiede (s. Abb. 25). Die Verteilungen in der SZ und in der taz entsprechen am ehesten der Gesamtverteilung. Allerdings ist in der SZ der Anteil der Artikel, in denen ein deutscher Beitrag zu den Finanzhilfen für Griechenland abgelehnt wird, ein bisschen höher als der Anteil der neutralen Artikel. Der Unterschied beträgt allerdings lediglich einen Artikel. In der taz konnten gleich viele Artikel gefunden werden, die eine deutsche Beteiligung entweder befürworten oder dieser gegenüber neutral eingestellt sind. Zwei Artikel lehnen die Finanzhilfen ab. Sowohl in der taz als auch in der SZ handelt es sich dabei um Berichte, innerhalb derer die Meinungen anderer wiedergegeben werden. In der FAZ verhält sich die Verteilung genau umgekehrt zur SZ. In der Mehrheit der Artikel wird der deutsche Beitrag an den Finanzhilfen neutral bewertet. An zweiter Stelle folgen die Artikel, innerhalb derer eine deutsche Beteiligung an den Finanzhilfen abgelehnt wird. Die Artikel, die eine solche befürworten, befinden sich in der Minderheit. Der Unterschied zwischen diesen drei Gruppen beträgt lediglich jeweils einen Artikel. Trotzdem fallen die ablehnenden Artikel stark ins Gewicht, weil es sich, anders als in den beiden anderen Zeitungen, bei der Mehrzahl um Kommentare handelt. Als Grund für die Ablehnung einer deutschen Beteili-

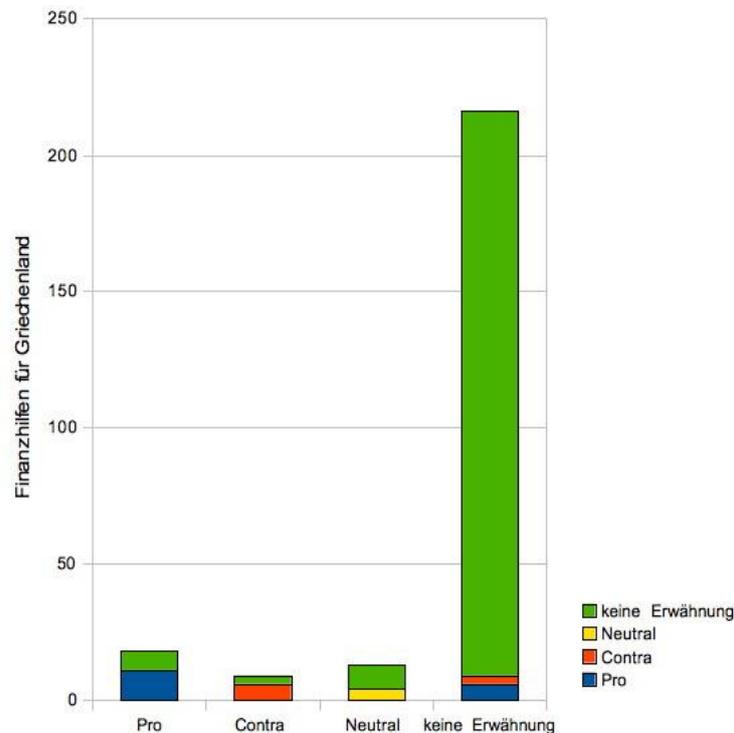
gung an den Finanzhilfen gilt eine generelle Abneigung diesen gegenüber. In mehreren Kommentaren wird vor der daraus resultierenden sogenannten Transferunion gewarnt. In der BILD-Zeitung und im SPIEGEL findet die deutsche Unterstützung kaum Erwähnung. Lediglich im SPIEGEL ist ein Artikel erschienen, der sich positiv äußert.

Abb. 25: Einstellung zu einer deutschen Beteiligung an den Finanzhilfen nach Medium



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

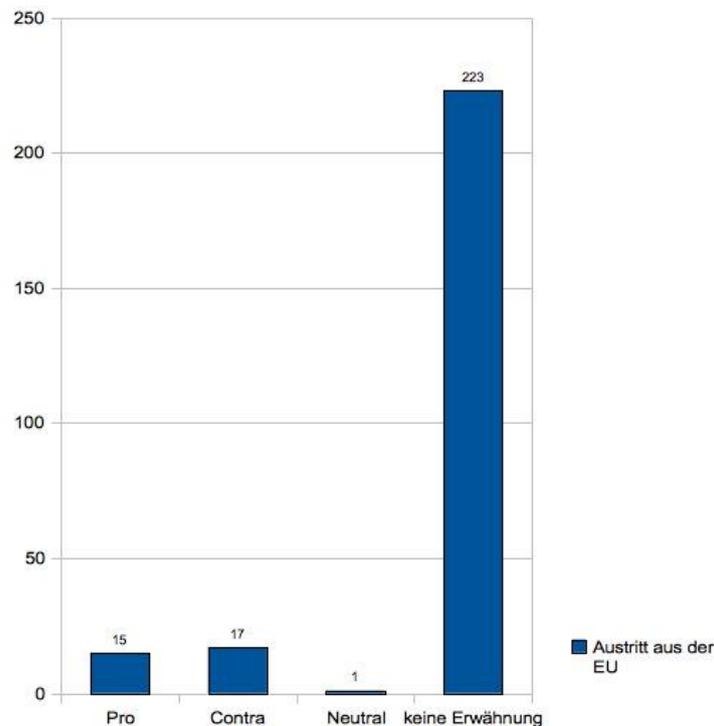
Damit gilt die These als widerlegt, denn insgesamt überwiegt innerhalb der relevanten Artikel eine zustimmende Haltung hinsichtlich der Finanzhilfen für Griechenland sowie einer deutschen Beteiligung daran. Das bestätigt auch die kombinierte Betrachtung der in den Artikeln zum Ausdruck kommenden Einstellungen zu den Finanzhilfen im Allgemeinen und dem deutsche Beitrag dazu im Speziellen (s. Abb. 26). In der Mehrheit der Artikel, innerhalb derer die EU-Finanzhilfen befürwortet werden, wird auch eine deutsche Beteiligung daran befürwortet. Das gilt auch für die Artikel, die jeweils dagegen sind. Umgekehrt findet auch in der Mehrheit der Artikel, in denen die Finanzhilfen nicht erwähnt werden, der deutsche Beitrag dazu keine Erwähnung.

Abb. 26: Zusammenhang zwischen den Darstellungen

Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Ein medienübergreifendes Frame-Element Lösungszuschreibung/ Handlungsaufforderung konnte allerdings nicht identifiziert werden. In der SZ, der FAZ und der taz dominiert aber jeweils das Frame-Element Pro-Finanzhilfen. In der BILD-Zeitung und im SPIEGEL ist das Frame-Element Contra-Finanzhilfen jeweils dominant. Hinsichtlich einer deutschen Beteiligung verändern sich die dominanten Frame-Elemente. In der SZ und in der taz dominiert jeweils das Frame-Element Pro-Beteiligung. In der FAZ, in der BILD-Zeitung und im SPIEGEL konnte kein entsprechendes Element identifiziert werden.

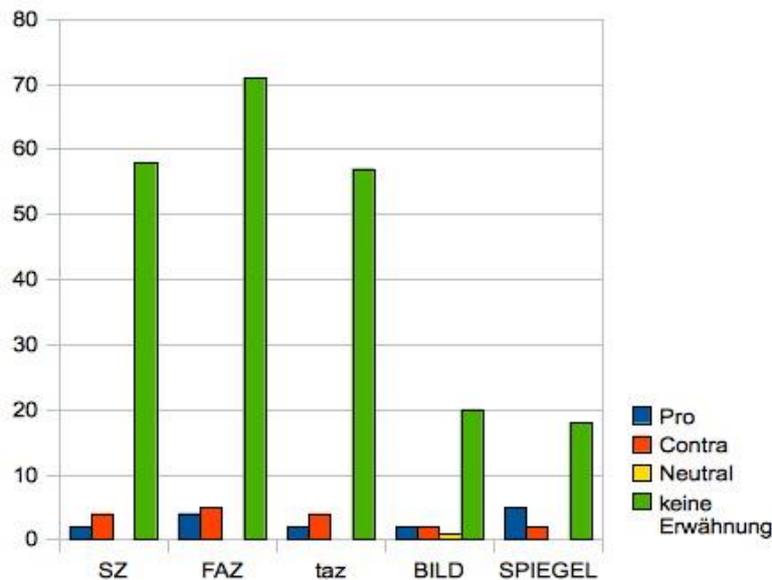
Zu These (7): In den untersuchten Artikeln wird der Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone gefordert. Der Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone wird lediglich in 33 Artikeln thematisiert. Das entspricht knapp dreizehn Prozent der ausgewerteten Artikel (s. Abb. 27). Dabei ist der Anteil der Artikel, in denen ein Austritt befürwortet wird, und der Artikel, die sich gegen einen Austritt aussprechen, fast ausgeglichen. Der Unterschied beträgt lediglich zwei Artikel.

Abb. 27: Einstellung zu einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone

Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Wie die Auswertung der einzelnen Zeitungen zeigt, ist das Verhältnis bei SZ, FAZ und taz ähnlich (s. Abb. 28). Das einzige Medium, in dem die Artikel überwiegen, die einen Austritt befürworten, ist der SPIEGEL. Mit fünf Artikeln dieser Art ist er die führende Zeitung. Bei drei Artikeln handelt es sich um Interviews, innerhalb derer sich jeweils der Interviewpartner für einen Austritt ausspricht. Es folgt die FAZ mit vier Artikeln sowie die SZ, die taz und die BILD-Zeitung mit jeweils zwei Artikeln, in denen ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion befürwortet wird. Auch in der FAZ und in der SZ ist einer dieser Artikel jeweils ein Interview. Da in der BILD-Zeitung die Gesamtanzahl der Artikel deutlich geringer ist als in der SZ und in der taz, entsprechen diese beiden Artikel einem größeren Anteil an der Gesamtberichterstattung. Gleichzeitig wurden in der BILD-Zeitung aber auch zwei Artikel gefunden, die den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone ablehnen. Damit vermittelt die Zeitung insgesamt eine ausgeglichene Meinung zu dem Thema. Das gilt mit Ausnahme des SPIEGEL auch für die anderen Zeitungen.

Abb. 28: Einstellung zu einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone nach Medium



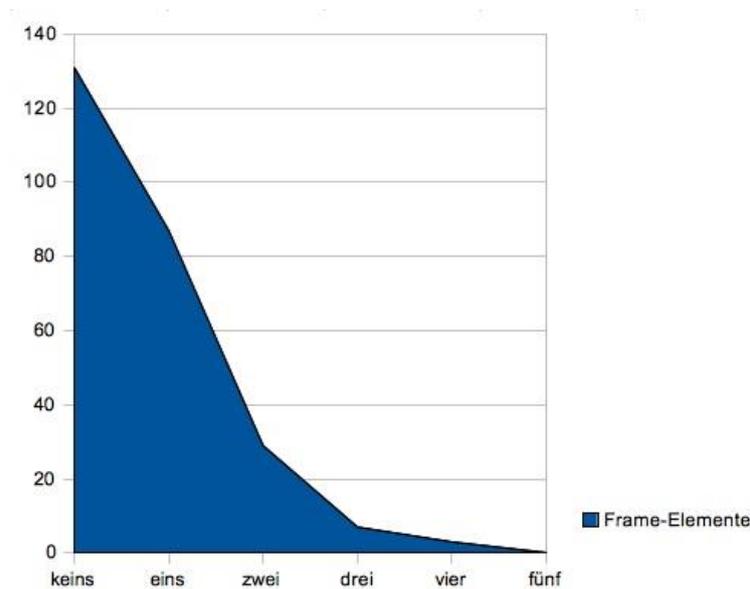
Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Die These wird damit als widerlegt betrachtet. Außerdem konnte kein medienübergreifendes Frame-Element Lösungszuschreibung/ Handlungsaufforderung identifiziert werden. In der SZ, der FAZ und der taz dominiert jeweils das Frame-Element Contra-Austritt. Im SPIEGEL ist das Frame-Element Pro-Austritt dominierend. Für die BILD-Zeitung konnte kein dominantes Frame-Element identifiziert werden.

Zu These (8): Eine Ausnahme in der Berichterstattung bildet lediglich die taz. Grundlage für diese These ist die Studie von Bickes et al., wonach die taz die einzige Ausnahme der Mainstream Berichterstattung darstellt, die insgesamt einer von der BILD-Zeitung angeführten Medienkampagne gegen Griechenland entspricht (Vgl. Bickes et al. 2012, S. 223; Artl und Storz 2011, S. 16). Der innerhalb dieser Kampagne vermittelte Medien-Frame kann in fünf Frame-Elemente zerlegt werden. Deren Existenz in den untersuchten Artikeln wurde in der vorangegangenen Frame-Analyse untersucht. Medienübergreifend konnten dabei nur das Frame-Element Ursachenzuschreibung identifiziert werden. Die anderen Frame-Elemente waren jeweils nur in einzelnen Medien dominant. Im Folgenden wird nun betrachtet, wie sich die einzelnen Frame-Elemente auf die untersuchten Artikel verteilen.

Nach Matthes müssen in einem Artikel mindestens zwei Frame-Elemente gleichzeitig vorhanden sein, damit es sich um einen impliziten Frame handelt. Ein externer Frame ist dann gegeben, wenn in einem Artikel alle Elemente identifiziert werden können.

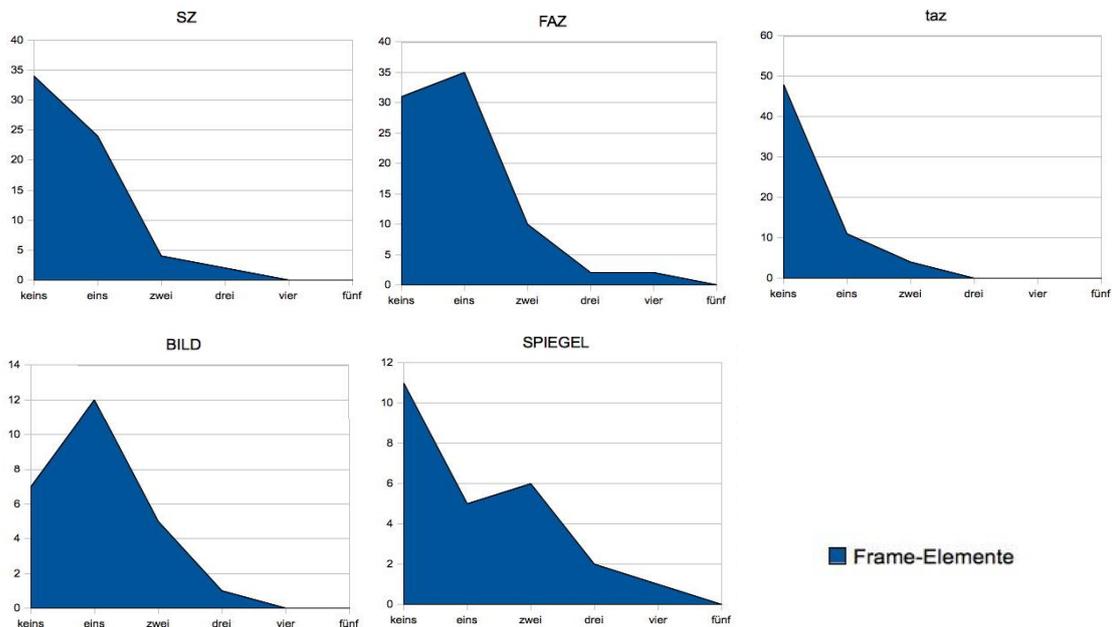
Abb. 29: Gesamtauswertung nach den einzelnen Kriterien



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Das Ergebnis zeigt, dass in 85 Prozent der Artikel kein oder nur ein Frame-Element gefunden werden konnte (s. Abb. 29). Der Anteil der Artikel, in denen mindestens zwei Frame-Elemente gefunden werden konnten, liegt dementsprechend bei lediglich 15 Prozent. Darunter befindet sich kein Artikel, in dem alle Frame-Elemente gleichzeitig existieren. Nur in drei Artikeln konnten vier Frame-Elemente gleichzeitig gefunden werden. Daraus folgt, dass in den untersuchten Artikel kein expliziter Frame vorhanden ist. Der Anteil der Artikel, in denen ein impliziter Frame gefunden werden konnte, liegt bei 15 Prozent.

Der Einzelanalyse zufolge bestehen zwischen den einzelnen Zeitungen deutliche Unterschiede (s. Abb. 30). Im SPIEGEL ist der Anteil der Artikel, in denen ein impliziter Frame gesetzt wird, mit 36 Prozent am höchsten. Es folgt die BILD-Zeitung mit 30 Prozent. In der FAZ beträgt der Anteil dieser Artikel immerhin noch 17 Prozent.

Abb. 30: Gesamtauswertung nach den einzelnen Kriterien nach Medium

Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

In der FAZ konnten außerdem zwei der Artikel gefunden werden, in denen vier Frame-Elemente gleichzeitig auftauchen. Der dritte Artikel dieser Art ist im SPIEGEL erschienen. Bei beiden Artikeln in der FAZ, „Niemand kann als Solitär gut leben“ (Frankenberger 2011) und „Der erste Schuldenschnitt“ (Göbel 2012), handelt es sich um Kommentare. Das ist insofern bemerkenswert, als dass Kommentare die Form der Berichterstattung sind, in der ein Redaktionsmitglied seine Meinung zu einem bestimmten Thema zum Ausdruck bringt. In beiden Kommentaren wird die Auffassung vertreten, dass Griechenland seine Haushalts- und Staatsschuldenkrise durch „eine unseriöse Wirtschaftspolitik“ bzw. durch eine „exzessive Schuldenpolitik“ selber verschuldet hat. Außerdem sprechen sie sich jeweils gegen Finanzhilfen für Griechenland aus und fordern stattdessen den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone zum Erhalt der Währungsunion. Eine Diskreditierung Griechenlands und/oder der GriechInnen unterbleibt aber in beiden Artikeln. Der dritte Artikel ist unter der Überschrift „Eine Bombenidee“ am 26. September 2011 als Titelgeschichte im SPIEGEL erschienen. Der mit 14.463 Wörtern vergleichsweise lange Artikel ist eine Darstellung der wesentlichen Ereignisse vom Beitritt Griechenlands zur Wäh-

rungsunion bis zur Haushalts- und Staatsschuldenkrise. Auch in diesem Artikel werden Griechenland und/oder die GriechInnen nicht direkt negativ dargestellt. Doch bereits in der Unterüberschrift wird eine Tendenz deutlich:

Wie kann es passieren, dass die Schulden eines kleinen Landes einen ganzen Kontinent ins Wanken bringen? Das griechische Drama legt offen, warum der Euro zur gefährlichsten Währung der Welt geworden ist: auf Schulden und Schwindel gebaut, ohne Fundament und Führung (Batzoglou et al. 2011).

Im letzten Teil des Artikels wird in Verbindung mit den Zukunftsaussichten der Währungsunion ein Austritt Griechenlands aus dieser diskutiert. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass dies der wahrscheinliche Lösungsweg sein wird. Anders als in der FAZ bildet dieser Artikel nicht direkt die Meinung der Redaktion ab. Doch auch die Darstellung des Euro-Austritt Griechenlands als die „wahrscheinliche“ Lösung stellt eine redaktionelle Entscheidung dar. In der SZ und in der taz ist der Anteil der Artikel, in denen mindestens zwei Frame-Elemente gleichzeitig gefunden werden konnten, mit neun und sechs Prozent am geringsten.

Zusammen mit den Ergebnissen der vorangegangenen Betrachtungen gilt die These damit als verifiziert. Allerdings bildet die taz nicht die einzige Ausnahme (s. Tab. 2). In der SZ ist der Anteil der Artikel, in denen ein indirekter Frame identifiziert werden konnte, ähnlich gering. Auch in Hinblick auf die anderen Frame-Elemente gilt, dass, mit Ausnahme des Frame-Elements moralische Bewertung im Zusammenhang mit der Darstellung einer (Mit-)Schuld Griechenlands an der Krise, die als positiv geltenden Frame-Elemente, wie in der taz, dominieren. Im Gegensatz dazu ist der SPIEGEL das Medium, in dem nicht nur der Anteil der Artikel mit einem indirekten Frame am höchsten ist, sondern in dem auch die meisten als negativ geltenden Frame-Elemente identifiziert werden konnten. Es folgen die BILD-Zeitung und die FAZ.

Tab. 2: Die Frame-Elemente nach Medien

	Problemdefinition	Folgen	Ursachenzuschreibung	moralische Bewertung	Lösungszuschreibung
SZ	kein Frame-Element	kein Frame-Element	<i>Landesinterne Ursachen</i>	<i>Mitschuld</i> <i>Distanzierung von negativer Darstellung</i>	<i>Pro-Finanzhilfen</i> <i>Pro-Beteiligung</i> <i>Contra- Austritt</i>
FAZ	kein Frame-Element	<i>Folgen für den Euro/- die EU</i>	<i>Landesinterne Ursachen</i>	<i>Schuld</i> <i>Negative Darstellung</i>	<i>Pro-Finanzhilfen</i> <i>Contra- Austritt</i>
taz	kein Frame-Element	kein Frame-Element	<i>Landesinterne Ursachen</i>	<i>Mitschuld</i> <i>Distanzierung von negativer Darstellung</i>	<i>Pro-Finanzhilfen</i> <i>Pro-Beteiligung</i> <i>Contra- Austritt</i>
BILD-Zeitung	<i>Euro-/EU-Krise</i>	kein Frame-Element	<i>Landesinterne Ursachen</i>	<i>Mitschuld</i> <i>Negative Darstellung</i>	<i>Contra-Finanzhilfen</i>
SPIEGEL	<i>Euro-/EU-Krise</i>	<i>Folgen für den Euro/- die EU</i>	<i>Landesinterne Ursachen</i>	<i>Schuld</i> <i>Negative Darstellung</i>	<i>Contra-Finanzhilfen</i> <i>Pro-Austritt</i>

Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

5.3 Ergebnisse der Framing-Analyse

Aufgrund des beschränkten Umfangs dieser Arbeit konnte im Rahmen der Framing-Analyse keine eigene Umfrage durchgeführt werden, um zu ermitteln, inwieweit der Medien-Frame auf die RezipientInnen wirkt. Stattdessen wird auf die Ergebnisse des monatlich erscheinenden ARD-DeutschlandTREND zurückgegriffen. Das hat zur Folge, dass nicht die Wirkung des Medien-Frames insgesamt über-

prüft werden konnte, sondern nur die Wirkung der Frame-Elemente, die innerhalb der für den Untersuchungszeitraum relevanten Umfragen wiederholt abgefragt wurden. Das sind die Einstellung zu den Finanzhilfen für Griechenland sowie einer deutschen Beteiligung daran, die Meinung zu einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone und die generelle Haltung zu der Euro-Krise. Die Ergebnisse werden zur besseren Übersicht entsprechend dieser Frame-Elemente dargestellt. Anschließend erfolgt eine Betrachtung der Ergebnisse in Hinblick auf die Frame-These.

5.3.1 Die Einstellung zu den Finanzhilfen für Griechenland

Die relevanten Erhebungen des ARD-DeutschlandTREND zeigen, dass, trotz anfänglicher Zustimmung, die Ablehnung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Finanzhilfen für Griechenland im Zeitverlauf steigt. Gemäß des ARD-DeutschlandTREND Mai 2010 befürwortet vor Beginn der Medien-Analyse eine Mehrheit der Bevölkerung die Finanzhilfen für Griechenland (dimap 2010a). Allerdings nur unter der Bedingung, dass sich die Banken, die Griechenland Geld geliehen haben, daran beteiligen. Nur eine Minderheit ist der Meinung, dass Deutschland Griechenland gar nicht unterstützen sollte. Im weiteren Verlauf verändert sich dieses Verhältnis allerdings. Bereits im ARD-DeutschlandTREND Juni 2010 lehnt eine deutliche Mehrheit von 64 Prozent eine deutschen Beteiligung an dem Euro-Rettungsschirm ab (dimap 2010b). Daraus lässt sich indirekt schließen, dass auch die Finanzhilfen für Griechenland, durch die der Rettungsschirm erst angestoßen wurde, abgelehnt werden. Dafür spricht ebenfalls, dass diese im Vorfeld nur unter der Bedingung befürwortet wurden, dass auch die Banken daran beteiligt werden. Ein solcher Beschluss wurde allerdings nicht umgesetzt.

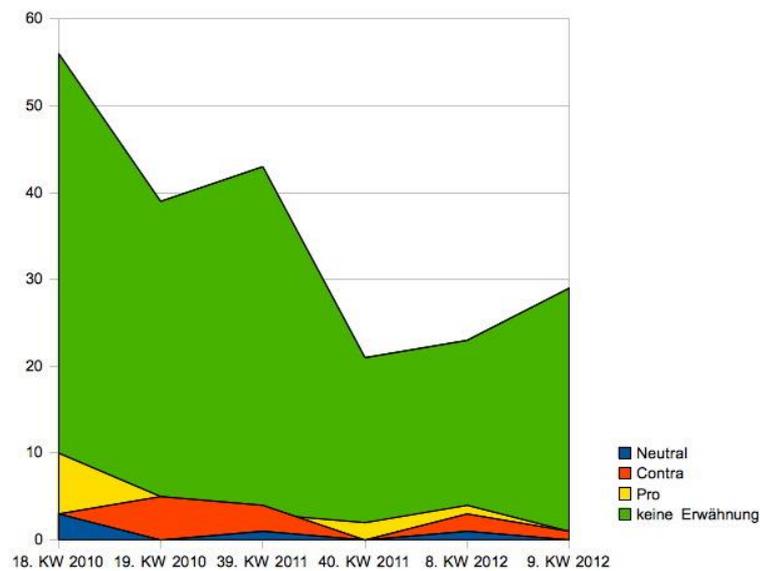
Die ablehnende Haltung der Bevölkerung bestätigt auch der ARD-DeutschlandTREND Oktober 2011 (dimap 2011a). Darin wurde zunächst danach gefragt, ob die anderen EU-Länder Griechenland weiter unterstützen sollten. Eine Mehrheit von 53 Prozent lehnt das ab. Nur 42 Prozent befürworteten weitere Finanzhilfen. In einer zweiten Frage wurde die Meinung der Bevölkerung zu den unterschiedlichen Möglichkeiten der Hilfe eingeholt. Lediglich 23 Prozent befürworteten

einen Ausbau des Rettungspakets mit dem Ziel, Griechenland weiterhin Geld zu leihen. Diese Tendenz setzt sich schließlich auch im ARD-DeutschlandTREND März 2012 fort (dimap 2012a). Darin werden mehrere konkrete Fragen zur Haushalts- und Staatsschuldenkrise in Griechenland gestellt. Die Antworten zeigen, dass eine Mehrheit der Befragten weitere Finanzhilfen für Griechenland sinnlos findet, weil sie glaubt, dass das Land nicht gerettet werden kann. Darüber hinaus befürchten mehr als 90 Prozent, dass dieses Hilfspaket nicht das letzte gewesen sein wird. 45 Prozent glauben, dass Deutschland am Ende mehr zahlen muss als bisher gedacht. Bemerkenswert ist, dass trotzdem 66 Prozent der Meinung sind, dass die Griechen selber nichts für die Krise können und deshalb Unterstützung verdient haben.

Die entsprechende Frame-Analyse hat gezeigt, dass im Zusammenhang mit der Darstellung der Finanzhilfen kein medienübergreifendes Frame-Element festgestellt werden konnte. Das schließt allerdings nicht aus, dass zu bestimmten Zeitpunkten ein dominantes Frame-Element identifiziert werden kann. Die Betrachtung im Zeitverlauf zeigt allerdings, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg nur wenige Artikel erschienen sind, in denen die Finanzhilfen sowie eine deutsche Beteiligung daran überhaupt thematisiert werden (s. Abb. 31 und Abb. 32). Die Mehrheit der Bevölkerung aber vertritt von Beginn an eine klare Meinung zu dem Thema. Hinzu kommt, dass sich diese von der in den Medien dargestellten Auffassung weitgehend unterscheidet. Das gilt insbesondere für den Anfang sowie das Ende der Untersuchung. In den Medien werden sowohl die Finanzhilfen als auch eine deutsche Beteiligung daran zunächst positiv beurteilt. Im Gegensatz dazu steht die deutsche Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt bereits beidem kritisch gegenüber. Lediglich 23 Prozent sind der Meinung, dass Deutschland keine andere Wahl hat, als Griechenland zu unterstützen (dimap 2010a). Im weiteren Verlauf nimmt die Ablehnung weiter zu. In der entsprechenden im Oktober 2011 veröffentlichten Umfrage sind mehr als 50 Prozent der Ansicht, dass Deutschland Griechenland nicht weiter unterstützen sollte (dimap 2011a). Das ist der einzige Zeitpunkt, zu dem auch in den Medien die Finanzhilfen mehrheitlich abgelehnt werden. Während

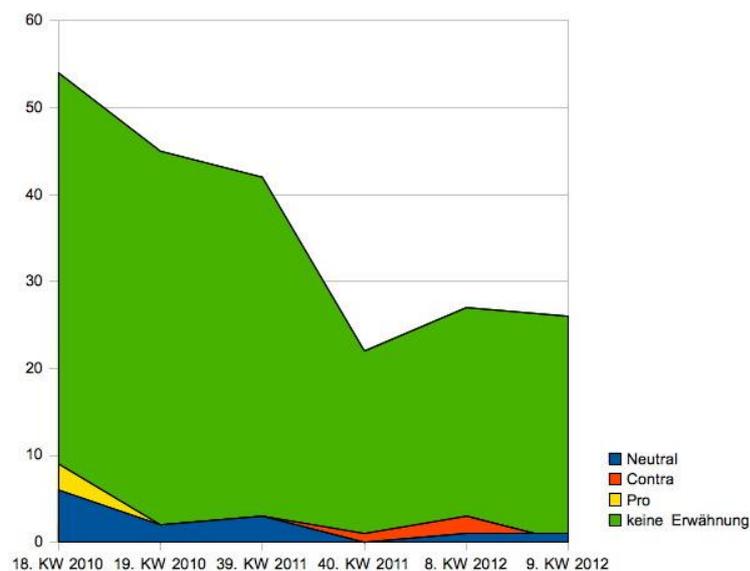
der Anteil dieser Artikel zum Ende des Untersuchungszeitraums aber wieder zurückgeht, nimmt die kritische Haltung der Bevölkerung weiter zu. Im ARD-DeutschlandTREND März 2012 geben mehr als sechzig Prozent an, dass sie die Hilfen für Griechenland sinnlos finden.

Abb. 31: Einstellung zu Finanzhilfen für Griechenland im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Abb. 32: Einstellung zu einer deutschen Beteiligung an den Finanzhilfen im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Im Ergebnis kann im Zeitverlauf kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Meinung der Öffentlichkeit und der von den Medien vermittelten Haltung zu den Finanzhilfen festgestellt werden. Bleibt noch die Betrachtung der einzelnen Medien. Die entsprechende Auswertung hat gezeigt, dass in der SZ, der FAZ und der taz das Frame-Element Pro-Finanzhilfen dominiert. In der SZ und in der taz konnte außerdem das Frame-Element Pro-Beteiligung identifiziert werden. Im Gegensatz dazu dominiert sowohl in der BILD-Zeitung als auch im SPIEGEL das Frame-Element Contra-Finanzhilfen. Eine deutsche Beteiligung wird in beiden Medien gar nicht bis kaum thematisiert. Damit ergibt sich ein Zusammenhang zwischen der Berichterstattung über die Finanzhilfen in der BILD-Zeitung und im SPIEGEL sowie der Meinung der Öffentlichkeit zu diesem Thema.

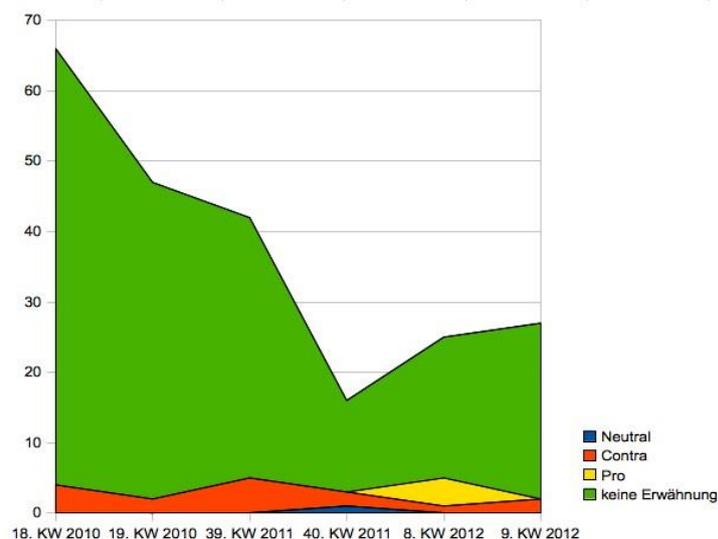
5.3.2 Die Einstellung zu einem Euro-Austritt Griechenlands

Der ARD-DeutschlandTREND Mai 2010 zeigt, dass bereits zu Beginn der Medienanalyse eine Mehrheit der Bevölkerung den Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone befürwortet (dimap 2010a). Der Unterschied zu dem Anteil derer, die einen Austritt ablehnen, beträgt allerdings lediglich vier Prozent. Im weiteren Verlauf nimmt die Zustimmung zu einem Euro-Austritt Griechenlands aber weiter zu. Im ARD-DeutschlandTREND November 2011 geben mehr als 80 Prozent der Befragten an, dass sie sich einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone vorstellen können, falls das Land die weiteren Beschlüsse zur Euro-Rettung nicht akzeptiert (dimap 2011b). Ein halbes Jahr später im ARD-DeutschlandTREND März 2012 befürworteten 60 Prozent der Befragten einen bedingungslosen sofortigen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone (dimap 2012a).

In Hinblick auf die Artikel, die einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion diskutieren, zeigt sich auf den ersten Blick eine ähnliche Entwicklung, denn die Anzahl der Artikel, die einen solchen befürworten, nimmt im Verlauf zu (s. Abb. 33). Gleichzeitig geht die Anzahl der Artikel, in denen ein Austritt abgelehnt wird, zurück. Insgesamt ist aber auch hier der Anteil der Artikel, in denen eine deutsche Beteiligung an den Finanzhilfen nicht thematisiert wird, in allen drei

Teiluntersuchungszeiträumen jeweils am höchsten. Eine genaue Betrachtung zeigt außerdem, dass der Zusammenhang zwischen der Darstellung des Themas in den Medien und der Meinung der Bevölkerung lediglich für die erste Woche des letzten Teiluntersuchungszeitraums zutrifft. In dieser Woche ist sowohl in den Medien als auch innerhalb der Bevölkerung die Zustimmung zu einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone jeweils am höchsten. Während sich diese Haltung in den Medien zum Ende der Untersuchung aber wieder umkehrt, bleibt in der Bevölkerung der Anteil derer, die einen Euro-Austritt Griechenlands befürworten, hoch.

Abb. 33: Einstellung zu einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

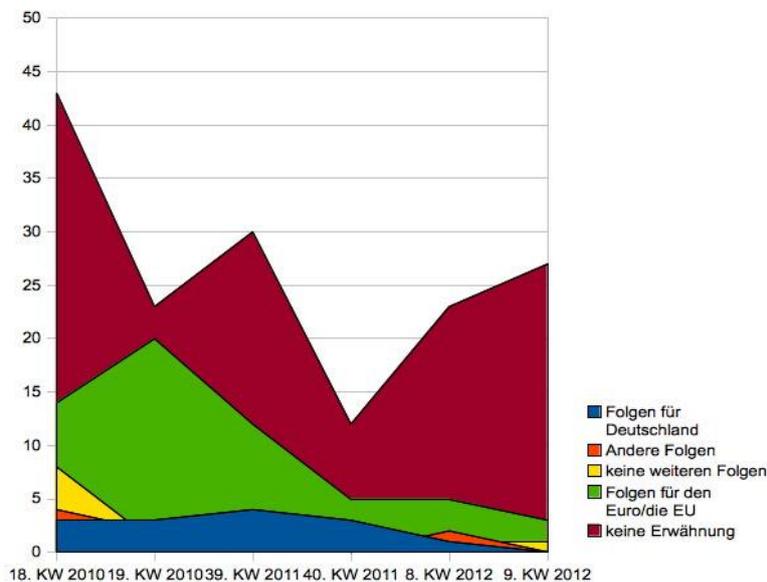
Damit löst sich der Zusammenhang zwischen der von den Medien vermittelten Haltung und der Einstellung der Bevölkerung zu dem Thema wieder auf. Ein medienübergreifender Frame konnte auch in Hinblick auf dieses Frame-Element Lösungszuschreibung/ Handlungsanweisung nicht festgestellt werden. Die Betrachtung der einzelnen Medien ergibt, dass in der SZ, der FAZ und der taz jeweils das Frame-Element Contra-Austritt dominiert. In der BILD-Zeitung ist das Verhältnis ausgeglichen. Nur im SPIEGEL dominiert das Frame-Element Pro-Austritt. Damit zeigt sich auch in Hinblick auf dieses Thema ein Zusammenhang zwischen der vom SPIEGEL vermittelten Haltung und der Meinung der Öffentlichkeit dazu.

5.3.3 Die Einschätzung der Folgen der Griechenland-Krise

Bereits im ARD-DeutschlandTREND Juni 2010 kann eine wachsende Sorge der Bevölkerung vor einer Verschärfung der Krise festgestellt werden. Drei Viertel der Befragten befürchten, dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevor steht (dimap 2010b). Im ARD-DeutschlandTREND November 2011 ist dieser Anteil auf mehr als 80 Prozent gestiegen (dimap 2011b). Erst im ARD-DeutschlandTREND Februar 2012 kann wieder ein Rückgang der Sorge vor einer Verschärfung der Krise festgestellt werden (dimap 2012b).

Die Betrachtung der von den Medien vermittelten Folgen der Griechenland-Krise zeigt, dass die Darstellung der Folgen im Zeitverlauf variiert (s. Abb. 34).

Abb. 34: Folgen der Griechenland-Krise im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Zunächst ist aber festzuhalten, dass sowohl zu Beginn als auch zum Ende der Untersuchung die Artikel dominieren, in denen keine Folgen thematisiert werden. Dazwischen ist der Anteil dieser Artikel ausgeglichen. Dominierend ist über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg die Ansicht, dass die Haushalts- und Staatsschuldenkrise in Griechenland Auswirkungen auf den Euro und/oder die EU haben wird. Die Anzahl dieser Artikel sinkt im Zeitverlauf aber deutlich. Ähnlich verhält es sich mit den Artikeln, in denen die Annahme vertreten wird, dass die

Griechenland-Krise keine weiteren Folgen haben wird. Während für den ersten Untersuchungszeitraum acht Artikel gefunden werden konnten, liegt die Anzahl danach fast konstant bei nur einem Artikel pro betrachteter Kalenderwoche. Für die ersten vier betrachteten Kalenderwochen ist auch die Anzahl der Artikel, in denen zum Ausdruck kommt, dass die Krise Auswirkungen auf Deutschland haben wird, fast konstant. Zum Ende sinkt die Anzahl dieser Artikel aber deutlich. In der letzten Untersuchungswoche konnte kein Artikel dieser Art mehr gefunden werden. Das gilt auch für die Artikel, in denen andere Folgen diskutiert werden.

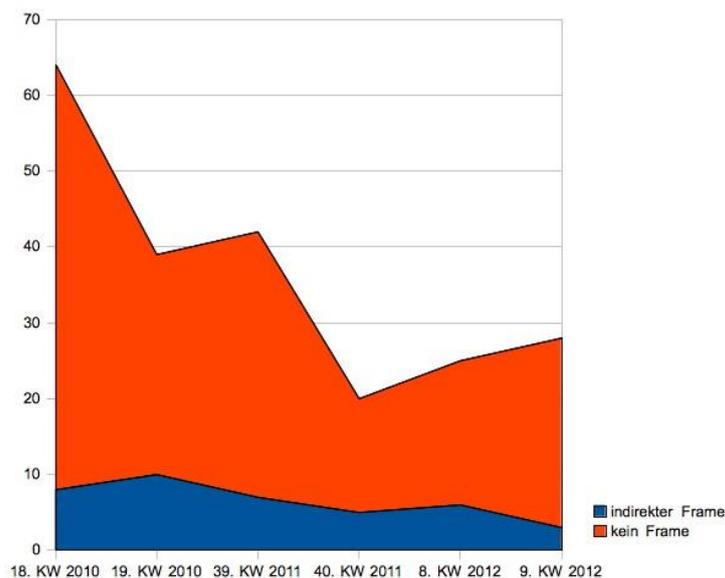
Die Entwicklung der Darstellung der Folgen in den Medien entspricht damit zunächst der Entwicklung der Haltung der Öffentlichkeit. Auf beiden Seiten zeigt sich ein Anstieg der Sorge vor einem Übergreifen der Krise auf den Euro beziehungsweise die EU und damit auch auf Deutschland. Während diese Darstellung in den Medien aber gegen Ende des zweiten Untersuchungszeitraums wieder zurückgeht, steigt die Furcht vor einer Verschärfung der Krise in der Bevölkerung weiter (dimap 2011b). Erst zum Ende der Untersuchung geht diese Zahl langsam wieder zurück (dimap 2012b). Hier ist dann wieder eine Annäherung an die Berichterstattung zu erkennen. Insgesamt ist der Zusammenhang zwischen der in den Medien vermittelten Haltung und der Meinung der Öffentlichkeit aber nur schwach ausgeprägt. Auch hier gilt, dass innerhalb der Frame-Analyse kein medienübergreifendes Frame-Element Folgen identifiziert werden konnte. Das gilt auch für die Mehrheit der Medien. Eine Ausnahme bilden nur die FAZ und der SPIEGEL. In beiden Medien dominiert jeweils das Frame-Element Folgen für den Euro und/oder die EU. Zusätzlich dominiert im SPIEGEL genauso wie in der BILD-Zeitung das Frame-Element Euro-/EU-Krise. Damit besteht auch in diesem Fall ein Zusammenhang zwischen der Berichterstattung des SPIEGEL und der Meinung der Öffentlichkeit.

5.3.4 Betrachtung der Untersuchungsthese

Die Framing-Analyse soll hier mit einer Betrachtung der entsprechenden Untersuchungsthese abgeschlossen werden.

Zu These (9): Zwischen der Berichterstattung der Medien sowie der Meinung der deutschen Öffentlichkeit besteht ein Zusammenhang. Die vorangegangene Gegenüberstellung der Ergebnisse der Frame-Analyse mit den entsprechenden Umfrageergebnissen des ARD-DeutschlandTREND zeigt, dass kein allgemeiner Zusammenhang zwischen der von den Medien vermittelten Haltung und der Meinung der deutschen Öffentlichkeit festgestellt werden kann. Vielmehr ist für die einzelnen Frame-Elemente eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten. Das bestätigt auch die Auswertung der Existenz des Medien-Frames im Zeitverlauf (s. Abb. 35).

Abb. 35: Medien-Frames im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Auswertung Januar 2013

Das Ergebnis macht deutlich, dass innerhalb des ersten Teiluntersuchungszeitraums die meisten Artikel mit einem indirekten Frame gefunden werden konnten. Im weiteren Verlauf sinkt diese Anzahl fast kontinuierlich. Im Gegensatz dazu nimmt aber in der Bevölkerung der Anteil derer, die eine ablehnende Haltung gegenüber Griechenland haben, weiter zu. Zusammen mit den Ergebnissen der einzelnen Frame-Elemente gilt die Untersuchungsthese damit insgesamt als falsifiziert.

5.4 Diskussion der Ergebnisse

Insgesamt betrachtet ist die Medienanalyse ähnlich ausgefallen wie erwartet. Die beiden Thesen der Frequenzanalyse konnten belegt werden. Auch innerhalb der Frame-Analyse gelten mit Ausnahme der sechsten und der siebten These alle Thesen als verifiziert. Als Einschränkung gilt aber, dass in den meisten Fällen der Anteil der Artikel, in denen das jeweilige Thema nicht angesprochen wurde, höher war, als der Anteil der anderen Artikel. Die Ergebnisse besitzen aus diesem Grund nur eine eingeschränkte Gültigkeit. Hinzu kommt, dass mit den Frame-Elementen Ursachenzuschreibung und moralische Bewertung nur zwei medienübergreifende Elemente identifiziert werden konnten. Die anderen Frame-Elemente treffen nur auf einzelne Medien zu. Damit muss die übergeordnete Hauptthese der Arbeit, in der angenommen wurde, dass Griechenland nicht nur im Mittelpunkt der Berichterstattung über die Euro-Krise steht, sondern dass diese durch eine ablehnende Haltung der Medien gegenüber Griechenland geprägt ist, als widerlegt betrachtet werden. Auch der zweite Teil der These konnte, wie das Ergebnis der Framing-Analyse zeigt, nicht verifiziert werden. In der Öffentlichkeit konnte zwar mehrheitlich eine negative Haltung gegenüber Griechenland festgestellt werden, diese kann aber nicht das Resultat der Berichterstattung der deutschen Medien insgesamt sein.

Ein eindeutiger Zusammenhang besteht aber in Hinblick auf den SPIEGEL. Für jedes der drei innerhalb der Framing-Analyse betrachteten Frame-Elemente bestand eine Übereinstimmung zwischen der Meinung der Öffentlichkeit und der vom SPIEGEL vermittelten Haltung. Die vorangegangene Frame-Analyse hatte bereits gezeigt, dass im SPIEGEL der Anteil der Artikel, in denen ein indirekter Frame gesetzt wird, am höchsten ist. Darüber hinaus konnten im SPIEGEL die meisten Frame-Elemente identifiziert werden. Diese Resultate gelten eingeschränkt auch für die BILD-Zeitung. Das Ergebnis deutet an, dass diese beiden Medien für die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit im Verlauf der Griechenland-Krise meinungsbildend waren. Allerdings ist auch dieses Ergebnis nur eingeschränkt gültig. Aufgrund des begrenzten Umfangs dieser Arbeit konnte keine eigene Meinungsumfra-

ge erhoben werden. Aus diesem Grund konnte der Zusammenhang zwischen der in den Medien vermittelten Haltung und der Einstellung der Öffentlichkeit nur für einzelne Elemente überprüft werden. Außerdem konnten keine Angaben über das Mediennutzungsverhalten der Befragten eingeholt werden. Die Gültigkeit der beiden Ergebnisse kann durch eine Ausweitung der Analyse erweitert werden. Dabei sollte sowohl die Grundgesamtheit der zur Untersuchung stehenden Medien als auch der Betrachtungszeitraum erhöht werden. Außerdem sollte eine eigene Umfrage durchgeführt werden, in der neben den Einstellungen zu den relevanten Themen auch das Mediennutzungs- und Informationsverhalten der Befragten erhoben wird. Dadurch würde sich die Aussagekraft der Framing-Analyse in besonderer Weise erhöhen.

6 Fazit

Ausgangspunkt dieser Arbeit war das in mehreren Studien geäußerte Ergebnis, dass die deutschen Medien unter Führung der BILD-Zeitung eine Kampagne gegen Griechenland geführt haben, mit dem Ziel, dass das Land die Euro-Zone verlässt. Die einzige Zeitung, deren Berichterstattung in diesen Studien allerdings betrachtet wurde, ist die BILD-Zeitung. Eine ähnliche Einschränkung gilt für den Untersuchungszeitraum, denn die bisherigen Analysen blieben auf das Jahr 2010 beschränkt. Aussagen, die über die BILD-Zeitung und/oder das Jahr 2010 hinausgehen, basieren nur auf Einzelstichproben. Diese Lücke sollte mit dieser Arbeit geschlossen werden.

Die Ergebnisse der Frequenzanalyse haben zunächst bestätigt, dass Griechenland die Berichterstattung über die Euro-Krise dominiert hat, wobei der Umfang der Berichterstattung im Zeitverlauf zurückgegangen ist. In der Frame-Analyse konnte allerdings keine einheitliche Berichterstattung im Sinne einer Medienkampagne festgestellt werden. Lediglich in Hinblick auf die Darstellung der Ursachen der griechischen Haushalts- und Staatsschuldenkrise stimmen die untersuchten

Medien überein. Außerdem besteht medienübergreifend die Tendenz, Schuldige für diese Krise in Griechenland zu suchen. Abgesehen davon konnten die verschiedenen Elemente, die in den vorangegangenen Studien identifizierten Kampagne, aber nur in einzelnen Medien festgestellt werden. Als das führende Medium dabei hat sich der SPIEGEL herausgestellt. Zum einen ist der SPIEGEL das einzige Medium, in dessen Berichterstattung alle Elemente der Kampagne auftauchen, und zum anderen ist hier der Anteil der Artikel, in denen ein bestimmter Interpretationsrahmen vorgegeben wird, am höchsten. Erst an zweiter Stelle folgt die BILD-Zeitung. Nicht nur aus diesem Grund ist dieses Ergebnis überraschend. Der SPIEGEL gilt innerhalb von Deutschland als kritisches Medium. Eine kampagnenartige Berichterstattung entspricht aber dem genauen Gegenteil davon.

Ein weiteres Ziel dieser Arbeit war, den Einfluss der Berichterstattung deutscher Medien über Griechenland während der Euro-Krise auf die deutsche Öffentlichkeit zu untersuchen. Dabei konnte in Hinblick auf die untersuchten Elemente kein medienübergreifender Zusammenhang festgestellt werden. In Bezug auf die untersuchten Elemente weicht die Einstellung der Öffentlichkeit deutlich von der in den Medien mehrheitlich vermittelten Haltung ab. Eine Ausnahme bildet erneut der SPIEGEL. Hier konnte für jedes der Elemente eine deutliche Übereinstimmung festgestellt werden. Das gilt eingeschränkt auch für die BILD-Zeitung. Dieses Ergebnis ist weniger überraschend, denn der SPIEGEL ist mit einer Reichweite von sechs Millionen LeserInnen pro Ausgabe nach der BILD-Zeitung, deren Leserreichweite fast zehn Millionen beträgt, das zweitgrößte Medium dieser Analyse. Die Verbreitung ist ein wesentliches Kriterium für den Einfluss eines Mediums. Das bestätigt das Ergebnis der taz. Die Berichterstattung in der taz verhält sich sowohl konträr zu der Berichterstattung in SPIEGEL und BILD-Zeitung als auch zur mehrheitlichen Meinung der Öffentlichkeit. Gleichzeitig ist die taz mit einer Druckauflage von etwa 70.000 aber auch das kleinste der untersuchten Medien. Hinzu kommt, dass der SPIEGEL über eine hohe Reputation verfügt. Auch das ist ein Kriterium für den Einfluss eines Mediums. Die beiden Ergebnisse werfen die Frage auf, warum der

SPIEGEL sich für diese Art der Berichterstattung entschieden hat, mit der er sich nicht nur von den Qualitätsmedien SZ und FAZ unterscheidet, sondern innerhalb derer Vorurteile und Ressentiments gegenüber Griechenland bedient werden, die, wie im letzten Teil der Einleitung dargestellt wird, erst im Verlauf der Euro-Krise aufgekommen sind. Ein Grund dafür können ökonomische Überlegungen sein. Medien haben, wie in dieser Arbeit dargestellt, nicht nur eine politische sondern auch eine ökonomische Dimension. Demnach ist es das Ziel der Berichterstattung, das Interesse des Publikums zu erreichen. Zu diesem Zweck müssen die vermittelten Informationen mit der vorherrschenden Stimmung in der Gesellschaft vereinbar sein. Die Umfragen des ARD-DeutschlandTREND haben gezeigt, dass die deutsche Öffentlichkeit bereits vor Beginn der Medienanalyse eine deutliche Haltung zur Euro-Krise ausgebildet hat. Das deutet daraufhin, dass die entscheidenden Interpretationsrahmen bereits innerhalb der dem Untersuchungszeitraum dieser Arbeit vorangegangenen Berichterstattung gesetzt wurden. Der SPIEGEL hätte sich die Haltung der Öffentlichkeit dann sozusagen zu eigen gemacht, um seine Verkaufszahlen zu steigern.

Dieser Zusammenhang kann an dieser Stelle nicht belegt werden. Das erfordert die Durchführung einer erneuten Medienanalyse innerhalb derer die Berichterstattung seit Beginn der Euro-Krise betrachtet wird. In einer solchen Analyse sollten außerdem sowohl die Einstellungen der Öffentlichkeit als auch das Mediennutzungsverhalten der Befragten mittels einer eigenen Umfrage erhoben werden. Auf diese Weise könnte auch eine weitere Frage beantwortet werden, die sich bei der Betrachtung der Ergebnisse stellt: Die Arbeit basiert auf der Grundannahme, dass Tageszeitungen und Wochenmagazine grundsätzlich einen Einfluss auf die Meinung der Öffentlichkeit haben. Nicht betrachtet wurde die Berichterstattung in Radio, Fernsehen und Internet. Letzteres hat als Informationsmedium aber in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Gleichzeitig haben die Zeitungen und Magazine mit einem Rückgang der Verkaufszahlen zu kämpfen. Das hat sich zuletzt bei der bereits angesprochenen Insolvenz der FR gezeigt. Innerhalb dieser Arbeit

konnte ein weiterer Hinweis darauf gefunden werden, dass der Einfluss der Presse zurückgeht. Im ARD-DeutschlandTREND März 2012 wurde einmalig die Zustimmung zu folgender Frage erbeten: „Die Normalen Griechen können nichts für den Zustand ihres Landes und verdienen deshalb unsere Unterstützung“ (dimap 2012a). 66 Prozent der Befragten haben dieser Aussage zugestimmt. In allen untersuchten Medien, auch im SPIEGEL und in der BILD-Zeitung, konnte aber eine eindeutige Tendenz festgestellt werden, Griechenland und/oder den GriechInnen eine (Mit-)Schuld an der Krise zu geben. Da diese Frage allerdings nur einmal erhoben wurde, konnte dieser Zusammenhang nicht detailliert betrachtet werden. Doch er kann zumindest als Hinweis auf einen Rückgang des Einflusses von Zeitungen und Magazinen gewertet werden. In Hinblick darauf erscheint eine Ausweitung zukünftiger Analysen auf andere Medien ins besondere das Internet wichtig.

Im Zuge der innerhalb dieser Arbeit durchgeführten Medienanalyse ist ein weiterer Aspekt aufgekommen, dem es sich innerhalb einer ähnlich angelegten Arbeit nachzugehen lohnt. Dabei handelt es sich um eine Veränderung der Sichtweise auf die EU im Verlauf der Euro-Krise. Nicht wenige Artikel thematisieren, welche Konsequenzen die EU aus der Euro-Krise ziehen sollte. Dabei wird sowohl ein mehr an Kompetenzen als auch eine Einschränkung des Einflusses der EU angesprochen. Diese Beobachtung gilt aber nicht nur für die Berichterstattung in den untersuchten Medien, sondern die Umfragen des ARD-DeutschlandTREND haben gezeigt, dass sich auch die Einstellung der Bevölkerung zu der EU verändert. Eine Mehrheit der Bevölkerung befürwortet eine deutliche Ausweitung der Kompetenzen der EU. In Hinblick auf die Zukunft der EU erscheint eine Analyse dieses möglichen Zusammenhangs interessant.

7 Literaturverzeichnis

- Artl, H.-J., & Storz, W. (2011). Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mägde. Die „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010. OBS-Arbeitsheft, 67.
- Bastian, J. (2010, 07. Mai). Jetzt gib'ts die Quittung. Süddeutsche Zeitung. <http://www.sueddeutsche.de/geld/griechenland-jetzt-gibts-die-quittung-1.940607>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Batzoglou, F., Ertel, M., Fichtner, U., Goos, H., Hoppe, R., Huetlin, T., Mingels, G., Reiermann, C., Schnibben, C., Schult, C., Schulz, T., & Smoltczyk, A. (2011, 26. Sep.). Eine Bombenidee. Spiegel Online. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-80652382.html>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Bickes, H., Butulussi, E., Otten, T., Schendel, J., Sdroulia, A., & Steinhof, A. (2012). *Die Dynamik der Konstruktion von Differenz und Feindseligkeit am Beispiel der Finanzkrise Griechenlands: Hört beim Geld die Freundschaft auf? Kritisch-diskursanalytische Untersuchungen der Berichterstattung ausgewählter deutscher und griechischer Medien*. München: Iudicium.
- Böll, S., Müller P., & Reiermann C. (2012, 18. Feb.). Führen durch Vorbild. Spiegel Online. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-84061029.html>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Bonfadelli, H. (2002). *Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Bröker, E. (1981). *Computergestützte Inhaltsanalyse der internationalen Berichterstattung: Zur Möglichkeit der systematischen Beschreibung internationaler Beziehungen*. Westfälische Wilhelms-Universität zu Münster.

- Bundesfinanzministerium (2012). Chronologie der Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion.
http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Stabilisierung_des_Euro/2010-06-04-chronologie-euro-stabilisierung.html. Zugegriffen: 27. Nov. 2013.
- Cetin, E. (2012). „Denn sie wissen nicht, was sie tun. Eine Diskursanalyse über die Finanzkrise 2008 in deutschen Tageszeitungen“. In Peltzer, A., Lämmle, K., & Wagenknecht, A. (Hrsg.), *Krise, Cash & Kommunikation. Die Finanzkrise in den Medien* (S. 95–113). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Diekmann, A. (2008). *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Rowohlt Tb.
- Die Tageszeitung. (2008). Redaktionsstatut § 2: Selbstverständnis.
<http://www.taz.de/!114802/>. Zugegriffen: 03. Dez. 2013.
- Dombret, A. R. (2011). Die aktuelle Finanzkrise – Ursachen, Folgen und Herausforderungen. In Pfingsten, A. (Hrsg.), *Ursachen und Konsequenzen der Finanzkrise* (S. 63–70). Münster: Gabler.
- Donsbach, W., Wolling, J., & von Blomberg, C. (1996). Repräsentation politischer Positionen im Mediensystem aus der Sicht deutscher und amerikanischer Journalisten. In Hömberg, W. & Pürer, H. (Hrsg.), *Medien-Transformation: zehn Jahre dualer Rundfunk in Deutschland* (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 22) (S. 343–356). Konstanz: UVK Medien Verl.-Ges.
- Dreier, H. (2009). Das Mediensystem der Bundesrepublik Deutschland. In Hans-Bredow-Institut (Hrsg.), *Internationales Handbuch Medien – das Grundlagenwerk über Medienentwicklung weltweit* (S. 257–272). Nomos.

- Edelman, M. (1993). Contestable Categories and Public Opinion. *Political Communication* 10 (3), 231–242.
- Enderlein, H. (2010). Krise im Euro-Raum. Auslöser, Antworten, Ausblick. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43, 7–12.
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication* 43 (4), 51–58.
- Europäische Kommission. (2010). Special topics on the euro-area economy: Quantifying the causes of the crisis in the euro area. Quarterly Report on the Euro Area, 9 (2), 19–24.
http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/qr_euro_area/2010/pdf/qr_ea2_section_1_en.pdf. Zugegriffen: 03. Dez. 2013.
- Frank, A. (2010, 14. Mai). Die weißen Rosen der Apokalypse. Die Tageszeitung.
<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=tz&dig=2010%2F05%2F14%2Fa0115&cHash=66a383e65f615b99300403b5b8084176>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Frankenberger, K. (2011, 30. Sep.). Niemand kann als Solitär gut leben. FAZ Archiv.
<http://fazarchiv.faz.net/>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2010, 06. Mai). Bei der Allianz läuft es wieder rund. FAZ Archiv. <http://fazarchiv.faz.net/>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Früh, W. (2001). *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Göbel, H. (2012, 22. Feb.). Der erste Schuldenschnitt. Frankfurter Allgemeine Zeitung. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/griechenland-der-erste-schuldenschnitt-11657461.html>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.

- Hoffmann, C. & Koch, M. (2010, 11. Mai). Auf der Suche nach dem Monster. Süddeutsche Zeitung. <http://www.sueddeutsche.de/geld/spekulanten-und-der-euro-auf-der-suche-nach-dem-monster-1.942336>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Hummer, W. (2011). Von der amerikanischen „Subprime-Crisis“ (2007) zum permanenten „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (2013ff). In Hummer, W. (Hrsg.), *Die Finanzkrise aus internationaler und österreichischer Sicht. Vom Rettungspaket für Griechenland zum permanenten Rettungsschirm für den Euro-Raum* (S. 231–289). Wien: StudienVerlag.
- Infratest dimap. (2010a). ARD-DeutschlandTREND: Mai 2010. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2010/mai/>. Zugegriffen: 29. Nov. 2013.
- Infratest dimap. (2010b). ARD-DeutschlandTREND: Juni 2010. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2010/juni/>. Zugegriffen: 29. Nov. 2013.
- Infratest dimap. (2011a). ARD-DeutschlandTREND: Oktober 2011. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2011/oktober/>. Zugegriffen: 29. Nov. 2013.
- Infratest dimap. (2011b). ARD-DeutschlandTREND: November 2011. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2011/november/>. Zugegriffen: 29. Nov. 2013.
- Infratest dimap. (2012a). ARD-DeutschlandTREND: März 2012. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2012/maerz/>. Zugegriffen: 29. Nov. 2013.
- Infratest dimap. (2012b). ARD-DeutschlandTREND: Februar 2012. <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2012/februar/>. Zugegriffen: 29. Nov. 2013.

- Infratest dimap. (2013). ARD-DeutschlandTREND: Studienanlage.
<http://www.infratest-dimap.de/index.php?id=1219>. Zugegriffen: 29. Nov. 2013.
- Jäger, T. & Viehrig, H. (2005). Internationale Ordnung und transatlantische Wahrnehmungen: Die medial vermittelte Interpretation der Darfur Krise in den USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Arbeitspapier zur Internationalen Politik, 3/2005.
- Kalantzi, M. (2003). *Das medienkonstruierte Ausland. Deutsche und griechische Tageszeitungen im Vergleich*. Frankfurt: Peter Lang.
- Katsimi, M. & Moutos, T. (2010). EMU and the Greek crisis. The political-economy perspective. *European Journal of Political Economy*, 26 (4), 568–576.
- Kirsch, G. (2010). Die Euro-Krise ist (nicht nur) eine Währungskrise. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 43/2010, 3–7.
- Lamnek, S. (2005). *Qualitative Sozialforschung*. Basel und Weinheim: Beltz Verlag.
- Luhmann, N. (2004). *Die Realität der Massenmedien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luksic, O. (2011). *Ist der Euro noch zu retten? Zwischen Finanzmarktkrise und Staatsbankrott*. Baden-Baden: Nomos.
- Maier, M. (2010). *Nachrichtenwerttheorie*. Baden-Baden: Nomos.
- Markaris, P. (2010, 15. Mai). Tragödie oder Komödie? Die Tageszeitung.
<http://www.taz.de/!52547/> . Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Matthes, J. (2007). *Framing-Effekte: Zum Einfluss der Politikberichterstattung auf die Einstellung der Rezipienten*. München: Verlag Reinhard Fischer.

- Matthes, J. & Kohring, M. (2004). Die empirische Erfassung von Medien- Frames. *Medien- und Kommunikationswissenschaft*, 52 (1), 56 –75.
- Maurer, M. (2010). *Agenda-Setting*. Baden-Baden: Nomos.
- Mayring, P. (2008). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Basel und Weinheim: Beltz Verlag.
- Neidhardt, F., Eilders, C., & Pfetsch, B. (1998). Die Stimme der Medien im politischen Prozeß: Themen und Meinungen in Pressekommentaren. WZB Discussion Paper FS III 98-106. <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1998/iii98-106.pdf>. Zugegriffen: 29. Nov. 2013.
- Petrakis, P. (2012). *The Greek Economy and the Crisis. Challenges and Responses*. Berlin: Springer.
- Pfingsten, A. (2009). Das Sub-Prime-Virus: Ursachen und Folgen der Finanzkrise. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 78 (1), 14 –24.
- Rat der Europäischen Union. (2012). Einigung über ein neues Programm für Griechenlands Zukunft im Euro-Raum. <http://www.consilium.europa.eu/homepage/highlights/agreement-on-a-new-programme-to-secure-greeces-future-in-the-eurozone?lang=de>. Zugegriffen: 03. Dez. 2013.
- Scheufele, B. (2003). *Frames - Framing - Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Schrader, K. & Laaser, C. F. (2012). Die Krise in Südeuropa oder die Angst vor dem Dominoeffekt: Griechenland, Portugal und Spanien im Krisentest. Kieler Diskussionsbeiträge 500/501.
<https://www.econstor.eu/dspace/bitstream/10419/55517/1/684525801.pdf>.
Zugegriffen: 03. Dez. 2013.
- Schrag, W. (2007). *Medienlandschaft Deutschland*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Schranz, M. & Eisenegger, M. (2011). The Media Construction of the Financial Crisis in a Comparative Perspective – An Analysis of Newspapers in the UK, USA and Switzerland between 2007 and 2009. *Swiss Journal of Sociology* 37 (2), 241–258.
- Schulmeister, S. (2011, 26. Sep.). Hört auf die Spekulanten. Die Tageszeitung.
<http://www.taz.de/!78832/>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Semetko, H. A. & Valkenburg, P. M. (2000). Framing European Politics: A Content Analysis of Press and Television News. *Journal of Communication*, 50 (2), 93–109.
- Sinn, H. W. (2010). *Kasino-Kapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*. Ullstein-Bücher.
- Steltzner, H. (2010, 10. Mai). Der Euro als Weichwährung. FAZ Archiv.
<http://fazarchiv.faz.net/>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.
- Terberger, E. (2009). Subprime-Krise, strukturierte Finanzierung und die Förderung der Mikrokreditvergabe. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 78 (1), 40–55.
- Voulgaris, J. (2010, 14. Mai). Passagier im letzten Waggon. FAZ Archiv.
<http://fazarchiv.faz.net/>. Zugegriffen: 17. Jan. 2013.

Wehr, A. (2010). *Griechenland, die Krise und der Euro*. Köln: Papyros.

Wessels, W. & Kunstein, T. (2011). Die Europäische Union in der Währungskrise:n
Eckdaten und Schlüsselentscheidungen. *Integration*, 34 (4), 308–322.

Winkler, H. (2004). *Diskursökonomie. Versuch über die innere Ökonomie der Medien*.
Frankfurt: Suhrkamp.

Zimmermann, K. F. & Schäfer, D. (2010). *Finanzmärkte nach dem Flächenbrand: Warum
es dazu kam und was wir daraus lernen müssen*. Gabler Verlag.